

ifo Dresden berichtet

Aktueller Kommentar

- *Joachim Ragnitz*
Ohne Finanzausgleich geht es nicht – Ein Kommentar

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2012/2013: Erhöhte Unsicherheit dämpft Konjunktur erneut
- *Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann*
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2012/2013: Wirtschaft in Ostdeutschland im Bann der europäischen Schuldenkrise
- *Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater*
Zukunftsfestigkeit des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen
- *Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater*
Langfristige Entwicklung der Landeseinnahmen des Freistaates Sachsen

Im Blickpunkt

- *Udo Broll und Tatiana Kostenko*
Modernisierung in Russland: Eine Befragung von deutschen Unternehmen in Russland

19. Jahrgang (2012)

Herausgeber: ifo Institut, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 4/2012

Aktueller Kommentar

Ohne Finanzausgleich geht es nicht – Ein Kommentar

3

Joachim Ragnitz

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2012/2013: Erhöhte Unsicherheit dämpft Konjunktur erneut

4

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Im Sommerhalbjahr 2012 wird die deutsche Konjunktur eine Schwächephase durchlaufen. Darauf deutet das ifo Geschäftsklima hin, das sich im Mai und Juni merklich eingetrübt hat. Maßgeblich dafür ist die anhaltende Unsicherheit über den Fortgang der europäischen Schuldenkrise. Im Jahresdurchschnitt 2012 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt – bei einem 67-%-Unsicherheitsintervall von 0,1 % bis 1,3 % – daher nur um 0,7 % steigen. Getragen von der Binnennachfrage dürfte die Konjunktur im Jahr 2013 wieder an Fahrt gewinnen, sofern die europäische Schuldenkrise nicht massiv eskaliert. Die Beschäftigung dürfte sich im gesamten Zeitraum weiter erhöhen.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2012/2013: Wirtschaft in Ostdeutschland im Bann der europäischen Schuldenkrise

11

Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann

Laut vorläufigen Angaben des STATISTISCHEN BUNDESAMTES ist das gesamtdeutsche Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2012 um 0,5 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Angesichts der europäischen Finanz- und Vertrauenskrise wird die deutsche Wirtschaft im Sommerhalbjahr aber eine konjunkturelle Schwächephase durchlaufen. Auch die ostdeutsche Wirtschaft wird sich den internationalen Turbulenzen nicht entziehen können. Für das Jahr 2013 wird eine konjunkturelle Erholung erwartet. Das IFO INSTITUT prognostiziert daher aktuell einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um 0,6 % in diesem und um 1,1 % im kommenden Jahr. Im Freistaat Sachsen dürfte das Bruttoinlandsprodukt auf Grund der stärkeren Konjunkturabhängigkeit im laufenden Jahr etwas geringer und im Jahr 2013 etwas stärker wachsen als im ostdeutschen Durchschnitt. Die Situation am ostdeutschen bzw. am sächsischen Arbeitsmarkt wird der konjunkturellen Entwicklung mit einiger Verzögerung folgen, sodass im Jahr 2012 mit einem leichten Anstieg und im Jahr 2013 mit einer Stagnation der Erwerbstätigenzahl zu rechnen ist.

Zukunftsfestigkeit des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen

22

Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater

Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz II (GMG II) im kommunalen Finanzausgleich (KFA) des Freistaates Sachsen zielt auf eine gleichmäßige Entwicklung der Finanzkraft je Einwohner im kreisangehörigen und im kreisfreien Raum des Landes ab. Aufgrund einer unterschiedlichen demographischen Entwicklung in den Regionen könnte diese Vorgabe jedoch dazu führen, dass die Finanzmittel nicht mehr bedarfsgerecht auf die Räume aufgeteilt werden. Vor dem Hintergrund des weiter anhaltenden demographischen Wandels hat das SÄCHSISCHE STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN die Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS mit der Überprüfung der Sachgerechtigkeit der Finanzmittelverteilung des GMG II im KFA beauftragt. Das Gutachten untersucht dafür die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur sowie der Einnahmen und Ausgaben in den Regionen. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass zukünftig nur geringe Anpassungsbedarfe in der Finanzmittelverteilung zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum bestehen werden.

Langfristige Entwicklung der Landeseinnahmen des Freistaates Sachsen

31

Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater

Sinkende Transferleistungen von Bund und EU sowie das zukünftige Verbot struktureller Neuerschulung werden die haushaltspolitischen Handlungsoptionen des Freistaates Sachsen einschränken. Um die langfristigen fiskalischen Rahmenbedingungen besser abschätzen zu können, ist die Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS daher mit der jährlichen Durchführung einer Projektion der ordentlichen Einnahmen des Freistaates Sachsen beauftragt. Der vorliegende Artikel fasst die wesentlichen Annahmen und Ergebnisse der aktuellen Rechnung zusammen. Die Einnahmen werden bis zum Jahr 2025 real sinken. Die Ergebnisse der aktuellen Projektion bewegen sich damit im Bereich der Vorjahresprognose. Unabhängig von der gegenwärtig guten konjunkturellen Situation sind die langfristigen Perspektiven somit unverändert.

Im Blickpunkt**Modernisierung in Russland: Eine Befragung von deutschen Unternehmen in Russland**

39

Udo Broll und Tatiana Kostenko

Ein wichtiges Ziel der russischen Regierung ist die Modernisierung der Wirtschaft. Aus Sicht deutscher Unternehmen, die bereits in Russland tätig sind, ist der Erfolg dieser Modernisierungsinitiativen jedoch fraglich. Dies ist ein Ergebnis einer Unternehmensbefragung, die im Jahr 2011 von den Autoren mit Unterstützung der WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG SACHSEN GMBH und des Beauftragten der sächsischen Wirtschaft in Russland in Moskau durchgeführt wurde.

Daten und Prognosen**Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich**

45

Schlechte Zeiten für die Konjunktur in Sachsen – ifo Geschäftsklimaindex im Juli 2012 weiter im Sinkflug

47

Aus der ifo Werkstatt**ifo Veranstaltungen**

51

ifo Vorträge

51

ifo Veröffentlichungen

52

ifo intern

53

Ohne Finanzausgleich geht es nicht – Ein Kommentar

Joachim Ragnitz*

Medienberichten zufolge plant die Bayerische Staatsregierung, die Verfassungsmäßigkeit der Regelungen zum Länderfinanzausgleich gerichtlich klären zu lassen; das Land Hessen erwägt, sich dieser Klage anzuschließen. Hintergrund dessen ist, dass sich die Geberländer im Finanzausgleich – neben Bayern und Hessen auch Baden-Württemberg und Hamburg – durch die derzeit geltenden Regeln finanziell überfordert fühlen, weil sie einen erheblichen Teil ihrer überdurchschnittlichen Steuereinnahmen an Länder mit geringerer Finanzkraft abzuführen hätten.

Tatsächlich mag man darüber streiten, ob der Finanzausgleich in seiner heutigen Ausgestaltung „anreizkonform“ ist, da die – zugegebenermaßen recht komplexen – Regeln eine weitgehende Nivellierung der Finanzkraft unabhängig von der Höhe der originären Steuereinnahmen der einzelnen Länder bewirken. Dennoch ist die Argumentation der Bayerischen Staatsregierung keineswegs überzeugend: Zum einen besteht infolge der grundgesetzlichen Vorgabe der „Gleichwertigkeit“ der Lebensverhältnisse geradezu die Pflicht zu einer mehr oder minder gleichmäßigen Verteilung des gesamtwirtschaftlichen Steueraufkommens auf die einzelnen Bundesländer. Wäre ein Land nur auf die in seinem eigenen Landesgebiet anfallenden Einnahmen angewiesen, so wäre eine gleichartige Versorgung mit öffentlichen Gütern und Leistungen schlechterdings nicht möglich. So weisen die ostdeutschen Länder lediglich eine originäre Steuerkraft von rund 50 % des bundesdeutschen Durchschnitts auf, müssen aber ähnlich viele Aufgaben für ihre Bürger erfüllen wie die anderen Bundesländer auch (und dabei geht es noch nicht einmal um „Luxusleistungen“, die sich die Geberländer im Finanzausgleich angeblich nicht leisten könnten). Es ist offenkundig, dass sie deswegen auf Zuwendungen angewiesen sind – wobei es zunächst einmal nebensächlich ist, ob diese vom Bund oder von anderen Ländern kommen.

Zum anderen darf man aber auch nicht dem Irrglauben verfallen, die steuerliche Leistungskraft eines Bundeslandes sei primär Ausdruck der jeweiligen Landespolitik, der Finanzausgleich daher eine „Bestrafung“ wirtschaftspolitisch erfolgreicher Länder. Dass die Geberländer im Finanzausgleich verhältnismäßig hohe Steuereinnahmen erzielen, hat viel auch mit historischen

Zufälligkeiten zu tun: Hätten sich große Konzerne wie SIEMENS (bis 1945: Berlin) oder AUDI (bis 1945: Chemnitz) nach dem Krieg nicht in Bayern, sondern anderswo niedergelassen, und hätte Bayern nicht während des Kalten Krieges von Rüstungsaufträgen der Bundeswehr profitiert, wäre der Freistaat heute womöglich immer noch Nehmerland im Finanzausgleich. Für Hessen gilt ähnliches; das Steueraufkommen fällt dort vor allem deswegen so hoch aus, weil viele Großbanken – bedeutende Steuerzahler – ihren Konzernsitz am Finanzplatz Frankfurt genommen haben. Hamburg profitiert von seiner Rolle als Hafenstadt, Baden-Württemberg von seiner verkehrsgünstigen Lage im Zentrum Europas. Umgekehrt gilt: Die geringe Steuerkraft der Nehmerländer im Finanzausgleich ist Ausdruck geringer Wirtschaftskraft und insoweit wenigstens zum Teil auch Folge ungünstiger Standortbedingungen – wofür die jeweilige Landespolitik ebenfalls nur geringe Verantwortung trägt.

Hieraus folgt: Zumindest die in den Medien kolportierten Begründungen für eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich sind wenig überzeugend. Ohnehin scheint der Zeitpunkt für eine Klage schlecht gewählt, da wegen der bis zum Jahr 2019 befristeten Gültigkeit des derzeitigen gesetzlichen Rahmens in der nächsten Legislaturperiode der bundesstaatliche Finanzausgleich ohnehin neu auszuhandeln ist. Unabhängig davon, wie das Regelwerk dann im Detail aussehen wird: Dass es möglich wäre, künftig ohne (vertikale oder horizontale) Finanzausgleich die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ zu gewährleisten, erscheint angesichts bestehender regionaler Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft völlig unwahrscheinlich. Insoweit sind die Hoffnungen der Geberländer auf spürbare Entlastung ohnehin nur wenig aussichtsreich.

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Deutschlandprognose 2012/2013: Erhöhte Unsicherheit dämpft Konjunktur erneut¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Seit dem Sommer des vergangenen Jahres steckt die Weltwirtschaft in einer konjunkturellen Schwächephase, die sich über alle wichtigen Regionen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – erstreckt. Dies spiegelte sich in einem Einbruch vieler Vertrauensindikatoren im Laufe des vergangenen Herbsts wider. Zwar erholte sich die Stimmung von Konsumenten und Produzenten kurz nach Jahresbeginn etwas, sie liegt jedoch auf einem weit niedrigeren Niveau als noch im Frühjahr 2011 oder ist mancherorts weiter abwärtsgerichtet.

Ausschlaggebend für die schwache Weltkonjunktur war neben der bis zum Sommer 2011 sehr restriktiven Wirtschaftspolitik in einer Vielzahl von Schwellenländern und der spürbar restriktiven Finanzpolitik in vielen europäischen Ländern vor allem die erhebliche Verunsicherung durch die wiederholte Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise. Durch weitreichende wirtschaftspolitische Eingriffe im Euroraum wurde die Lage zunächst beruhigt. So dehnte die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) ihre unkonventionellen Maßnahmen massiv aus. Auch wurden in vielen Euroraumländern zusätzliche fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen und eine Beschleunigung der Strukturreformen beschlossen, um das Vertrauen der Investoren zurückzugewinnen. Ferner wurde durch den so genannten Sixpack der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt reformiert. Schließlich wurde ein Fiskalpakt beschlossen, der die Verankerung von Schuldenbegrenzungen in den nationalen Rechtsordnungen der europäischen Länder vorsieht. Und schließlich wurde in Griechenland ein erfolgreicher Schuldenschnitt durchgeführt.

Die ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen beruhigten die Lage jedoch nur vorübergehend, da die strukturellen Probleme ungelöst blieben. Bereits im April kam es zu einem erneuten Anstieg der Risikoprämien auf die Staatspapiere der Krisenländer im Euroraum. Die Unsicherheit nahm an allen wichtigen Finanzplätzen kräftig zu und belastete weltweit die Aktienkurse. Auslöser der erneuten Zuspitzung waren vor allem verunsichernde Signale aus Griechenland und Spanien.

Der vorliegenden Prognose liegt im Basisszenario die Annahme zugrunde, dass die europäische Schuldenkrise selbst dann nicht dramatisch eskaliert, wenn Grie-

chenland die Währungsunion verlässt. Dies setzt zum einen voraus, dass es gelingt, die negativen Effekte kurzfristig aufflammender Finanzmarkturbulenzen abzumildern, indem geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen ergriffen werden. Dazu zählen insbesondere die Versorgung solventer Banken mit ausreichend Liquidität sowie die Rekapitalisierung oder systemschonende Abwicklung angeschlagener Kreditinstitute. Zum anderen setzt die Annahme voraus, dass die Euroraumländer mit Struktur- und Solvenzproblemen durch Wort und Tat dokumentieren, dass sie willens und in der Lage sind, weiter an dem bereits angekündigten Reform- und Sparkurs festzuhalten oder sogar, falls nötig, die fiskalische Konsolidierung weiter zu intensivieren, um das Vertrauen der Investoren nicht vollends zu verlieren. Unter diesen Voraussetzungen dürften die Folgen einer möglichen Insolvenz Griechenlands innerhalb oder außerhalb der Währungsunion begrenzt bleiben und zu keiner Ansteckung weiterer Mitgliedsstaaten führen. Gleichwohl bleibt eine Eskalation der europäischen Schuldenkrise nach wie vor das Hauptrisiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikoszenarios erscheint aktuell nahezu genauso groß wie die des Basisszenarios.

Unter den Annahmen des Basisszenarios dürfte sich die Weltwirtschaft nach einer Schwächephase in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres im weiteren Prognosezeitraum allmählich erholen. Maßgeblich dafür wird das zunehmende Expansionstempo in den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens und, in etwas geringerem Maße, Lateinamerikas sein. So wurde als Reaktion auf die konjunkturelle Abkühlung in der zweiten Hälfte 2011 in vielen dieser Länder die Geld- und Fiskalpolitik gelockert, was die Binnennachfrage kräftigen wird. Ferner ist damit zu rechnen, dass auch die realen verfügbaren Einkommen in den meisten aufstrebenden Ländern zügig expandieren. Deutlich geringer dagegen wird das wirtschaftliche Expansionstempo in den Industrieländern sein. Dabei dürfte die Entwicklung hier, trotz überall äußerst expansiver Geldpolitik, sehr heterogen ausfallen. So wird der Euroraum in diesem Jahr eine Rezession durchlaufen, ehe er im kommenden Jahr stag-

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

nert. In den USA dagegen wird sich die konjunkturelle Erholung, wenn auch weniger dynamisch als in vergangenen Erholungsphasen, wohl mit leicht zunehmender Geschwindigkeit fortsetzen. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem und im nächsten Jahr mit 3,2% bzw. 3,6% nur schwach zunehmen. Entsprechend wird der Welthandel im Jahr 2012 um lediglich 3,5% expandieren, ehe er im kommenden Jahr um 5,2% zulegt.

Ausblick Deutschland

In Deutschland ist die Konjunktur seit Herbst vergangenen Jahres in schwierigeres Fahrwasser geraten, die europäische Finanz- und Vertrauenskrise belastet erstmals auch die heimische Wirtschaft merklich. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg saison- und kalenderbereinigt im Winterhalbjahr 2011/12 lediglich um gut 0,3%, im Vergleich zum Sommerhalbjahr 2011 hat sich das Expansionstempo damit mehr als halbiert. Zwar legte die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2012 nochmals spürbar zu, im Vorquartal war die Wirtschaftsleistung aber im Gefolge rückläufiger Exporte gesunken, was der erste Rückgang seit der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 gewesen war.

Wichtige Indikatoren deuten darauf hin, dass die deutsche Konjunktur – anders als noch in der Prognose vom Dezember 2011 erwartet – im Sommerhalbjahr einen neuen Dämpfer erfährt. So ist die Produktion im produzierenden Gewerbe bereits im April saison- und kalenderbereinigt gesunken. Auch die Ausfuhren haben spürbar abgenommen, dämpfend wirkt hier das spezifische Exportsortiment mit einem hohen Anteil von Investitionsgütern. Im Mai ist der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft erstmals deutlich gesunken, im Juni hat sich der Rückgang fortgesetzt. Die anhaltende Unsicherheit über den Fortgang der Schuldenkrise, das Auf und Ab an den Finanzmärkten sowie die Sorgen vor einer massiven Konjunkturabschwächung bei wichtigen Handelspartnern wirken sich nicht mehr nur auf die Erwartungen der Marktteilnehmer aus, sondern dämpfen mehr und mehr die realwirtschaftliche Entwicklung. Dies zeigt sich auch in den Beschäftigungsplänen der Unternehmen. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im zweiten und dritten Quartal 2012 nur um jeweils 0,1% zunehmen.

Gegen Jahresende werden die konjunkturellen Auftriebskräfte aber die Oberhand gewinnen und den durch Planungsunsicherheiten ausgelösten Attentismus zurückdrängen. Denn nach wie vor sind die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft günstig: So wirkt die Geldpolitik der EZB im Inland weiter anregend.

Zusätzlich hält die ausgeprägte Präferenz internationaler Investoren zugunsten von Kapitalanlagen in Deutschland das Zinsniveau für private und öffentliche Kreditnehmer niedrig. Die vorangegangene Abwertung des Euro gibt zudem Rückenwind für die Ausfuhren in den Nicht-EWU-Raum. Von daher ist für das vierte Quartal mit einem leichten Anziehen der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Höhe von 0,3% zu rechnen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2012 um 0,7% steigen.

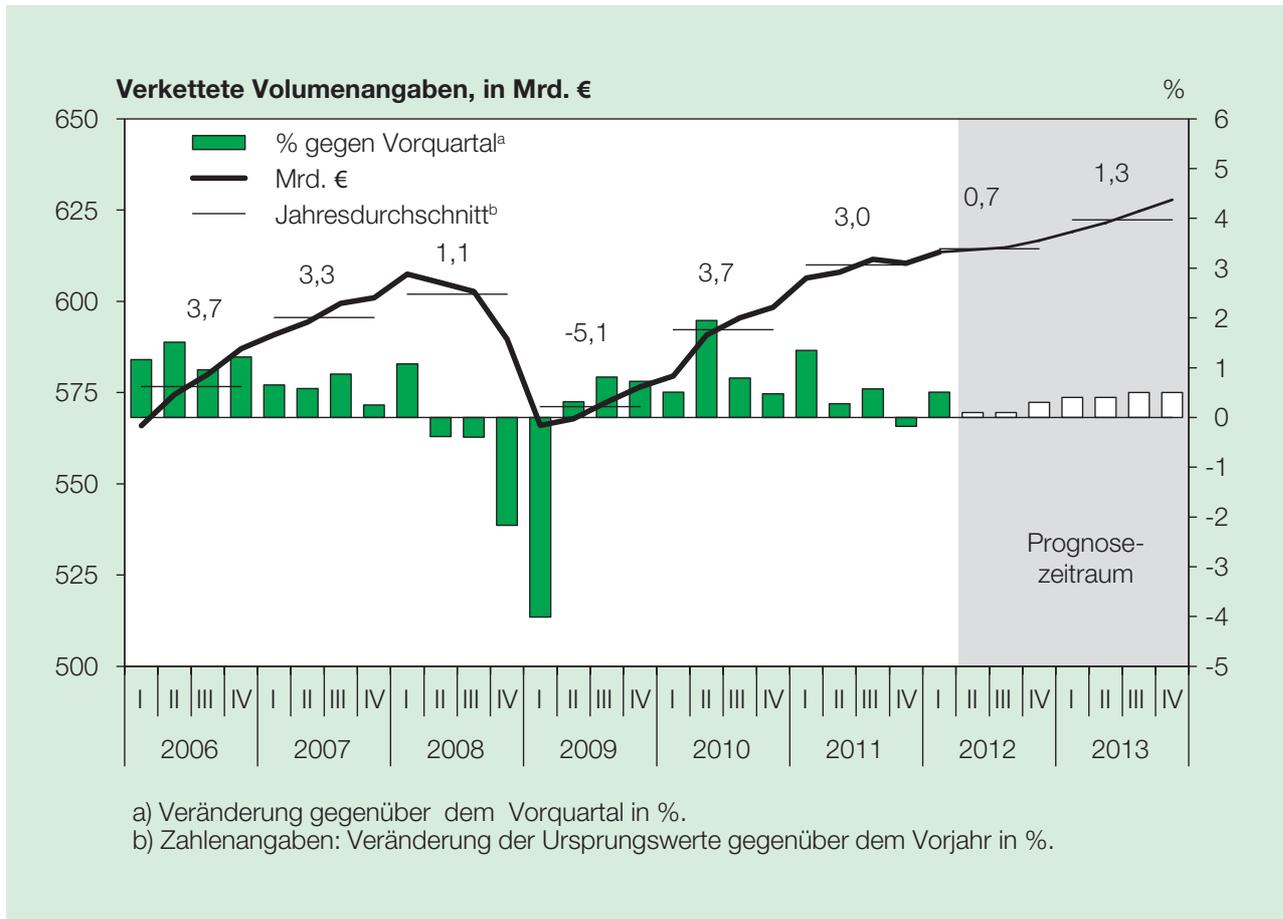
Im Jahr 2013 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion weiter an Fahrt gewinnen. Maßgeblich dafür wird die Binnennachfrage sein. So dürfte der private Konsum um 1,5% zulegen, getragen von der anhaltenden Expansion der real verfügbaren Einkommen und der guten Arbeitsmarktlage. Zudem werden die Bruttoanlageinvestitionen voraussichtlich merklich steigen, befördert durch die weiterhin sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und das Nachholen von aufgeschobenen Projekten aus diesem Jahr. Der Außenbeitrag dürfte jedoch einen negativen Beitrag liefern. Zwar ist mit spürbar steigenden Exporten zu rechnen, noch stärker aber werden die Importe im Sog der lebhaften Binnennachfrage zunehmen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr um 1,3% expandieren (vgl. Abb. 1).

Bei alledem wird die Erwerbstätigkeit wohl weiter zunehmen; im Jahresdurchschnitt 2013 dürfte die Beschäftigung um 610.000 Personen über dem Stand des Jahres 2011 liegen. Aufgrund des steigenden Arbeitsangebots durch Zuwanderungen aus der EU und aus der Stillen Reserve wird die Zahl der Arbeitslosen aber nicht im gleichen Ausmaß sinken. Für das laufende Jahr wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 110.000 Personen und im nächsten Jahr auf 50.000 veranschlagt. Die Arbeitslosenquote dürfte dann 6,6% betragen.

Die Teuerung wird voraussichtlich kräftig bleiben. Zwar geht von den Rohölnotierungen annahmegemäß kein größerer Preisdruck mehr aus. Dafür verstärkt sich aber der hausgemachte Preisauftrieb. Insgesamt dürften die Verbraucherpreise in diesem und im nächsten Jahr um jeweils 2% steigen.

Das gesamtstaatliche Budgetdefizit dürfte im laufenden Jahr auf 0,3% des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückgeführt werden, im kommenden Jahr dürfte der Staatshaushalt sogar ausgeglichen sein. Die Prognoseunsicherheit ist derzeit extrem hoch. Die Konjunktur hängt insbesondere erheblich stärker als üblich von politischen Entscheidungen ab, die nur schwer vorhersehbar sind. Zwar lässt sich dennoch mechanisch ein Prognoseintervall berechnen, das die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts mit einer Wahrscheinlichkeit von rund zwei Dritteln überdeckt; bei der vorliegenden

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Punktprognose von 0,7 % reicht das Intervall von 0,1 % bis 1,3 %. Bei der Interpretation ist aber Vorsicht geboten, denn die Auswirkungen von massiven Umwälzungen, wie ein ungeordnetes Ausscheiden von Ländern aus dem Euroraum, auf die Prognoseunsicherheit lassen sich mit statistischen Methoden nicht erfassen.

Die Prognose im Detail:

Gedämpfte Entwicklung der Exporte

Die deutschen Ausfuhren stiegen im ersten Quartal 2012 recht kräftig; der Rückgang im vierten Quartal 2011 wurde mehr als wettgemacht. Impulse kamen vor allem aus Drittländern, wie den USA, China und Russland. Aber auch die Lieferungen nach Europa und in den Euroraum waren aufwärtsgerichtet.

Für das zweite Quartal zeichnen die Indikatoren kein eindeutiges Bild. So ist die Warenausfuhr im April merklich zurückgegangen. Die ifo Exporterwartungen im Ver-

arbeitenden Gewerbe waren dagegen noch bis Mai in der Tendenz aufwärtsgerichtet, erst im Juni ist der Indikator eingebrochen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland waren in den vergangenen Monaten seitwärtsgerichtet.

Alles in allem dürfte im Sommerhalbjahr 2012 lediglich mit einem verhaltenen Exportzuwachs zu rechnen sein. Maßgeblich dafür sind die negativen Impulse aus dem Euroraum, und hier vor allem aus Spanien und Italien. Im weiteren Prognosezeitraum wird der Export nur langsam Fahrt aufnehmen. Zwar verbesserte die Abwertung des Euros in den vergangenen Monaten die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, was die Ausfuhren stützen dürfte. Ausschlaggebend für die Entwicklung des Exports wird aber die weiter verhaltene Konjunktur in wichtigen Absatzmärkten sein; die Rezession im Euroraum dürfte nur allmählich auslaufen. Lediglich aus China und Südostasien werden Nachfrageimpulse kommen. Für das Jahr 2012 ist mit einem Zuwachs des realen Exports in Höhe von 2,5 % zu rechnen, für das kommende Jahr um 3,2 %.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2010	2011	2012 ¹	2013 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a				
Private Konsumausgaben	0,6	1,4	1,3	1,5
Konsumausgaben des Staates	1,7	1,1	1,4	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	5,5	6,4	0,8	4,2
Ausrüstungen	10,5	7,6	-1,6	4,9
Bauten	2,2	5,8	2,5	3,7
Sonstige Anlagen	4,7	4,8	1,3	3,8
Inländische Verwendung	2,4	2,5	0,7	2,1
Exporte	13,7	8,2	2,5	3,2
Importe	11,7	7,8	2,5	5,1
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,7	3,0	0,7	1,3
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	40.553	41.096	41.570	41.706
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.238	2.976	2.866	2.816
Arbeitslosenquote ^c (in %)	7,7	7,1	6,7	6,6
Verbraucherpreise ^d (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	2,3	2,0	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
– in Mrd. €	-106,0	-25,6	-9,2	0,6
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-4,3	-1,0	-0,3	0,0
<i>Nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,5	-0,5	0,0
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	2,7	2,2	1,6
1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Definitionen gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2005=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) HVPI-EWU (2005=100).				

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Unsicherheit belastet Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal 2012 merklich gesunken. Maßgeblich hierfür dürfte die anhaltende Unsicherheit im Gefolge der europäischen Schuldenkrise gewesen sein. Zudem stagnierte die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe, sodass Erweiterungsinvestitionen weniger dringlich wurden.

Im Sommerhalbjahr dürften die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit weiter zurückfahren. Zum einen werden vermehrt Auslandsaufträge aus der Eurozone wegfallen. Zum anderen dürfte die zuletzt wieder gestiegene Unsicherheit Attentismus auslösen. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe stagniert, wenngleich auf einem leicht überdurchschnittlichen Niveau. Daneben zeigt der von der DEUTSCHEN BUNDESBANK veröffentlichte

Order-Capacity-Index, dass die Unternehmen zuletzt etwas weniger Aufträge annahmen, als sie mit ihren bestehenden Kapazitäten hätten abarbeiten können.

Gegen Jahresende wird annahmegemäß die Unsicherheit bezüglich der Eurokrise leicht zurückgehen, und die zurückgestellten Investitionen dürften nach und nach nachgeholt werden. Im kommenden Jahr dürfte die robuste Bau- und Konsumnachfrage die Investitionstätigkeit der auf den Inlandsmarkt ausgerichteten Unternehmen anregen. Zudem sind die Realzinsen auf einem historisch niedrigen Niveau. Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2012 voraussichtlich um 1,6 % abnehmen und im kommenden Jahr um 4,9 % zulegen.

Bauboom trotz der schwächelnden Konjunktur

Die Bauinvestitionen sind witterungsbedingt im ersten Quartal 2012 spürbar gesunken. Nach Bausparten verlief die Entwicklung dabei recht unterschiedlich: Während die Investitionen in Wohnbauten und in Gewerbebauten weiter zugenommen haben, sind die öffentlichen Bauinvestitionen nach der Jahreswende regelrecht eingebrochen.

Die *Wohnbauinvestitionen* stiegen nach der Jahreswende um 0,4 %. Für das Sommerhalbjahr ist damit zu rechnen, dass sich die Wohnbauinvestitionstätigkeit wieder beschleunigt, da die zurzeit sehr hohen Auftragsbestände sukzessive abgearbeitet werden dürften. Drei Faktoren befördern dabei die Expansion der Bauinvestitionen: Erstens werden die Hypothekenzinsen in Folge der weiterhin expansiven Geldpolitik der EZB bis Ende 2013 niedrig bleiben. Zweitens profitieren die privaten Haushalte von der guten Arbeitsmarktsituation und kräftigen Lohnsteigerungen. Schließlich lässt die Furcht vor der Eurokrise eine Investition in relativ sichere heimische Immobilien vorteilhaft erscheinen. Alles in allem dürften die Wohnungsbauinvestitionen in den Jahren 2012 und 2013 um jeweils 4,5 % zulegen.

Der *Wirtschaftsbau* verzeichnete zu Jahresbeginn ein Plus von 2 %. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die gewerblichen Bauinvestitionen weiter zunehmen. Hierfür spricht vor allem der nominale Auftragsbestand im gewerblichen Hochbau. Gleichwohl dürfte sich das Tempo etwas verlangsamen, da die Eintrübung der Unternehmensaussichten im Gefolge der Konjunkturabkühlung im Sommerhalbjahr dämpfend wirken dürfte. Da der Attentismus im späteren Prognosezeitraum nachlässt, wird der Wirtschaftsbau im nächsten Jahr wieder anziehen. Alles in allem dürften die Wirtschaftsbauinvestitionen in diesem Jahr um 2,0 % und im kommenden Jahr um 3,1 % ausgeweitet werden.

Beim *öffentlichen Bau* ist die Produktion im ersten Quartal um mehr als 15 % zurückgegangen. Für das zweite Quartal ist von daher eine kräftige Gegenbewegung angelegt. Positiv hingegen dürfte sich die bessere Finanzlage der öffentlichen Haushalte auswirken. Vor allem im Tiefbau muss eine über Jahre aufgestaute Nachfrage abgearbeitet werden. Insgesamt dürften die öffentlichen Bauinvestitionen im laufenden Jahr um knapp 5,2 % sinken und im kommenden Jahr um 1,5 % steigen.

Alles in allem dürfte sich der positive Trend bei den Bauinvestitionen im Prognosezeitraum fortsetzen. Für das Jahr 2012 wird mit einem Anstieg um 2,5 % gerechnet und für das Jahr 2013 um 3,7 %.

Privater Konsum nimmt konjunkturrobust zu

Der reale private Konsum, der im vierten Quartal 2011 bei stagnierenden Realeinkommen und zunehmender Sparneigung gesunken war, ist im ersten Vierteljahr 2012 merklich gestiegen. Maßgeblich hierfür war, dass sich die Kaufkraft der privaten Haushalte wieder erhöht hat. Zum Tragen kamen die höheren Tarifabschlüsse und die günstige Beschäftigungsentwicklung.

Im Sommerhalbjahr dürfte der reale private Konsum verhalten weiter expandieren; Unsicherheiten im Gefolge der Eurokrise könnten die Sparquote der privaten Haushalte – ähnlich wie im Jahresendquartal 2011 – vorübergehend etwas steigen lassen. Allzu gravierend dürfte die Tempoverlangsamung beim Konsum jedoch nicht ausfallen: Bei den Löhnen schlagen die höheren Tarifabschlüsse sowie die weiter steigende Beschäftigung zu Buche und auch die monetären Sozialleistungen werden merklich zulegen. Im Jahresdurchschnitt 2012 ist mit einer Zunahme des privaten Konsums um 1,3 % zu rechnen.

Im nächsten Jahr wird der private Konsum voraussichtlich leicht beschleunigt weiter steigen. Die tariflichen Stundenverdienste dürften 2013 mit 2,9 % im gleichen Tempo wie in diesem Jahr zulegen. Da allerdings die Lohndrift nicht mehr so positiv wie im laufenden Jahr sein dürfte, werden die Effektivverdienste, pro Arbeitnehmerstunde gerechnet, mit 3,2 % etwas langsamer als in diesem Jahr steigen. Bei einer Zunahme des Arbeitsvolumens um 0,2 % ist zu erwarten, dass die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe um 3,4 % expandieren. Netto ergibt sich jedoch ein Anstieg von nur 3,0 %. Zwar wird zu Jahresanfang der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung erneut gesenkt, allerdings entzieht die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs den privaten Haushalten Kaufkraft. Die monetären Sozialleistungen dürften im kommenden Jahr spürbar zunehmen (1,7 %). Insgesamt werden die verfügbaren Einkom-

men der privaten Haushalte um 3,2 % expandieren, real um 1,4 %. Bei leicht sinkender Sparquote dürfte der reale private Konsum um 1,5 % zulegen.

Kerninflation zieht weiter an

Der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe hat sich im zweiten Quartal 2012 abgeschwächt. Hierzu haben deutlich nachgebende Rohölnotierungen beigetragen, die sich für die heimischen Konsumenten in sinkenden Heizöl- und Kraftstoffpreisen niederschlugen. Die Kerninflation, aus der in Abgrenzung des IFO INSTITUTS der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln ausgeschlossen werden, lag im Mai bei 2,0 %, nachdem sie im Durchschnitt des Vorjahres 1,3 % betrug. Dabei haben die Preise für Nahrungsmittel (ohne Berücksichtigung der zurzeit recht günstigen Saisonwaren) recht kräftig angezogen (3,8 %). Die Preise für den übrigen Warenkorb lagen zuletzt um 1,7 % über dem vergleichbaren Vorjahresniveau.

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau weiter steigen. Zwar geht von den Rohölnotierungen annahmegemäß kein neuer gravierender Preisdruck aus. Dafür verstärkt sich aber der hausgemachte Preisauftrieb. So nehmen die Lohnstückkosten in diesem und im nächsten Jahr recht kräftig zu, was angesichts der robusten Konsumkonjunktur an die Verbraucher weitergereicht werden dürfte. Auch wird der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst zu höheren Preisen und Gebühren für kommunale Dienstleistungen führen. Zudem dürften die Wohnungsmieten anziehen; in manchen Ballungsräumen sind die Wohnungsmärkte nahezu leergefegt. Insgesamt dürften die Verbraucherpreise im diesem und im nächsten Jahr um jeweils 2 % steigen. Bereinigt um den Einfluss von Energieträgern wird sich die Inflation von 1,6 % im Jahr 2012 auf voraussichtlich 2,2 % im Jahr 2013 beschleunigen.

Arbeitsnachfrage bleibt intakt

Auf dem Arbeitsmarkt hat die positive Entwicklung angehalten; die Beschäftigung stieg im ersten Quartal 2012 in allen Wirtschaftsbereichen. Dabei wurden insbesondere sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Anders als im abgelaufenen Jahr spielten Leiharbeitsverhältnisse für den Stellenaufbau dagegen kaum noch eine Rolle. Die Anzahl der Selbständigen nahm zuletzt aber infolge der verminderten Fördertätigkeit nicht mehr so schwungvoll zu. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist seit mehreren Quartalen sogar rückläufig. Bei alledem ist die

Arbeitslosigkeit seit Jahresbeginn nur noch wenig gesunken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich das Angebot an Arbeitskräften deutlich erhöht hat. So nahmen weniger Personen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teil, und die Stille Reserve reduzierte sich. Zudem dürfte sich der Zuzug von Bürgern aus EU-Nachbarländern auch zu Beginn des Jahres fortgesetzt haben.

Für den weiteren Jahresverlauf deutet sich eine langsamere Gangart auf dem Arbeitsmarkt an. So ist das ifo Beschäftigungsbarometer seit einigen Monaten in der Tendenz rückläufig, und es werden weniger offene Stellen bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldet. Alles in allem wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2012 um knapp 1,2 % zulegen. Getragen wird der Beschäftigungsaufbau weiterhin von einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die marginale Beschäftigung dürfte hingegen weiter zurückgehen, da viele Personen wohl lukrativere Beschäftigungsalternativen haben. Im Gefolge einer rückläufigen Förderung nimmt die Zahl der Selbständigen voraussichtlich nur wenig zu. Im Jahr 2013 dürfte die Arbeitsnachfrage im Gefolge der wieder anziehenden Konjunktur leicht zunehmen. Allerdings werden die Lohnkosten wohl weiter anziehen, was die Nachfrage für sich genommen dämpft. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte um 135.000 steigen.

Bei alledem dürfte die Zahl der Arbeitslosen weniger stark zurückgehen, als die Erwerbstätigkeit steigt. Für das Jahr 2012 ergibt sich ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um 110.000 Personen. Im kommenden Jahr dürfte die Zahl der Arbeitslosen weiter sinken. Der Rückgang wird mit 50.000 abermals geringer ausfallen, da bei anhaltend schlechter Konjunktur in vielen EU-Mitgliedsstaaten die Zuwanderung nach Deutschland wohl hoch bleiben dürfte. Zudem geht die Stille Reserve weiter zurück. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 6,6 % betragen (vgl. Tab. 2).

Lohnkosten steigen

Die gute Arbeitsmarktlage schlug sich im vergangenen Jahr auch bei den Tarifverhandlungen nieder. Zuletzt hat sich der Tariflohnanstieg weiter leicht beschleunigt; die Grundvergütungen lagen im ersten Quartal 2012 um gut 2,5 % über dem Vorjahreswert.

Der hohe Beschäftigungsstand dürfte dazu führen, dass die Effektivlöhne im Prognosezeitraum stärker steigen als die Tariflöhne. Zum einen dürften nicht tarifgebundene Arbeitnehmer ihre gute Verhandlungsposition nutzen, um Lohnsteigerungen zu verhandeln, die über der tariflich vereinbarten Erhöhung liegen. Zum anderen dürften in ähnlichem Umfang außertarifliche

Tabelle 2: Arbeitsmarkt (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

Deutschland	2009	2010	2011	2012	2013
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	55.811	57.087	57.993	58.741	58.850
Erwerbstätige Inländer	40.311	40.506	41.037	41.512	41.657
Arbeitnehmer	35.843	36.018	36.499	36.954	37.094
darunter: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.493	27.757	28.439	29.014	29.179
darunter: Geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^a	286	260	197	147	128
Marginal Beschäftigte	5.936	5.886	5.764	5.609	5.555
darunter: Minijobs	4.904	4.883	4.864	4.759	4.725
1-Euro-Jobs ^b	280	260	166	116	96
Selbständige	4.468	4.488	4.538	4.558	4.563
darunter: Geförderte Selbständige ^c	145	154	136	91	50
Pendlersaldo	51	47	59	59	49
Erwerbstätige Inland	40.362	40.553	41.096	41.570	41.706
Arbeitslose	3.415	3.238	2.976	2.866	2.816
Arbeitslosenquote ^d	8,1	7,7	7,1	6,7	6,6
Erwerbslose ^e	3.228	2.946	2.501	2.301	2.201
Erwerbslosenquote ^f	7,4	6,8	5,7	5,3	5,0
Kurzarbeit	1.144	503	150	115	90

a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO. – f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Sonderzahlungen geleistet werden wie im Jahr 2011. Insgesamt dürften die Effektivlöhne je Beschäftigten in diesem Jahr um 3,3 % steigen. Sofern die Lohndrift immer noch leicht positiv bleibt, könnten die Effektivlöhne pro Arbeitnehmer im kommenden Jahr um 3,0 % zunehmen.

Die realen Arbeitnehmerentgelte werden im Jahr 2012 auf Stundenbasis voraussichtlich um 1,1 % steigen, im Jahr 2013 um 1,0 %. Bei schwacher Produktivitätsentwicklung werden sich die Bedingungen für mehr

Beschäftigung von der Kostenseite her damit in beiden Jahren etwas verschlechtern. Die bereinigten Lohnstückkosten dürften in diesem Jahr, pro Stunde gerechnet, um 3,8 % und im kommenden Jahr um 1,9 % anziehen.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2012. Vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus, et. al., ifo Konjunkturprognose 2012/2013: Erhöhte Unsicherheit dämpft deutsche Konjunktur erneut, in: ifo Schnelldienst, 13/2012, 64. Jg., S.15–68.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2012/2013: Wirtschaft in Ostdeutschland im Bann der europäischen Schuldenkrise

Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann*

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft geriet im Sommer des letzten Jahres in eine Schwächephase, welche sich – wenn auch in unterschiedlich starkem Maße – in allen großen Weltregionen widerspiegelte. Das ifo Weltwirtschaftsklima zeigt seit Jahresbeginn 2012 zwar eine Verbesserung der konjunkturellen Situation an, liegt aber weiterhin unter dem Niveau des Frühjahres 2011. Ausschlaggebend für die schwache Weltkonjunktur war neben der restriktiven Wirtschaftspolitik in vielen Schwellenländern vor allem die erhebliche Verunsicherung durch die neuerliche Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise.

In einem Umfeld höherer makroökonomischer Unsicherheit neigten viele Unternehmen dazu, bereits geplante Investitionsprojekte aufzuschieben. Aber auch die privaten Haushalte wurden vorsichtiger und erhöhten daher ihre Sparquote zu Lasten der Konsumnachfrage. Verstärkend wirkten zudem die verschärften Kreditvergabestandards der Banken.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Welt sowie auch in Europa für die Jahre 2012 und 2013 hängt maßgeblich vom Fortgang der europäischen Schuldenkrise ab. Im Basisszenario der ifo Konjunkturprognose für Deutschland ist unterstellt, dass es nicht zu einer weiteren Eskalation der Schuldenkrise kommt. Weiterhin wird angenommen, dass die Euroländer an ihrem bereits angekündigten Reform- und Sparkurs festhalten und diesen, falls nötig, weiter intensivieren. Daher dürfte es gelingen, die Eurokrise allmählich zu entschärfen, sodass sich die vorliegende makroökonomische Unsicherheit langsam abbaut.

Unter diesen Annahmen dürfte sich die Weltwirtschaft nach einer Schwächephase in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres allmählich wieder erholen. Ursächlich hierfür ist vor allem die Entwicklung in den Schwellenländern. In vielen dieser aufstrebenden Volkswirtschaften wurde die zum Teil sehr restriktive Geld- und Finanzpolitik in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 merklich gelockert. Dies dürfte insbesondere die dortige Binnennachfrage stützen. Zudem ist davon auszugehen, dass die realen verfügbaren Einkommen in den Schwellenländern weiter expandieren, wodurch die Importnachfrage dieser Regionen steigen dürfte.

Im Vergleich zu den aufstrebenden Volkswirtschaften wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern deutlich schwächer verlaufen. Während der Euroraum im aktuellen Jahr in eine Rezession geraten ist und im nächsten Jahr stagniert, dürfte sich die konjunkturelle Erholung in den Vereinigten Staaten von Amerika fortsetzen. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt in diesem und im nächsten Jahr um 3,2% bzw. 3,6% zunehmen.

Nach einem kräftigen saison- und kalenderbereinigten Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2012 (0,5% gegenüber dem vierten Quartal 2011) dürfte die deutsche Wirtschaft im Sommerhalbjahr eine konjunkturelle Schwächephase durchlaufen, da sich die deutsche Wirtschaft nicht auf Dauer vollständig von der europäischen Finanz- und Vertrauenskrise abzukoppeln vermag. Wichtige Vorlaufindikatoren wie das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands, welches sich im Mai und Juni merklich eintrübte, deuten auf diese Entwicklung hin.

Unter der Annahme, dass die Eurokrise nicht weiter eskaliert, ist jedoch damit zu rechnen, dass die konjunkturellen Auftriebskräfte zum Jahresende 2012 wieder die Oberhand gewinnen. Hierfür spricht, dass erstens die geldpolitischen Maßnahmen der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK (EZB) im Inland weiter anregend wirken, und dass zweitens das Zinsniveau in Deutschland aufgrund der ausgeprägten Präferenz ausländischer Investoren für Kapitalanlagen in Deutschland weiterhin sehr niedrig bleibt. Hinzu kommt drittens, dass die vorangegangene Abwertung der europäischen Gemeinschaftswährung die Ausfuhren in Regionen außerhalb des Raums der EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION (EWU) begünstigt.

Im Jahr 2013 dürfte das konjunkturelle Expansions-tempo in Deutschland weiter zulegen. Getragen wird dies maßgeblich von der Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben profitieren von der anhaltenden Expansion der realen verfügbaren Einkommen sowie der guten Arbeitsmarktlage. Zudem ist von einem Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen auszugehen, da die Finan-

* Stefan Arent, Michael Kloß und Robert Lehmann sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

zierungsbedingungen weiter günstig bleiben und aufgeschobene Investitionsprojekte aus dem Jahr 2012 nachgeholt werden dürften. In seiner aktuellen Prognose erwartet das IFO INSTITUT einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 0,7 % im Jahr 2012 [vgl. NIERHAUS (2012)]. Im kommenden Jahr dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland um 1,3 % expandieren.

Von dieser Entwicklung dürfte auch der deutsche **Arbeitsmarkt** profitieren. Nach Einschätzung des IFO INSTITUTS wird die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Jahr um 1,2 % und im kommenden Jahr um 0,3 % zunehmen.

Der Artikel zeigt zunächst die methodischen Schwierigkeiten und Veränderungen auf, welche mit der aktuellen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf Länderebene einhergehen. Daran anschließend werden die Ergebnisse der von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS aktuell herausgegebenen Konjunkturprognose für Ostdeutschland (einschließlich Berlin) und Sachsen präsentiert. Der Beitrag schließt mit einer Betrachtung des ostdeutschen und sächsischen Arbeitsmarktes.

Revision der amtlichen Statistik erschwert Vorhersage

Die Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf regionaler Ebene wird in diesem Jahr durch die jüngst erfolgte Revision der VGR erschwert. Am 05. Juli 2012 veröffentlichte der ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER erstmals Daten zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung nach Bundesländern auf Basis der neuen Wirtschaftszweigklassifikation Ausgabe 2008 (WZ08). Derzeit liegen jedoch nur revidierte Ergebnisse für die Jahre 2008 bis einschließlich 2011 vor.

Neben der eingeschränkten Verfügbarkeit der Daten birgt insbesondere die Anpassung der Sektoren an die neue Klassifikation Risiken für die aktuelle Prognose. Neue Methoden der amtlichen Statistik und vollständiger Datensätze führen dazu, dass sich zum Teil sehr starke Revisionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und für das Bruttoinlandsprodukt insgesamt ergeben.

Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Freistaat Sachsen nach alter Klassifikation im Jahr 2009 um 3,4 % schrumpfte, senkte die Krise die gesamtwirtschaftliche Produktion mit 4,1 % doch deutlich stärker als zuvor angenommen. Gleiches gilt für die ostdeutschen Bundesländer einschließlich Berlin. Hier verringerte sich das reale Bruttoinlandsprodukt auf Basis der alten Klassifikation um 2,6 %; die revidierten Zahlen zeigen demgegenüber einen Rückgang um 3,0 % an.

Gravierend sind die Änderungen besonders im Verarbeitenden Gewerbe. Zum einen hinterließ die Krise deutlich stärkere Spuren in Sachsen und Ostdeutschland. Zum anderen verlief der Aufschwung im Folgejahr 2010 deutlich geringer als bisher angenommen. Den aktuellen Angaben zufolge wurde das Vorkrisenniveau der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sowohl in Sachsen als auch in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) am Ende des Jahres 2011 noch nicht erreicht. Dies war anhand der Zahlen nach alter Klassifikation in dieser Form nicht zu erwarten gewesen.

Die notwendigen Anpassungen der amtlichen Statistik führen dazu, dass Prognosemethoden, die auf einer systematischen Auswertung von langen Datenreihen beruhen, derzeit nicht nutzbar sind. Dies betrifft insbesondere die Vorausschätzung der Entwicklung in einzelnen Wirtschaftsbereichen. Deshalb werden in der aktuellen Prognose lediglich die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes sowie die Veränderung der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe ausgewiesen. Sobald seitens der amtlichen Statistik ausreichend lange Datenreihen vorliegen, ist eine detailliertere Aufschlüsselung nach Wirtschaftszweigen wieder möglich.

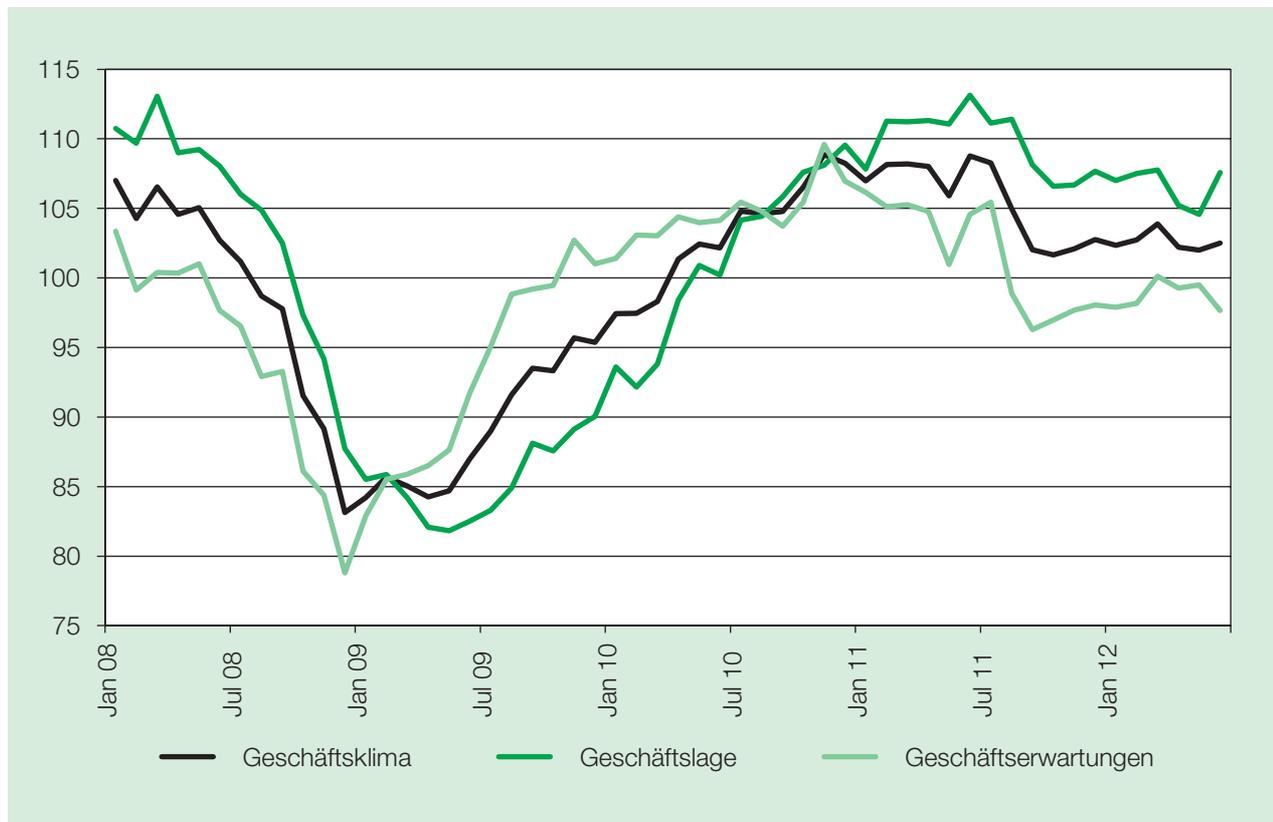
Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

2012: Konjunkturelle Verbesserung zum Ende des Jahres

Grundsätzlich kann sich auch die ostdeutsche Wirtschaft den internationalen Turbulenzen nicht entziehen. Die konjunkturelle Dynamik wird dabei insbesondere durch das Verarbeitende Gewerbe getrieben, da dieser Sektor die stärksten überregionalen Verflechtungen aufweist. Nachdem die nominalen Umsätze der ostdeutschen Betriebe mit wenigstens 50 tätigen Personen in den ersten vier Monaten des Jahres 2012 um 1,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum expandierten, ist für das zweite und dritte Quartal insgesamt eine deutliche Abschwächung der Umsatzentwicklung zu erwarten. Darauf deuten insbesondere auch die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests im Verarbeitenden Gewerbe hin (vgl. Abb. 1).

Während die aktuelle Geschäftslage von den Industriefirmen Ostdeutschlands weiterhin als sehr gut eingeschätzt wird, trübten sich in den letzten Monaten die Geschäftsaussichten der Befragungsteilnehmer zunehmend ein. Auch die Kapazitätsauslastung lag nach Unternehmensangaben im zweiten Quartal 2012 saisonbereinigt sowohl unter jener des Vor- als auch Vorjahresquartals. Die positive Umsatzentwicklung der ersten vier

Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen des Verarbeitenden Gewerbes Ostdeutschlands (saisonbereinigte Werte, 2005 = 100)



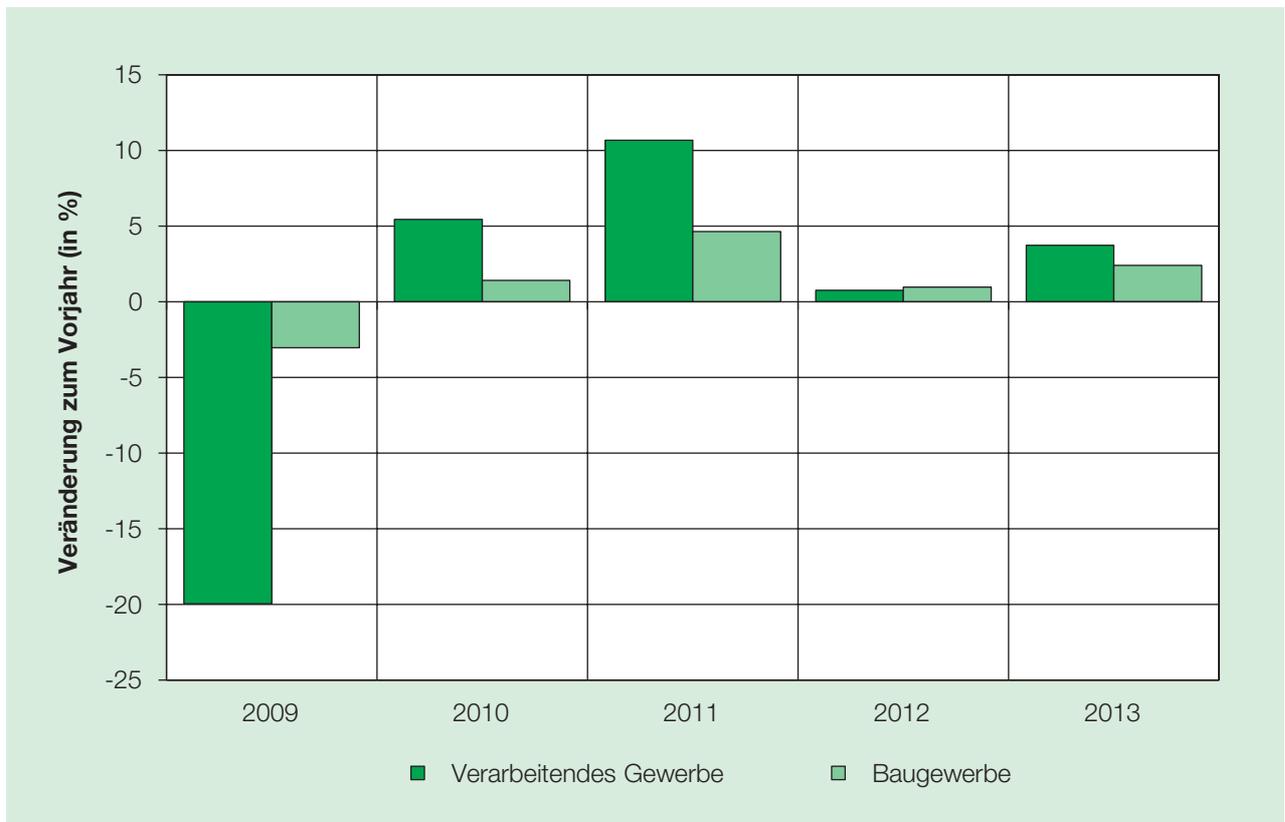
Quelle: ifo Konjunkturtest, Darstellung des ifo Instituts.

Monate 2012 wird dabei maßgeblich durch die Investitionsgüter- (+5,9%) und Vorleistungsgüterproduzenten (+1,1%) beeinflusst [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2012b)]. Dabei fallen die Investitionsgüterproduzenten jedoch nicht so stark ins Gewicht, da sie traditionell weniger stark in Ostdeutschland vertreten sind. Mit zunehmender Verstärkung der gesamtwirtschaftlichen Auftriebskräfte ist davon auszugehen, dass die konjunkturelle Entwicklung der ostdeutschen Industrie zum Ende des Jahres 2012 wieder an Fahrt gewinnt. Für das aktuelle Jahr ist davon auszugehen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands (einschließlich Berlin) um 0,8% zulegen dürfte (vgl. Abb. 2).

Trotz der insgesamt schwächelnden Konjunktur konnte die Produktion im ostdeutschen Baugewerbe in den ersten Monaten des Jahres 2012 deutlich gesteigert werden. Dabei zeigen sich für die verschiedenen Bausparten unterschiedliche Entwicklungen. Während die Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen im Wohnungsbau ihren baugewerblichen Umsatz in den ersten vier Monaten im Vorjahresvergleich um 24,8% steigern konnten, fielen die Umsatzzuwächse im Wirtschaftsbau mit 4,3% deutlich geringer aus. Im Bereich des öffentli-

chen Baus gingen die Umsätze sogar um 6,8% zurück [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2012a)]. Darüber hinaus zeigte sich auch im Ausbaugewerbe Ostdeutschlands eine zweistellige Zuwachsrate des baugewerblichen Umsatzes im ersten Quartal 2012. Die Vorlaufindikatoren für das Baugewerbe sind weiterhin aufwärtsgerichtet, wenngleich nicht mehr so stark wie im ersten Quartal. Im weiteren Jahresverlauf ist davon auszugehen, dass der Wohnungsbau weiterhin von günstigen Finanzierungsbedingungen sowie der guten Arbeitsmarktlage profitiert. Darüber hinaus erscheinen vielen Anlegern Investitionen in Immobilien vor dem Hintergrund der Eurokrise als vergleichsweise sicher. Dämpfend auf die Entwicklung im ostdeutschen Wohnungsbau dürfte sich allerdings die beschleunigte Schrumpfung (und Alterung) der Bevölkerung auswirken. Im Wirtschaftsbau wird sich zudem die schwache Konjunktur im Sommerhalbjahr dämpfend auswirken. Daher werden Investitionen zunächst hinten angestellt, um erst mit schwindender Unsicherheit bei den Unternehmen am Ende des Jahres wieder anzuziehen. Unterstützend wirken sich dabei die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen aus. Positive Impulse gehen zudem vom Ausbaugewerbe aus, da dieser Bereich eng an die Entwicklung in den anderen Bausparten

Abbildung 2: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

gekoppelt ist. Der öffentliche Bau hingegen dürfte nur wenig Impulse setzen, trotz aktuell positiver Zuwachsraten bei den Auftrageingängen. Alles in allem wird davon ausgegangen, dass die reale Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe gegenüber dem Vorjahr um 1,0% zunimmt (vgl. Abb. 2).

Auch die Dienstleistungsbereiche dürften einen positiven Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im aktuellen Jahr liefern. Die weiterhin günstige Arbeitsmarktlage sowie eine verbesserte Einkommenssituation der privaten Haushalte werden die Entwicklung im Einzelhandel stützen. Der Großhandel sowie die unternehmensnahen Dienstleister dürften von der etwas günstigeren Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes zum Ende des Jahres hin profitieren können.

Insgesamt erwartet das ifo INSTITUT für das Jahr 2012 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um 0,6% (vgl. Abb. 3). Die Wachstumsrate ist damit etwas geringer als in Deutschland insgesamt, weil sowohl die Industrie als auch die höherwertigen Dienstleister hier weniger stark vertreten sind als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Weiterhin dürften auch die schrumpfende Bevölkerungszahl und rückläufige Transferzahlungen dämpfend wirken.

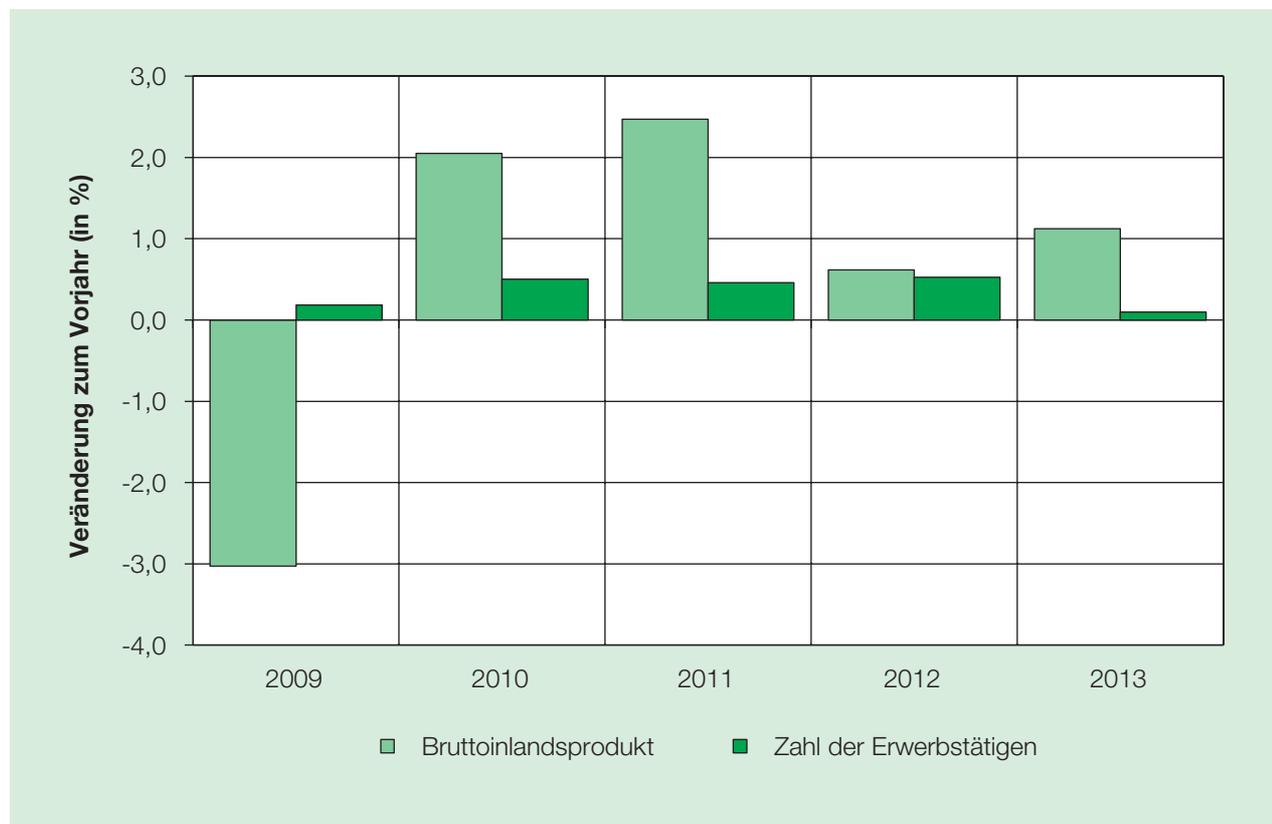
Die positive Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt im Jahr 2011 setzte sich auch im ersten Quartal 2012 weiter fort. Nach Angaben der amtlichen Statistik stieg die Zahl der erwerbstätigen Personen in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) um 0,8% gegenüber dem ersten Quartal 2011 [vgl. THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK (2012)]. Allerdings liegt die Zuwachsrate der Beschäftigung in Ostdeutschland niedriger als in Deutschland insgesamt (1,3 %).

Zuletzt trübten sich die ifo Beschäftigungserwartungen für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands merklich ein. Zudem ist davon auszugehen, dass die Firmen aufgrund der schwächelnden Konjunktur im Sommerhalbjahr 2012 zunächst Arbeitszeitkonten abbauen werden. Darüber hinaus ist es für ostdeutsche Firmen schwieriger, geeignete Fachkräfte zu finden. Im Gesamtjahr ist davon auszugehen, dass die Zahl der erwerbstätigen Personen in Ostdeutschland nur um 0,5% steigen dürfte (vgl. Abb. 3).

2013: Investitionsnachfrage belebt die Wirtschaft

Für das Jahr 2013 wird in der Prognose angenommen, dass die Unsicherheiten bezüglich der europäischen Schuldenkrise sich allmählich abschwächen und die kon-

Abbildung 3: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2012), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Bundes der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

junkturrellen Auftriebskräfte wieder die Oberhand gewinnen. Maßgeblich dazu beitragen werden der private Konsum sowie die Bruttoanlageinvestitionen, da insbesondere die Finanzierungsbedingungen günstig bleiben dürften und Investoren aufgeschobene Projekte nachholen werden. Weiterhin ist mit allmählich anziehender Weltkonjunktur auch mit einer wieder etwas stärker steigenden Exportnachfrage zu rechnen.

Dies alles dürfte insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands (einschließlich Berlin) positive Wirkungen entfalten. Es ist davon auszugehen, dass die reale Bruttowertschöpfung in der ostdeutschen Industrie im kommenden Jahr um 3,7% gegenüber dem aktuellen Jahr zulegt (vgl. Abb. 2). Von der anhaltend hohen Attraktivität deutscher Kapitalanlagen und den weiterhin sehr günstigen Finanzierungsbedingungen dürfte auch das Baugewerbe Ostdeutschlands profitieren. Im Zuge der verbesserten Situation der ostdeutschen Industrie wird der Wirtschaftsbau stärker expandieren als im aktuellen Jahr. Der Wohnungsbau profitiert weiterhin von den niedrigen Zinsen, wird aber durch die demographische Entwicklung gebremst. Vom öffentlichen Bau werden voraussichtlich nur geringe Impulse zu erwarten sein. Alles in allem dürfte die preis-

bereinigte Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe im kommenden Jahr um 2,4% expandieren (vgl. Abb. 2).

Die anhaltend gute Arbeitsmarktlage sowie die robuste Binnennachfrage wirken im kommenden Jahr vor allem positiv auf den Handel und das Gastgewerbe. Der Großhandel sowie der Verkehrssektor profitieren von der konjunkturellen Belebung in der Industrie und dürften sich im Jahr 2013 ebenfalls besser entwickeln. Von den öffentlichen Dienstleistern wird hingegen, wie auch schon in den vorangehenden Jahren, kein nennenswerter Impuls auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands ausgehen, weil hier die Konsolidierungserfordernisse in den öffentlichen Haushalten negativ wirken.

Somit wird das Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Länder im nächsten Jahr voraussichtlich um 1,1% steigen (vgl. Abb. 3). Damit dürfte das Wachstum jedoch erneut unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegen, was in der spezifischen Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands begründet liegt. Neben der insgesamt geringeren Bedeutung der Industrie spielt dabei auch das Spezialisierungsmuster innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes eine Rolle. Da nämlich die Investitionsgüterproduzenten

in Ostdeutschland eher schwach vertreten sind, fallen auch die Impulse durch die steigende Investitionsnachfrage im Jahr 2013 in den ostdeutschen Ländern schwächer aus. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im kommenden Jahr nur noch um 0,1% expandieren, da tendenziell steigende Lohnstückkosten die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen dämpfen dürften (vgl. Abb. 3).

Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

2012: Schwierige Zeiten für die sächsische Industrie

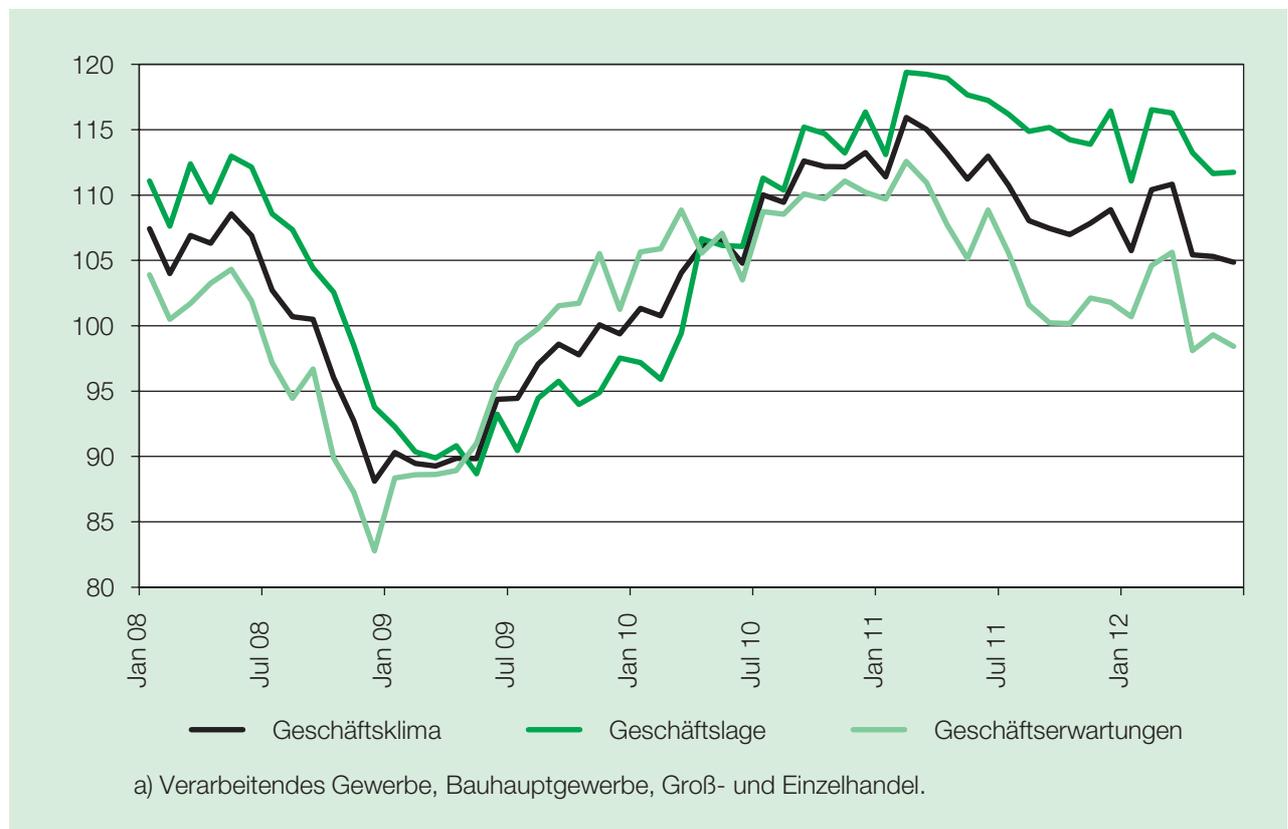
Nach einem guten ersten Quartal hat sich die konjunkturelle Dynamik auch in Sachsen im zweiten Quartal spürbar verlangsamt. Darauf deuten die Befragungsergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest für den Freistaat Sachsen hin. Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens hat sich seit März 2012 merklich eingetrübt (vgl. Abb. 4).

Auch im weiteren Jahresverlauf ist auf Grund der fortbestehenden Verunsicherung im Euroraum mit einer schwachen konjunkturellen Entwicklung zu rechnen.

Grundsätzlich folgt die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Sachsen somit in hohem Maße dem ostdeutschen Muster.

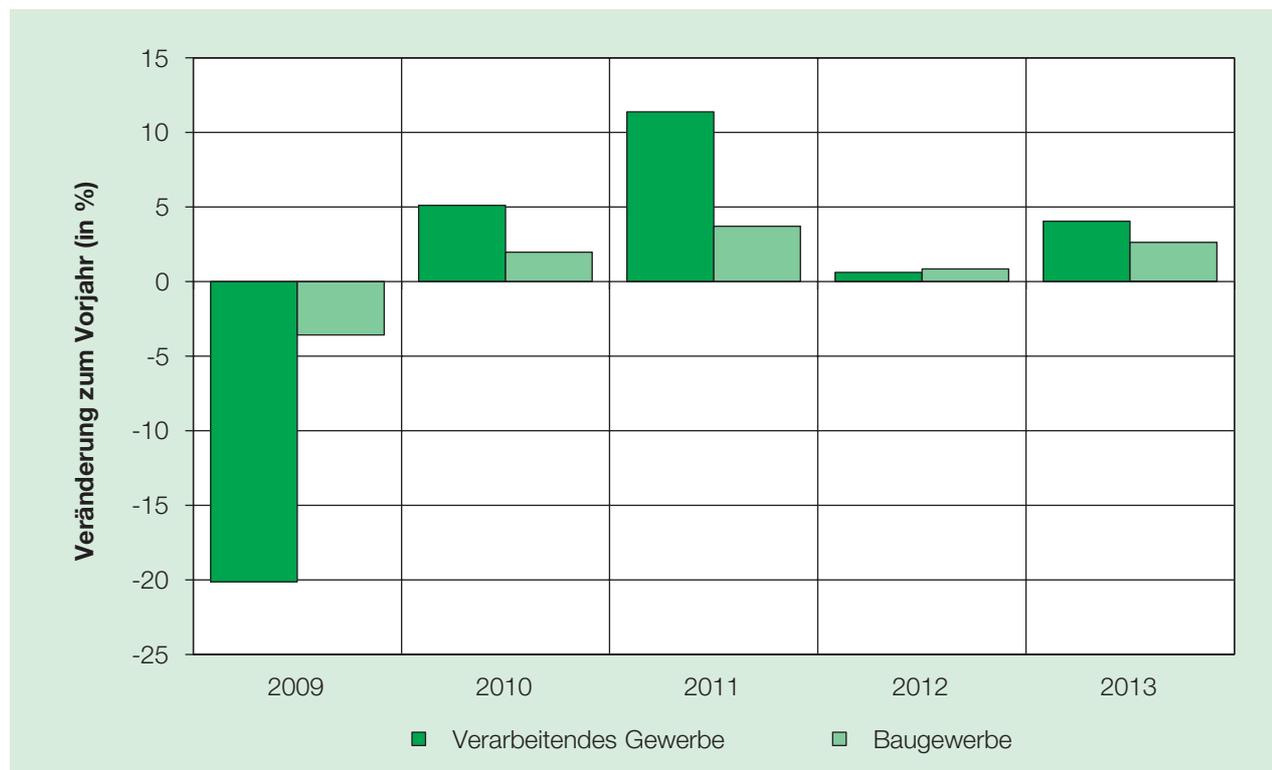
Allerdings wirken sich die für das Jahr 2012 wahrscheinlich schwache Exportdynamik und die Zurückhaltung der Unternehmen für anstehende Erweiterungsinvestitionen im Freistaat Sachsen aufgrund der spezifischen Wirtschaftsstruktur – höhere Exportquote und ein größerer Anteil an Investitionsgüterproduzenten – stärker aus als in den übrigen ostdeutschen Ländern. Nach Angaben der amtlichen Statistik nahm der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in den ersten vier Monaten des Jahres 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,6% zu. Das schwache Umsatzwachstum liegt auch in der negativen Entwicklung im Fahrzeugbau als der umsatzstärksten Branche der sächsischen Industrie begründet. Für den weiteren Jahresverlauf deuten die aktuellen Befragungsergebnisse des ifo INSTITUTS auf eine weitere Abschwächung der Entwicklung hin. Die Geschäftsaussichten werden zunehmend als ungünstig eingestuft. Für das gesamte Jahr 2012 prognostiziert das ifo INSTITUT daher nur noch einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes im Freistaat Sachsen um 0,6% (vgl. Abb. 5).

Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft Sachsens (saisonbereinigte Werte, 2005 = 100)



Quelle: ifo Konjunkturtest, Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Infolge der langsamen Industriedynamik wird sich auch der Wirtschaftsbau in Sachsen nur schwach entwickeln. Positive Impulse werden dagegen vom Wohnungsbau kommen, wo angesichts der steigenden Nachfrage insbesondere nach städtischem Wohnraum mit einer Zunahme der Dynamik zu rechnen ist. Gegenüber dem ostdeutschen Durchschnitt, der in diesem Zusammenhang von der Neubautätigkeit in Berlin profitiert, fallen diese Impulse aber gering aus. In der Folge schätzt das ifo INSTITUT, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im sächsischen Baugewerbe mit etwa 0,8% weniger stark wachsen wird als in Ostdeutschland (mit Berlin) insgesamt (vgl. Abb. 5).

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Freistaat Sachsen wird im aktuellen Jahr voraussichtlich um 0,5% steigen (vgl. Abb. 6). Folglich wird die gesamtwirtschaftliche Produktion etwas weniger stark expandieren als im ostdeutschen Durchschnitt.

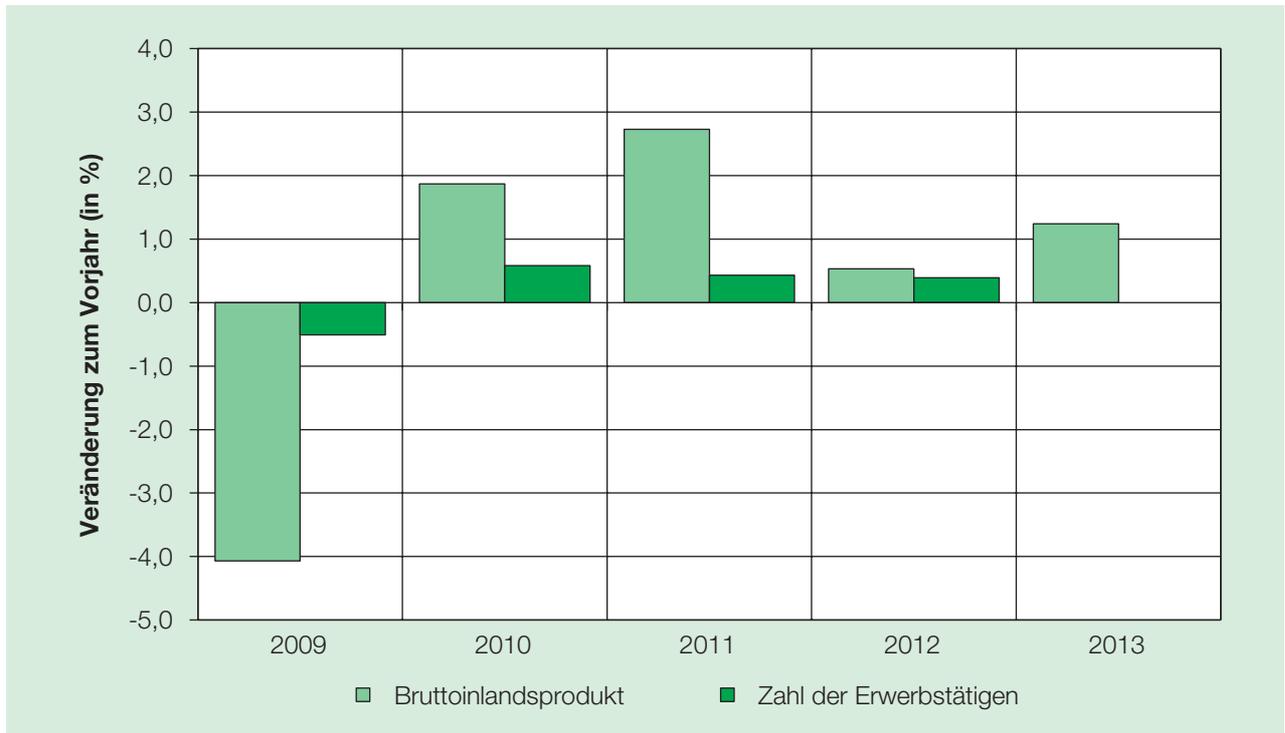
2013: Wirtschaft gewinnt an Fahrt

Für das Jahr 2013 erwartet das ifo INSTITUT auch im Freistaat Sachsen eine deutliche Belebung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik. Diese Prognose stützt sich auf die Annahme, dass die allgemeine Verunsicherung im inter-

nationalen Umfeld überwunden wird. Die damit einhergehende Erholung der Exportnachfrage und die Durchführung aufgeschobener Investitionen setzen deshalb spürbare positive Impulse für die sächsische Industriekonjunktur. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes im Freistaat Sachsen wird voraussichtlich um 4,0% expandieren und damit etwas stärker als in Ostdeutschland insgesamt (mit Berlin). Einhergehend mit dieser Entwicklung wird sich auch die Dynamik im industrienahen Wirtschaftsbau deutlich beschleunigen. Die Bruttowertschöpfung im gesamten sächsischen Baugewerbe wird im Jahr 2013 gegenüber 2012 preisbereinigt um 2,6% steigen (vgl. Abb. 5). Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Freistaat im kommenden Jahr mit einem realen Wachstum von 1,2% etwas stärker expandieren als im ostdeutschen Durchschnitt (vgl. Abb. 6).

Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl wird der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts mit einiger Verzögerung folgen. Zudem sind die Auswirkungen des demographischen Wandels zu berücksichtigen. Im Jahr 2012 wird die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen um 0,4% steigen, worin sich noch die positiven Impulse der sehr hohen gesamtwirtschaftlichen Dynamik des Vorjahres niederschlagen. Für das Jahr 2013 prognostiziert das ifo INSTITUT hingegen eine Stagnation der Erwerbstätigkeit (vgl. Tab. 1).

Abbildung 6: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2012), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr in % ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2011	2012	2013	2011	2012	2013
Bruttoinlandsprodukt	2,5	0,6	1,1	2,7	0,5	1,2
Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes	10,7	0,8	3,7	11,4	0,6	4,0
Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	4,6	1,0	2,4	3,7	0,8	2,6
Zahl der Erwerbstätigen	0,5	0,5	0,1	0,4	0,4	0,0

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2012), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2012); 2012 und 2013: Prognose des ifo Instituts.

Entwicklung auf dem sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt

Trotz der sich abschwächenden Konjunktur ist die Lage am Arbeitsmarkt in Ostdeutschland weiterhin als gut zu bezeichnen. Dies zeigt sich vor allem daran, dass es im ersten Vierteljahr 2012 in fast allen ostdeutschen Flächenländern einen Zuwachs der Erwerbstätigkeit gab. Aus den Informationen des THÜRINGER LANDESAMTES FÜR STA-

TISTIK (2012) geht hervor, dass im ersten Quartal 2012 die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland ohne Berlin um 0,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zunahm. Berücksichtigt man Berlin, lag der Zuwachs sogar bei 0,8%. Dies kann damit begründet werden, dass Berlin mit 2,3% die höchsten Zuwächse aller Bundesländer zu verzeichnen hatte. Sachsen erreichte im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern einen überdurchschnittlichen Zuwachs von 0,7%. Das einzige Bun-

desland, in dem die Zahl der Erwerbstätigen im betrachteten Zeitraum abnahm, war Sachsen-Anhalt. Dies dürfte jedoch auf Sondereffekte (wie die Krise der in Sachsen-Anhalt stark vertretenen Photovoltaik-Industrie) zurückzuführen sein. Generell erreichten die ostdeutschen Flächenländer damit zwar nicht die westdeutsche Zuwachsrate (+1,7%), aber es könnte damit das sechste Jahr in Folge zu einer Beschäftigungszunahme kommen. Allerdings erwartet das IFO INSTITUT für das Gesamtjahr 2012 nur noch einen Zuwachs der Zahl der Erwerbstätigen um 0,5 % in Ostdeutschland und 0,4 % im Freistaat Sachsen (vgl. Tab. 1). Für das Jahr 2013 muss dann wohl mit einer Stagnation der Beschäftigung in Sachsen und einer nur noch marginalen Zunahme der Beschäftigung in Ostdeutschland (+0,1 %) gerechnet werden.

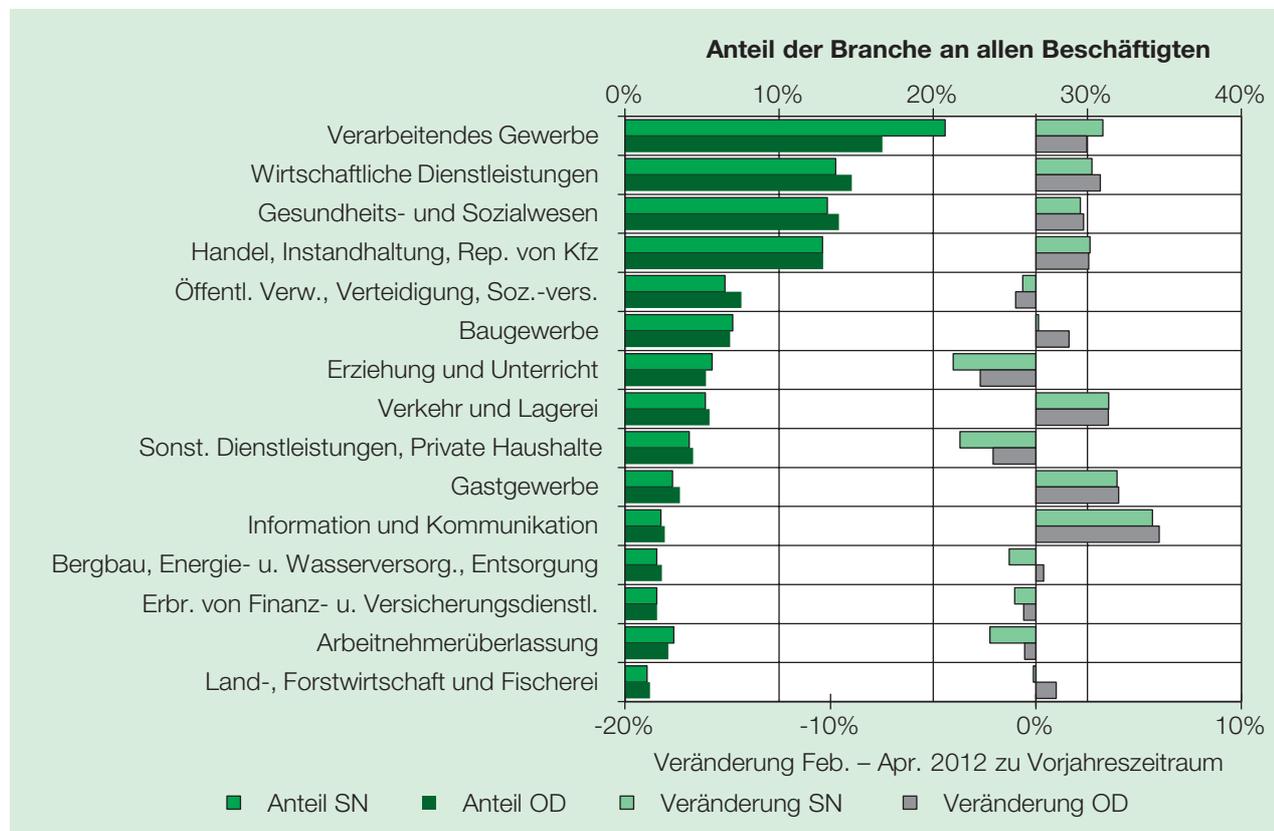
Die trotz wieder höherer Wachstumsdynamik zu erwartende Stagnation der Beschäftigungsentwicklung im kommenden Jahr ist zum einen damit zu erklären, dass Arbeitsmärkte typischerweise zeitverzögert auf konjunkturelle Trends reagieren. Zum anderen wird sich die demographische Entwicklung zunehmend am Arbeitsmarkt bemerkbar machen, die zu vermehrten Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Stellen führt. Dies wird in Sachsen deutlicher spürbar werden als in Ostdeutsch-

land insgesamt, da die positive Bevölkerungsentwicklung in Berlin (und ansatzweise auch in Brandenburg) das Gesamtbild stark beeinflusst.

Trotz der steigenden Unsicherheiten und Risiken zeigen sich der ostdeutsche und sächsische Arbeitsmarkt weiterhin in einer guten und stabilen Verfassung. Vor dem Hintergrund solider gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen werden wohl auch die Lohnabschlüsse im Zuge der anstehenden Tarifrunden höher ausfallen. Diese Tendenz zeigte sich bereits im Laufe des Jahres 2011 und wird auch 2012 zu beobachten sein. Da dies zu einem Anstieg der Lohnstückkosten beitragen dürfte, wird die Beschäftigungsentwicklung 2012 wohl auch kostenseitig gedämpft.

Die stabile Situation am sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt zeigt sich auch bei stärkerer sektoraler Differenzierung (vgl. Abb. 7). Wie Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT zeigen, lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Dreimonatszeitraum Februar bis April 2012 in sieben Wirtschaftszweigen in Ostdeutschland und Sachsen deutlich über dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Der höchste relative Zuwachs konnte dabei im Bereich „Information und Kommunikation“ erzielt werden. Dieser lag bei 5,7 % in Sachsen und 6,0 % in Ostdeutschland, auch wenn dieser Bereich mit einem

Abbildung 7: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2012b), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Beschäftigungsanteil von rund 2 ½ % von eher geringer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist. Auch Bereiche mit erheblich größeren Beschäftigungsanteilen verzeichneten deutliche Zuwächse. So konnte in den vier bedeutendsten Wirtschaftszweigen („Verarbeitendes Gewerbe“, „Wirtschaftliche Dienstleistungen“, „Gesundheits- und Sozialwesen“ sowie „Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz“) ein Beschäftigungsplus im Jahresvergleich von 2,2 % bis 3,3 % beobachtet werden. Ausschlaggebend für die positiven Zuwachsraten im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel in Ostdeutschland und Sachsen dürfte vor allem die weiterhin gute Geschäftslage der Unternehmen zu Beginn des Jahres 2012 gewesen sein.

Für die Wirtschaftszweige, welche tendenziell eher durch öffentliche Arbeitgeber dominiert werden, zeigen sich hingegen abweichende Tendenzen. Hierin wird zum einen der fortbestehende Konsolidierungszwang der öffentlichen Haushalte in Ostdeutschland und Sachsen deutlich. Dies zeigt sich durch den teilweise deutlichen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in den Bereichen „Erziehung und Unterricht“ (Sachsen: –4,0 %; Ostdeutschland: –2,7 %) sowie „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung“ (Sachsen: –0,6 %; Ostdeutschland: –1,0 %). Zum andern machen sich hier aber auch erste Auswirkungen des demographischen Wandels bemerkbar; so stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Gesundheits- und Sozialwesen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,2 % in Sachsen und 2,3 % in Ostdeutschland. Hier sind vor allem Nachfrageeffekte zu beobachten, da immer mehr ältere Menschen versorgt werden müssen. Dies führt zu einer steigenden Beschäftigung im Gesundheits- und Sozialwesen, welche überwiegend unabhängig von Landesmitteln finanziert wird.

In der Vergangenheit zeichnete sich vor allem der Bereich der Arbeitnehmerüberlassung durch teilweise extrem hohe Zuwachsraten aus. Dies kann aktuell nicht mehr beobachtet werden; hier wurde im Gegenteil sogar Beschäftigung abgebaut. Dies ist darauf zurückzuführen, dass dieser Bereich deutlich schneller auf konjunkturelle Schwankungen im Arbeitskräftebedarf reagiert als andere Wirtschaftszweige. Eine Rolle dürfte es aber auch spielen, dass mit zunehmendem Fachkräftemangel viele Unternehmen versuchen, ehemalige Zeitarbeitskräfte an sich zu binden. Hierdurch wird es für Firmen im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung schwieriger, neue Arbeitskräfte anzuwerben.

Arbeitslosenquoten stabilisieren sich im einstelligen Bereich

Im Verlauf des Jahres 2012 kann gegenüber 2011 mit einer nochmals leicht verbesserten Situation am Arbeitsmarkt gerechnet werden. Das IFO INSTITUT geht in seiner

aktuellen Konjunkturprognose für das gesamte Bundesgebiet von einer mittleren jährlichen Arbeitslosenquote von 6,7 % für das Jahr 2012 aus. Damit wird ein Rückgang von 0,4 Prozentpunkten gegenüber 2011 erwartet. Im kommenden Jahr schwächt sich dieser Rückgang der Arbeitslosenquoten jedoch deutlich ab. Für 2012 wird von einer mittleren jährlichen Arbeitslosenquote von 6,6 % ausgegangen. Ein ähnliches Verlaufsbild wird für Ostdeutschland und Sachsen erwartet, jedoch auf einem noch immer höheren Niveau. Somit setzt sich der positive Trend einer sinkenden Arbeitslosenquote in Ostdeutschland und Sachsen fort. Seit Juni 2005 sank die Arbeitslosenquote in Bezug auf alle zivilen Erwerbspersonen in Ostdeutschland um 7,2 Prozentpunkte von 18,5 % auf derzeit 10,3 %. Noch besser sieht die Situation in Sachsen aus. Hier war im gleichen Zeitraum ein Rückgang von 8,5 Prozentpunkten auf 9,4 % zu beobachten [vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2012a)]. Trotz der Abschwächung der konjunkturellen Impulse und der erwarteten Stagnation der Anzahl der Erwerbstätigen in Sachsen und Ostdeutschland im Jahr 2013 kann davon ausgegangen werden, dass die Arbeitslosenquoten auch 2013 weiter leicht sinken werden. Nachdem Sachsen im Jahresschnitt 2012 bereits eine einstellige Arbeitslosenquote realisieren wird, ist davon auszugehen, dass auch in Ostdeutschland insgesamt im Jahr 2013 erstmals seit der Wiedervereinigung eine mittlere jährliche Arbeitslosenquote im einstelligen Bereich realisiert werden könnte. Allerdings ist dieser Trend nicht primär arbeitsnachfrageseitig bedingt, sondern zu einem nicht unbeträchtlichen Teil Folge der demographischen Entwicklung, durch die das Erwerbspersonenpotenzial in Ostdeutschland und Sachsen stark schrumpft [vgl. RAGNITZ (2011)].

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2012): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2011, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2011/Februar 2012, erste vorläufig revidierte Ergebnisse, erschienen im Juni 2012.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2012): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2011, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2011/Februar 2012, erschienen im Juli 2012.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2012a): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf Juni 2012, Nürnberg, Juni 2012.

- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2012b): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftlicher Gliederung (WZ 2008) April 2012, Nürnberg, Juni 2012.
- NIERHAUS, W. (2012): Deutschlandprognose 2012/2013: Erhöhte Unsicherheit dämpft deutsche Konjunktur erneut. In: ifo Dresden berichtet 4/2012; S.4–10.
- RAGNITZ, J. (2011): Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung: Implikationen der demographischen Entwicklung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. In: ifo Dresden berichtet 2/2011; S. 3–6.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2012a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 05. Juli 2012.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2012b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden April 2012, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im Juni 2012.
- THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK (Hrsg.) (2012): Erwerbstätige in Thüringen im 1. Vierteljahr 2012: Verhaltener Beschäftigungsaufbau; Vorkrisenniveau erreicht; Rückgang marginaler Beschäftigungsverhältnisse. Pressemitteilung 173/2012.

Zukunftsfestigkeit des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen

Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater*

Einleitung

Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz II (GMG II) im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) des Freistaates Sachsen zielt auf eine gleichmäßige Entwicklung der Finanzkraft je Einwohner im kreisangehörigen und im kreisfreien Raum des Landes ab. Spätestens durch die Einkreisung von vier Kreisfreien Städten im Jahr 2008 sind die Unterschiede in der Einwohnerentwicklung zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum im Freistaat Sachsen deutlich hervorgetreten. Da die Einwohnerentwicklung eine entscheidende Bestimmungsgröße für die Verteilung der Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich darstellt, kann eine solche Divergenz zu Spannungen zwischen beiden Räumen führen. Vor dem Hintergrund des weiter anhaltenden demographischen Wandels und damit einhergehender unterschiedlicher Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Regionen Sachsens hat das SÄCHSISCHE STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN die Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS mit der Überprüfung der Sachgerechtigkeit der Finanzmittelverteilung des GMG II im kommunalen Finanzausgleich beauftragt. Der vorliegende Beitrag fasst die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung zusammen.¹

Zunächst werden die demographischen Rahmenbedingungen in Sachsens Räumen aufgezeigt. Anschließend werden die Einnahmen und Ausgaben des kommunalen Sektors fortgeschrieben. Auf Grundlage dieser Ergebnisse ist abschließend eine Beurteilung der langfristigen Sachgerechtigkeit der Finanzmittelverteilung im GMG II anhand dieser Kennziffern möglich.

Demographische Rahmenbedingungen

Die demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen ist in den letzten 20 Jahren sehr heterogen verlaufen. Insbesondere der kreisangehörige Raum hat einen überdurchschnittlich starken Rückgang der Bevölkerungszahl erlebt. Gleichzeitig hat sich auch die Altersstruktur in Sachsens Regionen sehr unterschiedlich entwickelt. Diese Entwicklung wurde maßgeblich durch drei Faktoren bestimmt: Das hohe Durchschnittsalter der Bevölkerung führte erstens zu relativ wenigen Geburten, was die Alte-

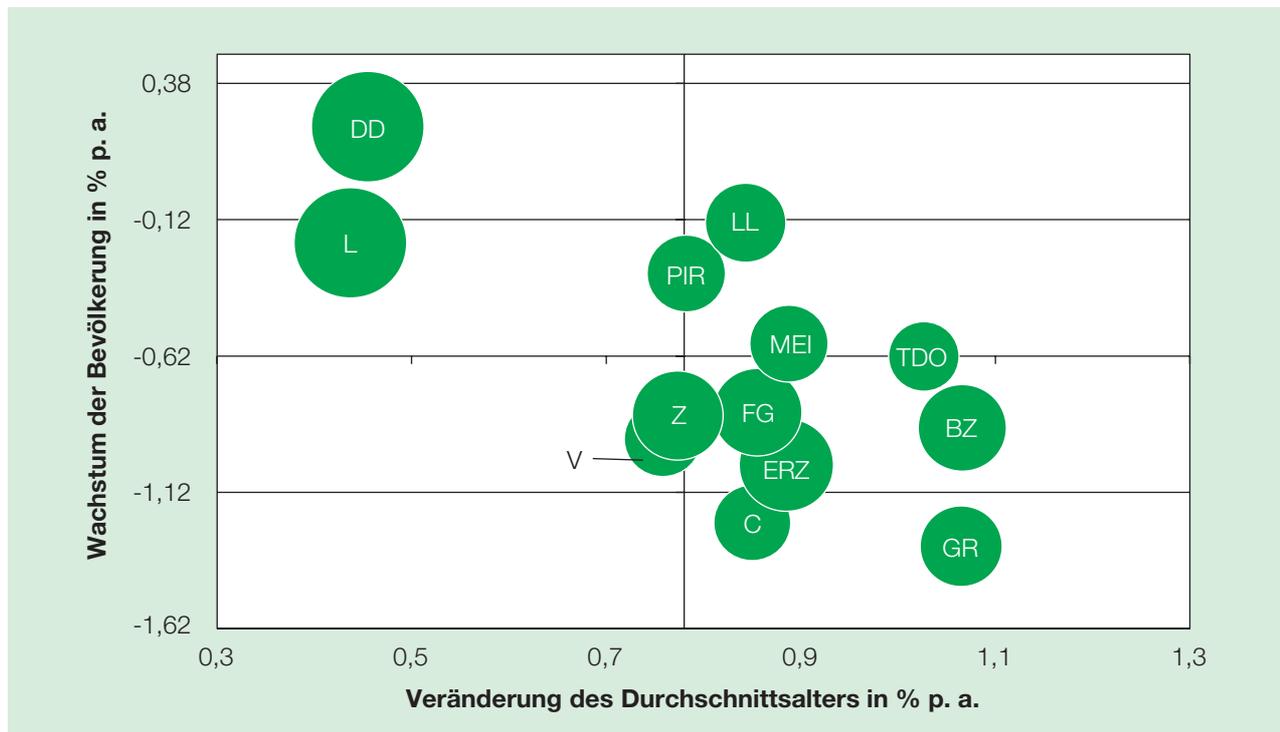
rung weiter beschleunigte. Zweitens wurde die Alterung zusätzlich durch die steigende Lebenserwartung verstärkt. Und drittens weisen jüngere Kohorten typischerweise eine höhere Migrationsneigung auf als ältere. Dementsprechend haben Abwanderungen aus Sachsen in den vergangenen 20 Jahren zu einer zusätzlichen Alterung der Bevölkerung geführt. Ähnlich wie für die Entwicklung der Einwohnerzahl zeigt sich auch für die Altersstruktur, bedingt durch unterschiedliche Migrationsraten und unterschiedliche natürliche Bevölkerungsbewegungen, dass sich der kreisangehörige Raum einer deutlich stärkeren Alterung der Bevölkerung ausgesetzt sieht als der kreisfreie Raum. Die beschriebenen Effekte werden in Abbildung 1 für die sächsischen Kreise und Kreisfreien Städte dargestellt.

Die Abbildung stellt die durchschnittliche jährliche Entwicklung der Bevölkerungszahl dem Anstieg des Durchschnittsalters auf Ebene der Kreise und Kreisfreien Städte gegenüber. Die Größe der eingezeichneten Punkte stellt die Einwohnerzahl des jeweiligen Kreises bzw. der Kreisfreien Stadt dar. Das Koordinatensystem ist so ausgerichtet, dass sich die x- und die y-Achse genau im sächsischen Durchschnitt schneiden. Demnach sind Kreise und Kreisfreie Städte im linken oberen Quadranten in den vergangenen Jahren weniger stark geschrumpft als im sächsischen Durchschnitt. Gleichzeitig ist der Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung hier geringer ausgefallen als im sächsischen Schnitt.

In diesem Quadranten befinden sich lediglich die beiden Kreisfreien Städte Dresden und Leipzig. Von diesen beiden Städten wiederum konnte nur Dresden Einwohnerzugewinne im betrachteten Zeitraum verzeichnen. Das Durchschnittsalter ist hingegen in allen sächsischen Kreisen und Kreisfreien Städten gestiegen. Der Großteil der Kreise befindet sich dabei im rechten unteren Quadranten, welcher einen stärkeren Rückgang der Bevölkerungszahl sowie einen schnelleren Anstieg des Durchschnittsalters als im sächsischen Durchschnitt beschreibt.

* Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Veränderung der Bevölkerungszahl und des Durchschnittsalters in Sachsen (Kreise und Kreisfreie Städte von 1992 bis 2010)



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Die aktuelle Bevölkerungsprognose des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN geht im Wesentlichen davon aus, dass sich die bestehenden Trends in nahezu unveränderter Intensität fortsetzen werden [STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2011)]. In den Kreisfreien Städten bleibt die Bevölkerungszahl stabiler als im kreisangehörigen Raum, der bis zum Jahr 2025 massive Bevölkerungsverluste hinnehmen muss. Gleichzeitig wird auch eine weitere Veränderung der Bevölkerungsstruktur nach Altersgruppen zu beobachten sein. Der kreisfreie Raum wird mehr junge Menschen beheimaten, wohingegen im kreisangehörigen Raum ein deutlicher Anstieg des Durchschnittsalters zu beobachten sein wird. Inwieweit diese gegensätzlichen demographischen Entwicklungen im kreisangehörigen und kreisfreien Raum zu Spannungen im Verteilungsverhältnis des GMGII im kommunalen Finanzausgleich führen, soll im Folgenden näher beleuchtet werden.

Die Einnahmen der Kommunen

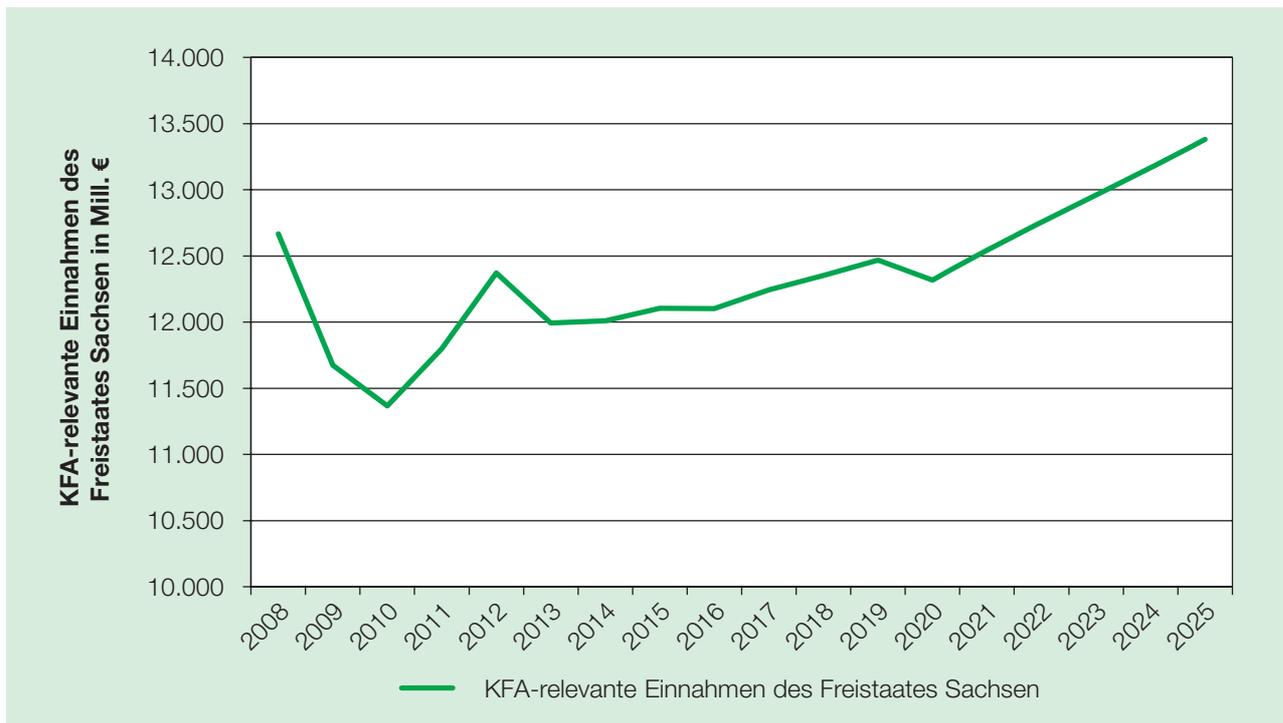
Die Einnahmen der Kommunen setzen sich aus verschiedenen Komponenten zusammen. Neben einem Anteil an den Gemeinschaftsteuern stehen den Kommunen vor allem die Einnahmen aus den Realsteuern,

für die sie Hebesatzautonomie besitzen, sowie Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich zu.

Die Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs ist in Sachsen im Gesetz über den Finanzausgleich mit den Gemeinden und Landkreisen im Freistaat Sachsen (SächsFAG) geregelt. Eine wichtige Regelung ist dabei, dass kreisangehörige Gemeinden, Kreisfreie Städte und Landkreise zur Erfüllung ihrer Aufgaben allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen erhalten [SächsFAG § 1].

Vom Land wird dazu eine Finanzausgleichsmasse bereitgestellt, die anschließend auf die Räume, und dann weiter bis auf die einzelnen Gemeinden und Kreise verteilt wird. Sachsen verwendet dazu ein Modell mit Gleichmäßigkeitsgrundsatz (GMG I) und Aufgabenanpassungsklausel, die eine Berücksichtigung von Aufgabenverschiebungen erlaubt. Die Finanzausgleichsmasse wird im Modell mit Gleichmäßigkeitsgrundsatz I so bestimmt, dass ein Gleichlauf von Landeseinnahmen abzüglich Finanzausgleichsmasse einerseits und kommunalen Steuereinnahmen zuzüglich Finanzausgleichsmasse andererseits erreicht wird. Die für den kommunalen Finanzausgleich relevanten Einnahmen des Landes² ergeben sich dabei aus der Einnahmefortschreibung für den Freistaat Sachsen³ und sind in Abbildung 2 dargestellt.

Abbildung 2: KFA-relevante Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Es zeigt sich, dass die KFA-relevanten Landeseinnahmen bis zum Jahr 2025 nominal leicht wachsen. Dies liegt darin begründet, dass nur ein Teil der Bundesergänzungszuweisungen nach dem Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern berücksichtigt wird, langfristig jedoch schon inflationsbedingt durch die Nivellierungswirkung des Länderfinanzausgleichs die Einnahmen aus Steuern steigen werden. Die Einnahmen der Kommunen aus Gemeinschaftsteuern werden ebenfalls der Projektion der Landeseinnahmen entnommen. Die Realsteuereinnahmen wurden bis auf die Gewerbesteuererinnahmen real fixiert. Für die Gewerbesteuer wurden Wachstumsraten angenommen, die sich an der vergangenen Entwicklung dieser Größe orientieren. Die Modellrechnung für den Projektionszeitraum bis zum Jahr 2025 ergibt, dass die Finanzausgleichsmasse nominal etwa wieder das Niveau des Jahres 2010 erreichen wird.

Die Finanzausgleichsmasse wird für Vorwegentnahmen, z. B. für den Ausgleich von Sonderlasten, die Zuweisungen zum Ausgleich besonderen Bedarfs oder seit 2003 den Ausgleich für übertragene Aufgaben, sowie für Schlüsselzuweisungen verwendet. Die Finanzausgleichsmasse hatte im Jahr 2011 einen Umfang von 2,48 Mrd. €, wovon mit 2,09 Mrd. € der Großteil auf die Schlüsselzuweisungen (dies entspricht der Gesamtschlüsselmasse)⁴ und gut 380 Mill. € auf Vorwegentnahmen entfielen. Zur Verteilung der Gesamtschlüsselmasse hat sich der Freistaat Sachsen für ein 3-Säulen-System

mit Gleichmäßigkeitsgrundsatz (GMG II) entschieden. Der GMG II erster Stufe⁵ verteilt zunächst die Gesamtschlüsselmasse auf den kreisfreien und den kreisangehörigen Raum, sodass sich die Finanzkraft je Einwohner gleichmäßig entwickelt. Die Aufteilung der Gesamtschlüsselmasse erfolgt dabei anhand der für das Jahr 2008 festgelegten Basisrelation von Finanzkraft je Einwohner im kreisfreien und kreisangehörigen Raum. Die Finanzkraft je Einwohner wird im SächsFAG § 4 (2) auf 1.296,60 € für den kreisfreien Raum und 849,86 € für den kreisangehörigen Raum festgelegt. Daraus ergibt sich das Verhältnis von Finanzkraft pro Kopf von kreisfreiem zu kreisangehörigem Raum von 1,526:1 oder kurz 152,6 %. Dieser Wert wird im Folgenden als Basisrelation bezeichnet und später der (Zuschuss-)Bedarfsrelation der Räume gegenübergestellt. Die Basisrelation kann nur diskretionär durch Gesetzesänderungen verändert werden und wird zur Ableitung von Anpassungsbedarfen bis zum Jahr 2025 als konstant angenommen.

Zusammenhang zwischen Ausgaben und demographischer Entwicklung

Eine Projektion der Ausgaben ist ungleich schwieriger vorzunehmen als eine Projektion der Einnahmen. Für die Einnahmen können die relevanten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen langfristig gut abgeschätzt werden.

Bei den Ausgaben spielen daneben jedoch andere Faktoren, wie etwa der Anpassungswille vor Ort, eine entscheidende Rolle. Für die Projektion der Ausgaben wird deshalb zunächst angenommen, dass die Pro-Kopf-Ausgaben in den Kommunen real konstant gehalten werden. Dabei wird eine Inflationsrate von 1,5 % unterstellt. Darauf aufbauend werden drei verschiedene Transmissionskanäle untersucht, über die die demographische Entwicklung auf die Ausgaben wirken kann: Die altersgruppenspezifische Nutzungsintensität einzelner kommunaler Aufgaben, Skaleneffekte in der öffentlichen Leistungserstellung sowie die Wahrnehmung zentralörtlicher Funktionen in den Kreisfreien Städten. Im folgenden Abschnitt sollen diese drei Kanäle hinsichtlich ihrer Auswirkungen kurz diskutiert werden.

Kanal I: Nachfrageänderungen infolge einer veränderten Altersstruktur

Verändert sich die Bevölkerungsstruktur einer Region, sind Verschiebungen in der Nachfrage nach öffentlichen Leistungen zu erwarten. So dürfte die Alterung der Ge-

sellschaft dazu führen, dass Angebote der Jugendhilfe zukünftig weniger stark in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig kann anderen Ausgaben eine bedeutsamere Rolle zukommen, beispielsweise dem altengerechten Umbau der Verkehrsinfrastruktur. Angebote hingegen, die von allen Teilen der Bevölkerung in gleichem Maße in Anspruch genommen werden (etwa die allgemeine Verwaltung), bleiben von solchen Altersstrukturveränderungen weitgehend unbeeinflusst.

Die Nutzungsintensität verschiedener Altersgruppen für einzelne kommunale Aufgaben wird anhand von Altersstrukturkostenprofilen untersucht. Diese geben an, in welchem Maße einzelne Altersgruppen bestimmte, öffentliche Leistungen nachfragen [für eine ausführliche Darstellung vgl. beispielsweise SEITZ (2006)]. Tabelle 1 zeigt die verwendeten Altersstrukturprofile.

Ausgegeben werden die jeweiligen Gewichtungsfaktoren für die 16 betrachteten Ausgabenaggregate.⁶ Die Inhalte der einzelnen Zellen seien kurz an den zwei Ausgabenkategorien „Allgemeine Verwaltung“ sowie „Sport“ für die kreisangehörigen Gemeinden beispielhaft erklärt. In der Ausgabenkategorie Allgemeine Verwaltung wird jeder Altersgruppe eine „1“ zugewiesen. Dies bedeutet, dass

Tabelle 1: Altersstrukturkostenprofile für ausgewählte Aufgabenbereiche und Altersgruppen nach kreisangehörigen Gemeinden und Kreisfreien Städten

Untersuchte Ausgabenkategorie	Altersgruppen normiert			Altersgruppen normiert		
	0–19	20–59	60+	0–19	20–59	60+
	Kreisangehöriger Raum			Kreisfreier Raum		
Allgemeine Verwaltung	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Öffentliche Ordnung	0,97	1,00	0,69	0,97	1,00	0,69
Schulen (sonstige)	1,00	0,01	0,00	1,00	0,01	0,00
Grundschulen	1,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00
Weiterführende Schulen	1,00	0,12	0,00	1,00	0,13	0,00
Wissenschaft und Kultur (zentral)	0,07	1,00	0,66	0,09	1,00	0,76
Wissenschaft und Kultur (sonstige)	0,72	1,00	0,81	0,49	1,00	0,65
Alter und Soziales	1,00	0,93	0,92	1,00	0,94	0,92
Arbeitsmarkt	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Jugendhilfe	1,00	0,40	0,31	1,00	0,47	0,37
Gesundheit	1,00	1,00	0,97	1,00	1,00	0,98
Sport	1,00	0,82	0,30	1,00	0,82	0,30
Bau	0,85	1,00	0,55	0,85	1,00	0,55
Öffentliche Einrichtungen	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Öffentliche Wirtschaft	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Allgemeine Finanzwirtschaft	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00

Quellen: Statistisches Bundesamt, Seitz (2006), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

jeder Einwohner (unabhängig vom Alter) die Angebote der allgemeinen Verwaltung in gleichem Maße in Anspruch nimmt. Dadurch tragen alle Einwohner gleichmäßig zu den Ausgaben in dieser Kategorie bei. Eine veränderte Bevölkerungsstruktur hätte in dieser Kategorie demnach keinen Einfluss auf die Bereitstellungskosten je Einwohner.

Ein anderes Bild erhält man in der Ausgabenkategorie Sport. Die Gruppe der Unter-20-Jährigen nutzt dieses Angebot am intensivsten. Demnach bekommt diese Gruppe eine „1“ zugewiesen. Relativ dazu beansprucht jede Person im Alter von 20 bis 60 Jahren nur etwa vier Fünftel (0,82) der Leistungen eines Unter-20-Jährigen. Analog lässt sich die Nutzungsintensität der Über-60-Jährigen interpretieren (0,30). Die Zahl der effektiven Nutzer nach einem betrachteten kommunalen Angebot wird durch Multiplikation der Matrixwerte für die einzelnen Altersgruppen mit der jeweiligen Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe berechnet. Eine Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung hätte demnach unmittelbare Auswirkungen auf die Nachfrage nach Leistungen im Aufgabenbereich „Sport“ und würde zu veränderten Pro-Kopf-Ausgaben in diesem Bereich führen. Ein Rückgang der Unter-20-Jährigen würde damit zu einem Rückgang der Bereitstellungskosten je Einwohner führen.

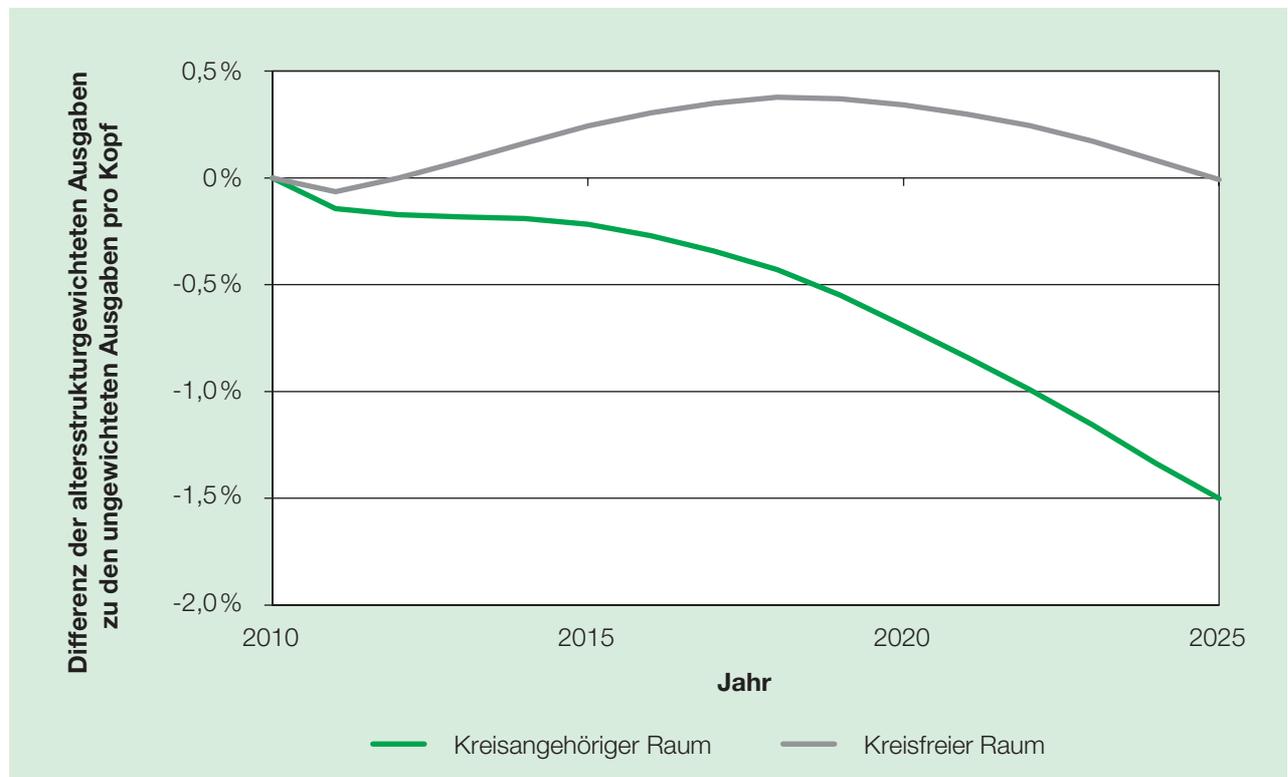
Abbildung 3 stellt die relative Entwicklung der altersstrukturgewichteten Pro-Kopf-Ausgaben der unge-

wichteten Fortschreibung der Ausgaben pro Kopf für den Projektionszeitraum gegenüber.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die ermittelten Pro-Kopf-Ausgaben in beiden Räumen mit und ohne Verwendung von Altersstrukturkostenprofilen nur leicht voneinander unterscheiden. Für den kreisfreien Raum zeigt sich, dass die altersstrukturgewichteten Ausgaben zunächst stärker ansteigen als die ungewichteten Ausgaben. Diese Differenz verschwindet allerdings wieder bis zum Ende des Projektionszeitraumes. Für den kreisangehörigen Raum gilt hingegen, dass die altersstrukturgewichteten Ausgaben über den Projektionszeitraum hinweg immer deutlicher von den ungewichteten Ausgaben abweichen. Hier kommt es demnach ausgabeseitig durch den sinkenden Anteil jüngerer Menschen zu einer leichten Entlastung aufgrund der Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Allerdings sind die ermittelten Abweichungen zwischen ungewichteten und gewichteten Ausgaben für beide Räume sehr gering. Dies legt den Schluss nahe, dass die Berücksichtigung von Altersstrukturkostenprofilen die Gesamtausgaben der Kommunen nicht wesentlich beeinflusst.

Kanal II: Skaleneffekte in der Bereitstellung öffentlicher Leistungen

Abbildung 3: Differenz der altersstrukturgewichteten Pro-Kopf-Ausgaben zu den ungewichteten Ausgaben pro Kopf für kreisangehörigen und kreisfreien Raum bis zum Jahr 2025



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Ein weiterer Einflussfaktor bei der Entwicklung der kommunalen Ausgaben kann in der Anpassungsfähigkeit der Ausgaben an eine veränderte Bevölkerungsgröße (bzw. Nachfrage) liegen. Bei sinkenden Bevölkerungszahlen wird hierbei häufig argumentiert, dass bei der Reduktion regional bereitgestellter öffentlicher Leistungen sogenannte Kostenremanenzen auftreten können, die zur Folge haben, dass die Ausgaben nicht proportional zum Auslastungsgrad gesenkt werden können. Das Vorliegen etwaiger Kostenremanenzen kann durch (zunehmende) Skaleneffekte in der Bereitstellung der öffentlichen Leistungen erklärt werden.

Das Vorliegen solcher Skaleneffekten wird mit Hilfe einer Regressionsanalyse auf Basis der sächsischen Gemeinden untersucht. Dabei wird der Zusammenhang von Pro-Kopf-Ausgaben und Bevölkerungsgröße für verschiedene Ausgabenaggregate der sächsischen Gemeinden ermittelt, wobei der Einfluss anderer Determinanten berücksichtigt wird. Abbildung 4 stellt diesen Zusammenhang am Beispiel der Gesamtausgaben dar.

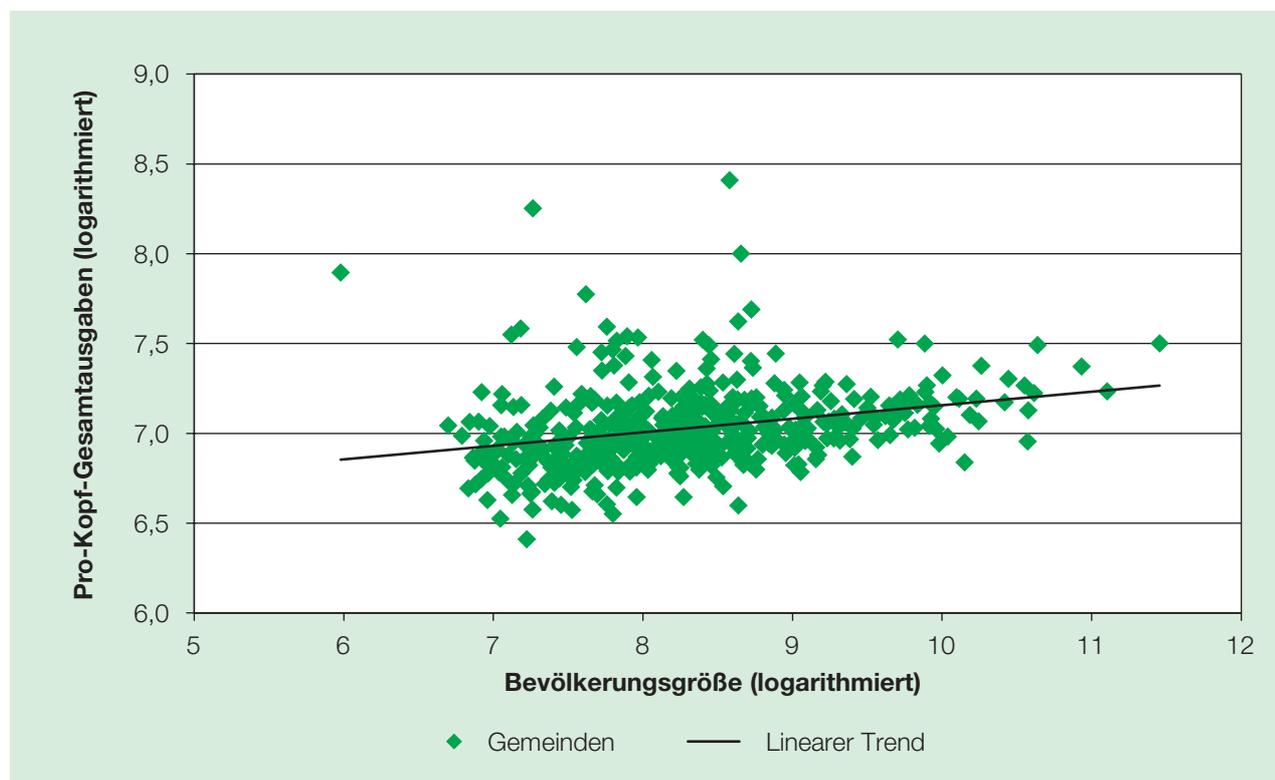
Es wird deutlich, dass niedrigere Bevölkerungszahlen im Durchschnitt mit leicht geringeren Pro-Kopf-Ausgaben

einhergehen (positiver Anstieg des linearen Trends). Dies würde sogar leicht abnehmende Skalenerträge bedeuten. Für den zu erwartenden Bevölkerungsrückgang hieße das, dass kleine Kommunen sogar besser in der Lage wären, ihre Gesamtausgaben an die Bevölkerungszahl anzupassen. Auch für die untersuchten Unterkategorien der Ausgaben zeigt sich, dass die Kosten öffentlicher Leistungserstellung weitgehend proportional an eine Veränderung der Bevölkerungszahl angepasst werden können, weshalb mögliche Kostenremanenzen bei der künftigen Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs unberücksichtigt bleiben können [für eine ausführliche Diskussion der Analyse vgl. ECK, STEINBRECHER, THATER (2012a)].

Kanal III: Der Einfluss zentralörtlicher Funktionen

In der gegenwärtigen Situation unterscheidet sich die Pro-Kopf-Verteilung der Finanzmittel im kommunalen Finanzausgleich Sachsens erheblich zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum. Dieser Aufschlag zugunsten des kreisfreien Raumes spiegelt annahmegemäß den politischen Willen wider, zentralörtliche Funktionen vornehmlich in den bestehenden Zentren im Freistaat be-

Abbildung 4: Zusammenhang von Gesamtausgaben und Bevölkerungsgröße im kreisangehörigen Raum



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Darstellung des ifo Instituts.

reitstellen zu lassen.

Für die zukünftige Verteilung der Mittel im KFA ist somit auch entscheidend, wie sich die Nachfrage des kreisangehörigen Raumes nach diesen zentralörtlichen Funktionen entwickeln wird. Es wird davon ausgegangen, dass die Nachfrage der Einwohner einer Gemeinde nach den zentralörtlichen Leistungen im Wesentlichen von der Entfernung zum Agglomerationszentrum (also den Kreisfreien Städten) sowie der Bevölkerungsgröße der Gemeinde abhängt. Dabei wird unterstellt, dass die Gesamtnachfrage einer Gemeinde mit der Entfernung sinkt und mit der Bevölkerungszahl steigt.

Dieser Zusammenhang wird durch eine Distanzfunktion abgebildet, die den Beitrag einzelner Gemeinden an den Kosten der Bereitstellung zentralörtlicher Funktionen in Abhängigkeit von der Entfernung und Bevölkerungsgröße gewichtet. Die mit der Entfernung abnehmende Nutzungsintensität spiegelt sich in einem degressiven Verlauf der Distanzfunktion wider (und wird durch einen Parameter γ modelliert). Bezogen auf die Wahrnehmung zentralörtlicher Funktionen wird dem Einwohner einer Kreisfreien Stadt immer der Wert eins zugewiesen. Einem Einwohner einer entfernten Gemeinde wird abhängig von der Entfernung und dem gewählten γ ein niedrigerer Wert zugewiesen. Jeder Einwohner einer 20 km entfernten Gemeinde erhält bei einem gewählten γ i. H. v. eins ein Wert von rd. 0,05 zugewiesen. Das bedeutet, dass rund 20 Einwohner dieser Gemeinde durchschnittlich so viel von einer zentralörtlichen Leistung nachfragen wie ein Bewohner der Kreisfreien Stadt. Bei höheren oder niedrigeren Werten von γ fällt dieses Verhältnis (Nachfrage Gemeinde/Stadt) für jede gewählte Entfernung entsprechend höher bzw. niedriger aus.

Leider liegen keine detaillierten Daten zu den Herkunftsorten der Nutzer zentralörtlicher Leistungen vor. Folglich lässt sich der Einfluss der Entfernung nicht exakt quantifizieren. Am Beispiel der Einpendler (in die drei Kreisfreien Städte) zeigt sich aber, dass sich der degressive Verlauf der gewählten Distanzfunktion sehr gut

für eine Approximation des Einflusses der Entfernung eignet (für diesen Zusammenhang ermöglicht eine starke Degression mit einem Parameter $\gamma = 2$ eine gute Anpassung an die Pendlerdaten). Da sich die Wahrnehmung der zentralörtlichen Funktionen jedoch nicht uneingeschränkt mit den Pendelentscheidungen vergleichen lässt, wurden unterschiedliche Werte des Parameters γ berücksichtigt. Darüber hinaus wurde untersucht, welche Änderungen sich aus einem beschränkten Wirkungsradius ergeben, also die Nutzungsintensität nicht nur mit der Entfernung abnimmt, sondern auch nach einer bestimmten Distanz komplett auf null sinkt. Die Ergebnisse sind in Tabelle 2 dargestellt.

Die Tabelle 2 stellt in den linken Ergebnisspalten die prognostizierten Aufschläge in € je Einwohner der Kreisfreien Städte für zentralörtliche Funktionen dar. In den rechten Ergebnisspalten ist die relative Höhe im Vergleich zum Status quo dargestellt. Es zeigt sich, dass die Ergebnisse äußerst robust gegenüber Variationen in diesen Parametern sind. Erwartungsgemäß sinkt der benötigte Aufschlag mit einem geringeren γ bzw. einem größeren Einzugsgebiet. Beides lässt sich durch den Bevölkerungsrückgang im kreisangehörigen Raum erklären, dem eine nahezu unveränderte Bevölkerung des kreisfreien Raumes gegenübersteht. Ein geringeres γ sorgt für eine schwächere Degression und indiziert eine stärkere Nutzung der zentralörtlichen Funktionen durch den kreisangehörigen Raum. Folglich fällt hier der Rückgang der Bevölkerung in diesen Regionen schwerer ins Gewicht. Die Gesamtanspruchnahme von zentralörtlichen Funktionen sinkt dadurch am stärksten. Analog lässt sich für das Einzugsgebiet argumentieren. In allen untersuchten Varianten bewegen sich die Ergebnisse jedoch noch deutlich um den gegenwärtigen Aufschlag (die höchsten Abweichungen vom Status quo liegen bei lediglich 5 %). Die Ergebnisse deuten somit auf geringe mögliche, nicht jedoch auf zwingende Anpassungsbedarfe bei den Aufschlägen des kreisfreien Raumes für die Wahrnehmung zentralörtlicher

Tabelle 2: Benötigte Aufschläge für zentralörtliche Funktionen im Jahr 2025

	Aufschläge absolut (in €)			Aufschläge prozentual (Aufschlag 2010 = 100)		
	Wirkungsradius der ZÖ			Wirkungsradius der ZÖ		
	unbegrenzt	100 km	50 km	unbegrenzt	100 km	50 km
$\gamma = 2$	446,56	446,56	446,59	99,9	99,9	99,9
$\gamma = 1$	441,43	441,93	443,73	98,8	98,9	99,3
$\gamma = 0,5$	424,54	426,01	435,02	95,0	95,4	97,4

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Funktionen hin.

Die Zukunftsfestigkeit des GMG II

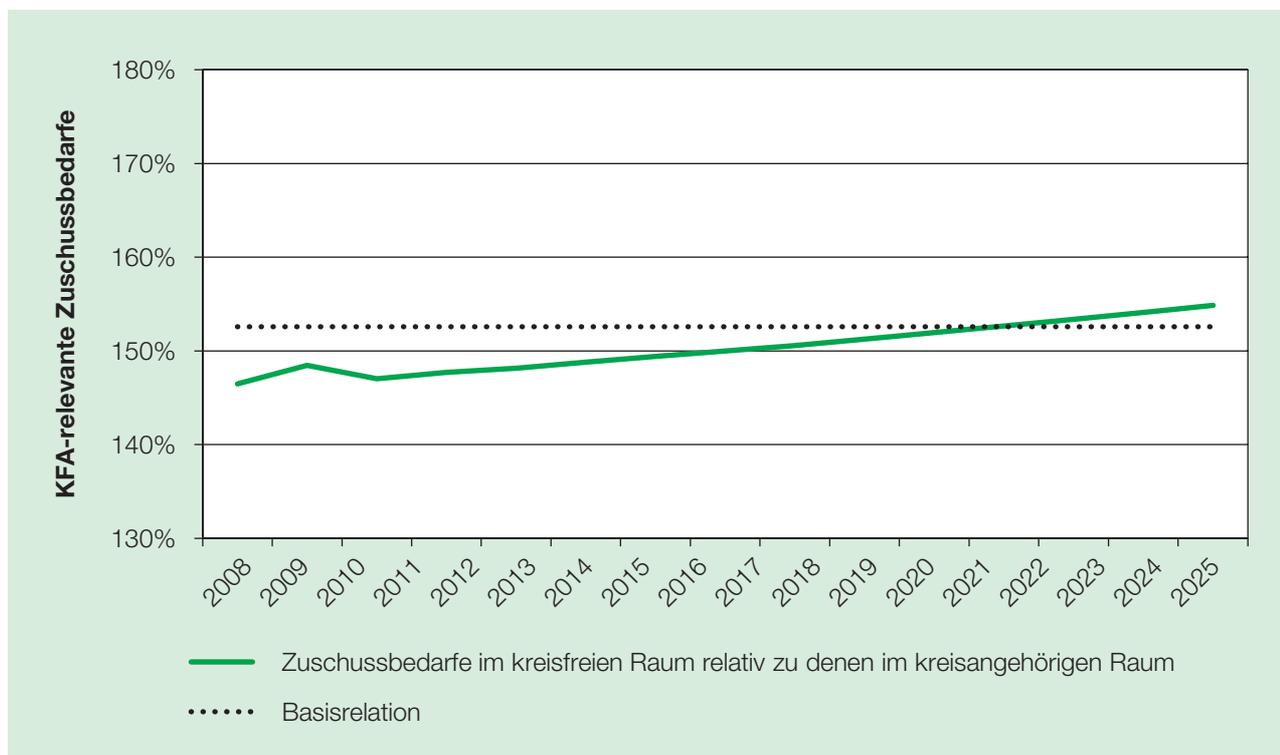
Um die zukünftige Sachgerechtigkeit der Finanzmittelverteilung nach GMG II zu bestimmen, müssen zukünftige Bedarfe mit der zukünftigen Finanzmittelverteilung verglichen werden. Die Bedarfe (Zuschussbedarfe)⁷ werden dabei aus den tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben abgeleitet. Es wurde gezeigt, dass Skaleneffekte, die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung sowie die Kosten zur Bereitstellung zentralörtlicher Funktionen nur einen geringen unmittelbaren Einfluss auf die zukünftigen Ausgaben in kreisfreiem und kreisangehörigem Raum haben. Mögliche Anpassungsbedarfe müssten sich daher aus der divergierenden allgemeinen Entwicklung der Relationen von Einnahmen und Ausgaben ableiten.

Zur Ermittlung zukünftiger Zuschussbedarfe wurden, wie oben beschrieben, Einnahmen und Ausgaben im kommunalen Finanzausgleich aus der Einnahmeentwicklung des Freistaates abgeleitet oder mittels Annahmen fortgeschrieben. Aus den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes und den zweckgebundenen Einnahmen des Verwaltungshaushaltes werden dann, nach den Vorgaben zur Ermittlung der Pro-Kopf-Finanzkraft im

kommunalen Finanzausgleich, die Zuschussbedarfe berechnet. Dabei gilt vor allem zu beachten, dass nicht die Einnahmen des jeweiligen Jahres zur Ermittlung der Pro-Kopf-Finanzkraft herangezogen werden, sondern meist Werte aus vergangenen Perioden Anwendung finden.⁸ So werden zum Beispiel für die Berechnung der Pro-Kopf-Finanzkraft des Jahres 2011 die Einwohnerzahlen des Jahres 2008, die Realsteueraufkommen des dritten und vierten Quartals des Jahres 2008 sowie des ersten und zweiten Quartals des Jahres 2009 (nivelliert mit den Hebesätzen des Jahres 2010), die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftsteuern des dritten und vierten Quartals des Jahres 2008 sowie des ersten und zweiten Quartals des Jahres 2009 und die Schlüsselzuweisungen des Jahres 2011 herangezogen. Divergierende Entwicklungen werden damit sowohl verzögert als auch unterschiedlich berücksichtigt, um den Gebietskörperschaften die Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

Die Sachgerechtigkeit der Finanzmittelverteilung im GMG II kann durch den Vergleich des Verhältnisses der Zuschussbedarfe in kreisfreiem und kreisangehörigem Raum mit der Finanzkraftrelation (vgl. Abb. 5) beurteilt werden. In der Abbildung ist die Basisrelation der Finanzmittelverteilung im GMG II erster Stufe als waagerechte Linie dargestellt. Sie spiegelt die Vorgaben des KFA

Abbildung 5: Entwicklung der Relation von KFA-relevanten Zuschussbedarfen je Einwohner mit Altersstrukturkostenprofilen von kreisfreiem zu kreisangehörigem Raum



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

wider, nach der die Finanzkraft je Einwohner im kreisfreien Raum 152,6 % der des kreisangehörigen Raumes betragen soll. Die durchgezogene Linie zeigt die Entwicklung der Zuschussbedarfsrelation von kreisfreiem zu kreisangehörigem Raum. Bis etwa zum Jahr 2022 liegt diese Linie unterhalb der Basisrelation, wenn auch nicht mehr als 6 Prozentpunkte. Dennoch finden sich die größten Differenzen zu Beginn des Betrachtungszeitraums. In diesem Zeitraum übertrifft die Basisrelation die Zuschussbedarfsrelation am deutlichsten, die Kreisfreien Städte erhalten also mehr Mittel, als durch einen Vergleich der Bedarfe mit dem kreisangehörigen Raum gerechtfertigt scheint. Mittelfristig wird die Finanzmittelverteilung im kommunalen Finanzausgleich der Zuschussbedarfsrelation der Modellrechnung aber gerecht.

Die Ergebnisse zeigen sich relativ robust gegenüber der Variation einzelner Annahmen. Allerdings haben die Annahmen zur Entwicklung der Gewerbesteuer einen größeren Einfluss auf das Ergebnis. Eine regelmäßige Überprüfung der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklungen sowie damit einhergehend der Sachgerechtigkeit der Finanzmittelverteilung im GMG II, wie es auch im SächsFAG vorgesehen ist, scheint zur dauerhaften Aufgabenerfüllung der sächsischen Kommunen auf solider finanzieller Basis deshalb notwendig.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die vorgestellten Ergebnisse nur geringe Anpassungsbedarfe in der Finanzmittelverteilung zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum aufzeigen. In den kommenden Jahren bleiben die Bedarfe der Kreisfreien Städte zunächst hinter ihrer Finanzkraft zurück (bis zum Jahr 2022). Will man die Anpassungsbedarfe nachvollziehen, müssten in diesem Zeitraum (geringfügige) Anpassungen zugunsten des kreisangehörigen Raumes vorgenommen werden. Eine solche Änderung wurde kürzlich auch vom Kabinett des Freistaates Sachsen beschlossen und im Entwurf zum 8. Änderungsgesetz zum Sächsischen Finanzausgleich fixiert [SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN (2012)]. In der Modellrechnung steigen langfristig allerdings die Bedarfe der Kreisfreien Städte, sodass das Verhältnis wieder zu deren Gunsten angepasst werden müsste.

Literatur

- ECK, A.; STEINBRECHER, J. und C. THATER (2012a): Skaleneffekte in der Bereitstellung des kommunalen Angebotes sächsischer Gemeinden, ifo Dresden berichtet 3/2012, S. 12–19.
- ECK, A.; STEINBRECHER, J. und C. THATER (2012b): Aktualisierte Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – gute Konjunktur bremst Einnahmerückgang, ifo Dresden berichtet 1/2012, S. 29–31.
- ECK, A.; RAGNITZ, J.; STEINBRECHER, J. und C. THATER (2012): Evaluation der Zukunftsfestigkeit des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen, erscheint als ifo Dresden Studie, voraussichtlich Q4/2012.
- SEITZ, H. (2006): Berechnung und Projektion von altersabhängigen Ausgaben auf der kommunalen Ebene, Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, TU Dresden, 2012.
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN (SMF) (Hrsg.) (2012): Kabinett beschließt Gesetz zum kommunalen Finanzausgleich, Pressemitteilung vom 10.07.2012, Dresden.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2011): 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose, Kamenz.

- ¹ Eine Veröffentlichung der vollständigen Untersuchung in der Reihe „ifo Dresden Studien“ ist für das 4. Quartal 2012 geplant [vgl. Eck et al. (2012)].
- ² Die dem Land zustehenden Anteile an den Gemeinschaftsteuern, die Landessteuern sowie den Bundesergänzungszuweisungen nach dem Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern § 11 (2)–(3a) abzüglich folgender Posten: Ehemalige IfG-SoBEZ, Weiterleitungsbetrag aus SoBEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit sowie zusätzliche Umsatzsteuereinnahmen des Landes aufgrund Artikel 2 des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen.
- ³ Die Methodik wird in diesem Heft im Artikel „Langfristige Entwicklung der Landeseinnahmen des Freistaates Sachsen“ beschrieben. Die Ergebnisse beruhen noch auf dem Stand des Jahres 2011 [vgl. Eck et al. (2012b)].
- ⁴ Zuzüglich einer Erhöhung der Gesamtschlüsselmasse aus dem kommunalen Vorsorgefonds von 120,7 Mill. €.
- ⁵ Die Verteilung der Mittel innerhalb des kreisangehörigen Raums nach GMG II zweiter Stufe sowie die anschließende Verteilung der Zuweisungen auf die einzelnen Gebietskörperschaften sind an dieser Stelle irrelevant. Auf eine nähere Beschreibung dieser Mechanismen wird daher verzichtet.
- ⁶ Die Altersstrukturkostenprofile unterscheiden sich geringfügig nach kreisangehörigen Gemeinden und Kreisfreien Städten, da in die Berechnung die jeweiligen Ausgaben von kreisangehörigen Gemeinden und Kreisfreien Städten des Jahres 2009 eingeflossen sind.
- ⁷ Die Bedarfe werden durch die „Zuschussbedarfe II“ dargestellt. Diese bilden aus Einnahmen und Ausgaben eine Bedarfskennzahl, die angibt, wie hoch die allgemeinen Deckungsmittel (also Steuern und Zuweisungen) sein müssten, um alle Ausgaben zu decken, die nicht durch zweckgebundene Mittel bestritten werden. Da der kommunale Finanzausgleich gerade auf diese Deckung abzielt, ist der Zuschussbedarf II die relevante Vergleichsgröße für die Finanzkraftrelation im GMG II.
- ⁸ Es können später nur Zuweisungen und Bedarfe verglichen werden, die auf Basis vergleichbarer Werte aus denselben Perioden ermittelt wurden. Die Zuschussbedarfe müssen daher nach den Vorgaben zur Berechnung der Pro-Kopf-Finanzkraft im kommunalen Finanzausgleich berechnet werden. Andernfalls könnten Anpassungsbedarfe identifiziert werden, die eigentlich gar nicht bestehen.

Langfristige Entwicklung der Landeseinnahmen des Freistaates Sachsen

Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater*

Einleitung

Der Freistaat Sachsen wird in den kommenden Jahren vor komplexen Herausforderungen stehen. Diese umfassen einerseits demographische Aspekte wie den Rückgang sowie die Alterung der Bevölkerung. Hier könnten mittelfristig Anpassungsprozesse auf Sachsen zukommen, deren Finanzierung zumindest teilweise durch das Land getragen werden muss. Andererseits muss gleichzeitig auf fiskalische Herausforderungen reagiert werden, die u. a. durch das Abschmelzen der Bundesergänzungszuweisungen im Rahmen des Solidarpaktes II entstehen. Eine umsichtige und nachhaltige Haushaltsplanung ist daher eine Grundvoraussetzung, um die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes aufrechtzuerhalten. Dies erfordert eine realistische, aber vorsichtige Abschätzung der Einnahmeentwicklung, die auch bei unvorhergesehenen Ereignissen oder einer insgesamt ungünstigeren wirtschaftlichen Entwicklung geeignet ist, die langfristigen Ziele der Landesregierung (z. B. ein strukturell ausgeglichener Haushalt) zu erreichen.

Damit eine langfristige Finanzplanung möglich ist, muss eine möglichst genaue Vorhersage zur weiteren Entwicklung der Einnahmen getroffen werden. Das ifo INSTITUT wurde daher mit der regelmäßigen Durchführung einer Projektion der ordentlichen Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025 beauftragt. Hierin werden Annahmen zur weiteren Entwicklung von Wirtschaft und Steueraufkommen in Deutschland und Sachsen getroffen, um eine Schätzung der zukünftigen Einnahmeentwicklung im Freistaat ausweisen zu können.

Der vorliegende Artikel soll dabei die wesentlichen Annahmen und Ergebnisse zusammenfassen. Zunächst wird die Methodik bei der Einnahmeprojektion mit den zugrundeliegenden Annahmen beschrieben. Danach werden die Ergebnisse im Basisszenario dargestellt und mit der letztjährigen Projektion verglichen. Zudem werden Einnahmepfade bei alternativen Annahmen zur künftigen Wirtschaftsentwicklung dargestellt. Der Artikel schließt mit einem kurzen Fazit.

Methodische Erläuterungen

Die Vorgehensweise orientiert sich am Vorgehen, welches im Gutachten „Projektion der Einnahmen des sächsischen Landeshaushalts bis zum Jahr 2025“ [Eck et al.

(2011b)] beschrieben wurde. Im Folgenden werden die zentralen Annahmen näher erläutert.

Die einzelnen Einnahmepositionen des Freistaates Sachsen entwickeln sich im Zeitablauf unterschiedlich. Daher werden die ordentlichen Einnahmen des Freistaates zunächst in die verschiedenen Komponenten zerlegt, die separat fortgeschrieben werden. Die hier unterschiedenen Komponenten der ordentlichen Einnahmen sind

- die Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) nach § 11 Finanzausgleichsgesetz (FAG), d. h. die BEZ zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten [§ 11 (3) FAG]; die BEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit [§ 11 (3a) FAG] und die BEZ für die überdurchschnittlichen Kosten politischer Führung [§ 11 (4) FAG]
- das erweiterte Steueraufkommen sowie
- die sonstigen Einnahmen.

Die BEZ nach § 11 (3) FAG stehen für den Projektionszeitraum bereits in ihrer Höhe fest und werden dem Gesetz in der aktuell gültigen Fassung entnommen. Ähnliches gilt für die BEZ nach § 11 (3a und 4) FAG, die jedoch in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Hier wird für die BEZ zum Ausgleich von Sonderlasten durch strukturelle Arbeitslosigkeit das Degressionsmuster der SoBEZ nach § 11 (3) FAG übernommen. Hiermit wird berücksichtigt, dass sich die Lasten aus struktureller Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern bis zum Jahr 2020 voraussichtlich an das Niveau der alten Bundesländer anpassen werden. Für die BEZ nach § 11 (4) FAG wird angenommen, dass deren nominale Höhe bis zum Jahr 2019 unverändert bleibt.

Das erweiterte Steueraufkommen, welches neben den Steuereinnahmen auch noch die Zahlungen im Länderfinanzausgleich und die Fehlbetrags-BEZ [§ 11 (2) FAG] umfasst, wird in einem zweistufigen Vorgehen fortgeschrieben: Zunächst wird für die Projektion des Steueraufkommens die zukünftige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts mithilfe einer Potenzialschätzung abgeleitet. Anschließend finden die Ergebnisse Anwendung in einer detaillierten Simulation des Länderfinanzausgleichs.

* Alexander Eck, Johannes Steinbrecher und Christian Thater sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Die sonstigen Einnahmen schließlich umfassen ostspezifische sowie nicht-ostspezifische Zuweisungen von Bund und EU sowie weitere Einnahmen. Die Einnahmen aus ostspezifischen Zuweisungen von Bund und EU im Rahmen des Korbes 2 des Solidarpaktes II werden mit dem Degressionsmuster der BEZ nach § 11 (3) FAG fortgeschrieben. Demnach finden auch die ostspezifischen Zuweisungen in der Projektionsrechnung über das Jahr 2019 hinaus keine Berücksichtigung. Durch die unterstellte Degression wird zudem auch dem Auslaufen der EU-Mittel im Rahmen der Konvergenzförderung in der Förderperiode 2014 bis 2020 Rechnung getragen. Die verbleibenden, nicht ostspezifischen Zuweisungen von Bund und EU werden hingegen für den gesamten Projektionszeitraum mit einer nominalen jährlichen Wachstumsrate von 1 % fortgeschrieben. Damit wird eine übermäßige reale Entwertung dieser Zahlungen vermieden. Von der Fortschreibung dieser Zuweisungen ausgenommen sind die BEZ nach § 11 FAG sowie die Kfz-Steuer-Kompensation im Rahmen der Übertragung der Kfz-Steuer-Ertragshoheit auf den Bund. Die weiteren Einnahmen, d. h. Verwaltungseinnahmen, steuerähnliche Abgaben, sonstige laufende und investive Einnahmen sowie die Kfz-Steuer-Kompensation werden entsprechend der gesetzlichen Regelungen oder auf Basis der Entwicklung des Steueraufkommens, des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Bevölkerung fortgeschrieben.

So ergeben sich in Summe die in diesem Gutachten ausgewiesenen ordentlichen Einnahmen Sachsens für die Jahre 2017 bis 2025. Die ordentlichen Einnahmen der Jahre 2012 bis 2016 werden hingegen der Mittelfristigen Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2012 bis 2016 [SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN (2012)] entnommen.

Da die Projektion des BIP und die Simulation des Länderfinanzausgleichs für die Höhe der zukünftigen Einnahmen entscheidend sind, sollen im Folgenden die Annahmen und das Vorgehen kurz genauer erläutert werden.

Ermittlung eines langfristigen Wachstumspfad des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2025

Zur Bestimmung der jährlichen Wachstumsraten des BIP verwendet das IFO INSTITUT ein in sich geschlossenes Modell einer Volkswirtschaft. Das Modell unterstellt, dass Unternehmen ihre Gewinne in einer Wettbewerbsökonomie maximieren und dabei alle Preise, Zinsen und Löhne als gegeben nehmen. Das BIP in Deutschland wird von den Unternehmen vereinfachend mit nur zwei Faktoren erzeugt, Arbeit und Kapital. Zur Ermittlung des Outputs wird eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion verwendet, welche die Volkswirtschaft als Ganzes beschreibt.

Da zudem der Zinssatz für das Modell auf dem Weltmarkt bestimmt wird, reduzieren sich die fortzuschreibenden Größen auf das Arbeitsvolumen und den technischen Fortschritt. Der Trend des technischen Fortschritts basiert dabei auf Durchschnittswerten der Vergangenheit; dessen Zunahme beläuft sich im Projektionszeitraum auf rund 0,8 % p. a.

Das Arbeitsvolumen wird angebotsseitig in drei Schritten bestimmt. Zunächst wird die amtliche Vorausberechnung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter genutzt [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2010)], um das Arbeitskräftepotenzial zu ermitteln. Dabei wird der Bevölkerungsrückgang ebenso berücksichtigt wie die gesetzlich vorgegebene Anhebung des Rentenalters. Trotz dieser Anpassungen würde es zunächst zu einer deutlichen Reduzierung des Arbeitsvolumens im Zeitablauf kommen. Es ist also anzunehmen, dass sich aufgrund potenzieller Nachfrageüberhänge die Beteiligung verschiedener Altersgruppen auf dem Arbeitsmarkt erhöht. Bei der Anwendung altersspezifischer Erwerbstätigenquoten¹ auf das Arbeitskräftepotenzial wird deshalb eine stetige Erhöhung dieser Quoten besonders für ältere Jahrgänge angenommen. Aus dem so ermittelten Beschäftigungsniveau wird schließlich unter Zuhilfenahme der durchschnittlich geleisteten Jahresarbeitsstunden das Arbeitsvolumen berechnet. Die Jahresarbeitszeit folgt dabei dem langjährigen Trend, und nimmt auch aufgrund verstärkter Integration von älteren Arbeitnehmern mit höherer Neigung zu Teilzeitarbeit langfristig ab.

Für die in der Produktionsfunktion verwendete Produktionselastizität des Faktors Arbeit wird die Lohnquote [vgl. SVR (2011)] verwandt und im Zeitablauf konstant bei rund 0,7 gehalten. Die Produktionselastizität des Faktors Kapital ergibt sich entsprechend [vgl. AK VGR dL (2011a und 2011b)].

Aus den getroffenen Annahmen lässt sich nun eine Projektion der zukünftigen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ableiten. Das BIP wird in Deutschland unter den getroffenen Annahmen im Projektionszeitraum mit durchschnittlich 1,0 % p. a. real wachsen, wobei sich dieses Wachstum im Zeitverlauf abschwächt.² Dieses Ergebnis steht im Einklang mit alternativen Schätzungen, die für die kommenden Jahre ein ähnliches gesamtdeutsches Trendwachstum vorhersagen [vgl. beispielsweise SVR (2011)].

Wirkungsweise und Simulation des Länderfinanzausgleichs

Die Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich haben für Sachsen aufgrund ihrer Höhe eine große Bedeutung. Die Zielstellung des Länderfinanzausgleichs ist es, allen Ländern die Erfüllung ihrer durch das Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben zu ermöglichen. Da die Finanzkraft dafür

nicht in allen Ländern ausreichend ist, werden die Einnahmen finanzschwacher Länder durch Zuweisungen von finanzstarken Ländern und dem Bund angehoben. Dieses System führt in der jetzigen Ausgestaltung zu einer weitgehenden Nivellierung der Pro-Kopf-Einnahmen in den Flächenländern, wobei Zahlungen für besondere Härten gemäß § 11 (3)–(4) FAG unberücksichtigt sind. Damit werden den Ländern durch den Länderfinanzausgleich (LFA) einnahmeseitig ähnliche finanzielle Möglichkeiten eingeräumt.

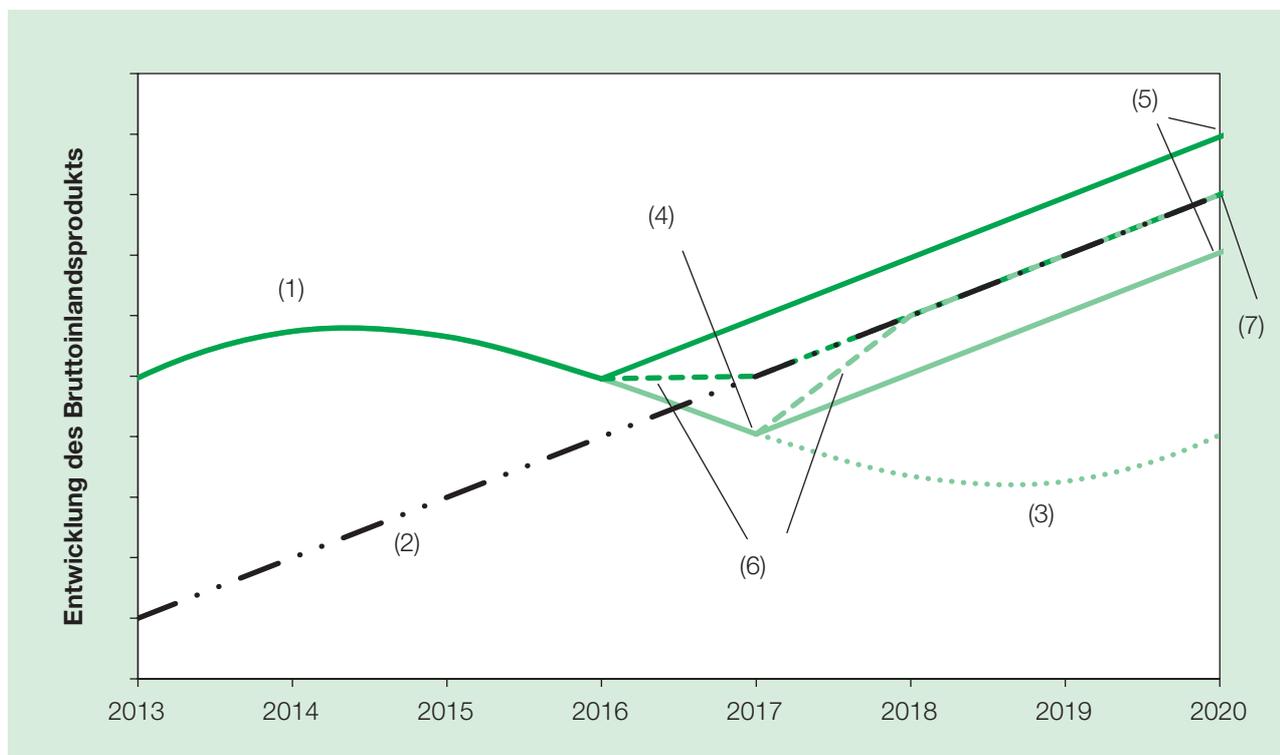
Um das erweiterte Steueraufkommen des Freistaates Sachsen zu projizieren, ist eine genaue Betrachtung des LFA und der Steuerverteilung notwendig. Zunächst wird dabei die Entwicklung des gesamten Steueraufkommens und dessen Aufteilung auf Bund, Länder und Gemeinden betrachtet. Die nominalen, originären Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden werden für die Jahre 2012 bis 2016 auf Basis der vom Arbeitskreis Steuer-schätzung vom Mai 2012 verwendeten Wachstumsraten, danach mit denen aus der Potenzialschätzung fortgeschrieben (zzgl. Inflation i. H. v. 1,5% p. a.). Die notwendigen Anpassungen der Projektionsannahmen für den Wirtschaftszyklus im Übergangszeitraum der Jahre 2016 und 2017 sind in Abbildung 1 dargestellt.

Im Diagramm sind auf der Abszisse die Zeit und auf der Ordinate die Entwicklung des BIP abgetragen. Kurve (1) stellt dabei abstrahierte konjunkturelle

Schwankungen bis zum Jahr 2016 dar, woran sich eine Fortschreibung auf Basis der Potenzialschätzung anschließt, ohne dass die gegenwärtige Position im Konjunkturzyklus berücksichtigt wird. Das BIP wächst vom dann prognostizierten Stand der Konjunktur mit der Potenzialwachstumsrate weiter. Dies führt dazu, dass für die Folgejahre ein stetiges konjunkturelles Hoch unterstellt würde, obwohl die Konjunkturzyklen (3) weiter um den langfristigen Trend (2) schwanken würden. Im darauffolgenden Jahr würde sich dies wiederholen, nur dass diesmal ein dauerhaftes konjunkturelles Tief unterstellt werden würde (4). In der Konsequenz würden damit in jedem Jahr unterschiedliche BIP-Niveaus für die Jahre ab 2017 prognostiziert werden, was zu stark schwankenden Prognosen für die Steuereinnahmen in diesen Jahren führen würde (5).

Um dies zu vermeiden, wird für das Jahr 2010 das BIP-Potenzial ermittelt und anhand der Potenzialschätzung fortgeschrieben (2). Daraus kann ein Potenzial für das BIP für das Jahr 2017 abgeleitet werden, welches als Basis für den weiteren langfristigen Trend dient. Somit ist es möglich, im Übergangszeitraum eine Anpassung (6) vorzunehmen, welche die Schwankungen zum Prognoseende hin reduziert (7). Für die Jahre ab 2017 wird somit ein konjunkturbereinigtes, mittleres Wachstum und Niveau der Steuereinnahmen ausgewiesen.

Abbildung 1: Schematische Darstellung des Übergangs von konjunktureller zu struktureller Betrachtung



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Die Transmission des BIP-Wachstums auf das Steueraufkommen wird dann über differenzierte Steuerelastizitäten für die einzelnen Steuerarten modelliert. Diese wurden aus dem langfristigen Trend geschätzt und führen im Aggregat zu einer Steuerelastizität des BIP von nahe Eins [vgl. SEITZ (2008)].

Nachdem die einzelnen Steuern fortgeschrieben wurden, wird die weitere Aufteilung auf die einzelnen Länder vorgenommen. Hierunter fällt die Aufteilung des Anteils an der Umsatzsteuer, der an die Länder fließt, und somit auch der Umsatzsteuervorgewangsausgleich, der bereits eine deutliche Nivellierung der Pro-Kopf-Steuererinnahmen der Länder herbeiführt. Als nächste Stufe folgt der LFA im engeren Sinne, der einen Ausgleich von Finanzbedarf und Finanzkraft erreichen soll. Die Bedarfe werden dabei vereinfacht auf Grundlage der Bevölkerungszahl eines Bundeslandes errechnet, welche dann mit der tatsächlichen Finanzkraft abgeglichen werden. Übersteigt der Bedarf die Finanzkraft (empfangsberechtigte Länder), wird ein Teil des Unterschiedsbetrages ausgeglichen. Die Mittel, die dafür benötigt werden, müssen von den (zahlungspflichtigen) Ländern aufgebracht werden, deren Finanzkraft den Bedarf übersteigt. Schließlich wird die Finanzkraft der Länder, deren Finanzkraft noch immer erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegt, durch Fehlbetrags-BEZ des Bundes weiter angehoben.

Da die Zahlungen im LFA für verschiedene Länder einen substantziellen Anteil am Haushalt ausmachen, wurde für die Jahre nach 2019 ein weitgehendes Fortbestehen des jetzigen LFA unterstellt. Dies umfasst auch die Behandlung der Kompensationsbeträge des Bundes für die Änderung der Ertragshoheit der Kfz-Steuer. Der Mechanismus des LFA wurde lediglich dahingehend modifiziert, dass ab dem Jahr 2020 ein Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage und der Konsolidierungshilfen angenommen wird.

Das aufwendige Vorgehen für die Ermittlung des erweiterten Steueraufkommens im Freistaat ist insbesondere durch die Berücksichtigung von Wechselwirkungen im LFA gerechtfertigt. So haben Einnahmeveränderungen in einem Bundesland zwangsläufig Auswirkungen auf die Zahlungen beziehungsweise Zuweisungen im LFA aller anderen Bundesländer. Speziell bei Szenarioanalysen ist eine detaillierte Simulation des LFA deshalb einfacheren Verfahren überlegen, da eine Veränderung der bundesdeutschen oder sächsischen BIP-Wachstumsrate spürbare Auswirkungen auf die Zahlungsströme im Finanzausgleich hat. Diese werden auch durch die Verteilung zusätzlicher Steuereinnahmen auf die einzelnen Steuerarten beeinflusst, welche im Finanzausgleich unterschiedlich behandelt werden [vgl. Eck et al. (2011a)].

Projektionsergebnisse des Basisszenarios

Die Entwicklung der ordentlichen Einnahmen im Projektionszeitraum vom Jahr 2012 bis zum Jahr 2025 werden in Abbildung 2 dargestellt und der Vorjahresprognose gegenüber gestellt.

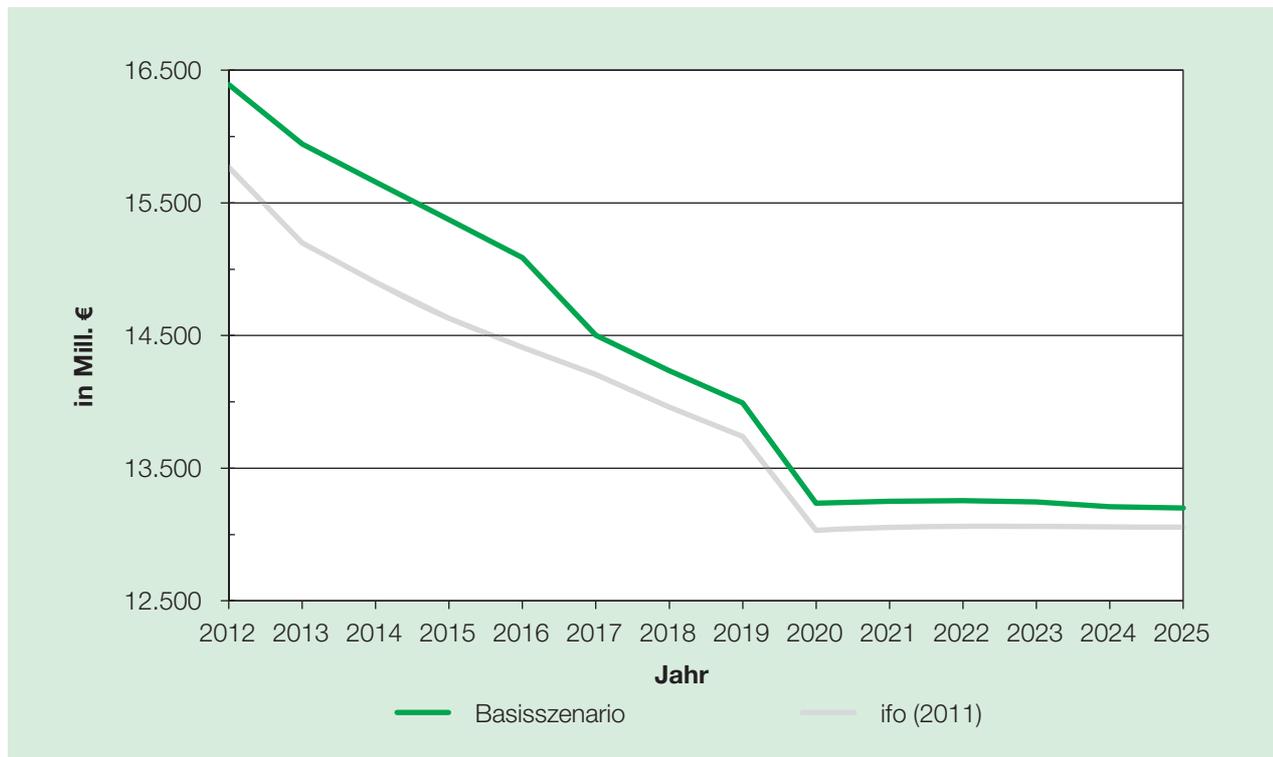
Wie die Abbildung zeigt, werden die ordentlichen Einnahmen des Freistaates Sachsen, ausgehend von rund 16,4 Mrd. € im Jahr 2012, auf etwa 13,2 Mrd. € im Jahr 2025 zurückgehen. Dies entspricht im Betrachtungszeitraum einem Rückgang um ca. 19%. Dabei sind die Einnahmen bis zum Jahr 2020 kontinuierlich rückläufig. Dies ist überwiegend dem Auslaufen der BEZ nach § 11 FAG sowie weiterer ostspezifischer Leistungen geschuldet. Auch für weitere Einnahmepositionen (z. B. sonstige Mittel von Bund und EU) wird ein Rückgang erwartet. Dieser kann jedoch ab dem Jahr 2020 durch das steigende Steueraufkommen kompensiert werden, sodass für die letzten fünf Jahre des Projektionszeitraumes nahezu konstante Einnahmen erwartet werden. Der überdurchschnittliche Einnahmeeinbruch vom Jahr 2016 zum Jahr 2017 liegt, wie im methodischen Teil bereits beschrieben, im Übergang zum Potenzialpfad begründet.

Die Quote der Steuereinnahmen im Verhältnis zu den ordentlichen Einnahmen steigt dementsprechend von 65,8% im Jahr 2012 auf etwa 81,9% im Jahr 2025. Der Unterschied zur Vorjahresprognose (graue Linie *ifo* (2011) in Abbildung 2) basiert im Wesentlichen auf einem höheren Steueraufkommen im Jahr 2011 als in der Vorjahresprognose.³ Dennoch gleichen sich die Einnahmen zum Ende der Betrachtungsperiode hin aus zwei Gründen an. Zum einen wird die Differenz der beiden Schätzwerte bis zum Ende des Projektionszeitraumes real entwertet, zum anderen führt die Annahme einer Rückführung der Einnahmen auf den Potenzialpfad im Jahr 2017 zu einer weiteren Reduzierung des Einnahmeunterschiedes. Die folgende Abbildung 3 zerlegt die Einnahmeentwicklung im Projektionszeitraum in ihre Einflussfaktoren.

Der dominante Effekt ist nach wie vor der Osttransfereffekt, der auf die sinkenden Zuweisungen im Zuge der Degressionen der Korb-I- (BEZ nach § 11 FAG) und Korb-II-Mittel zurückzuführen ist. Der Einfluss dieses Effektes ist jedoch, durch die vorangeschrittene Abschmelzung der Zuweisungen, bereits deutlich geringer als in den Vorjahren (er liegt mit rund -2,972 Mrd. € betragsmäßig ca. 200 Mill. € unter dem Wert des Jahres 2011) und wird bis zum Jahr 2020 auch permanent weiter an Bedeutung verlieren.

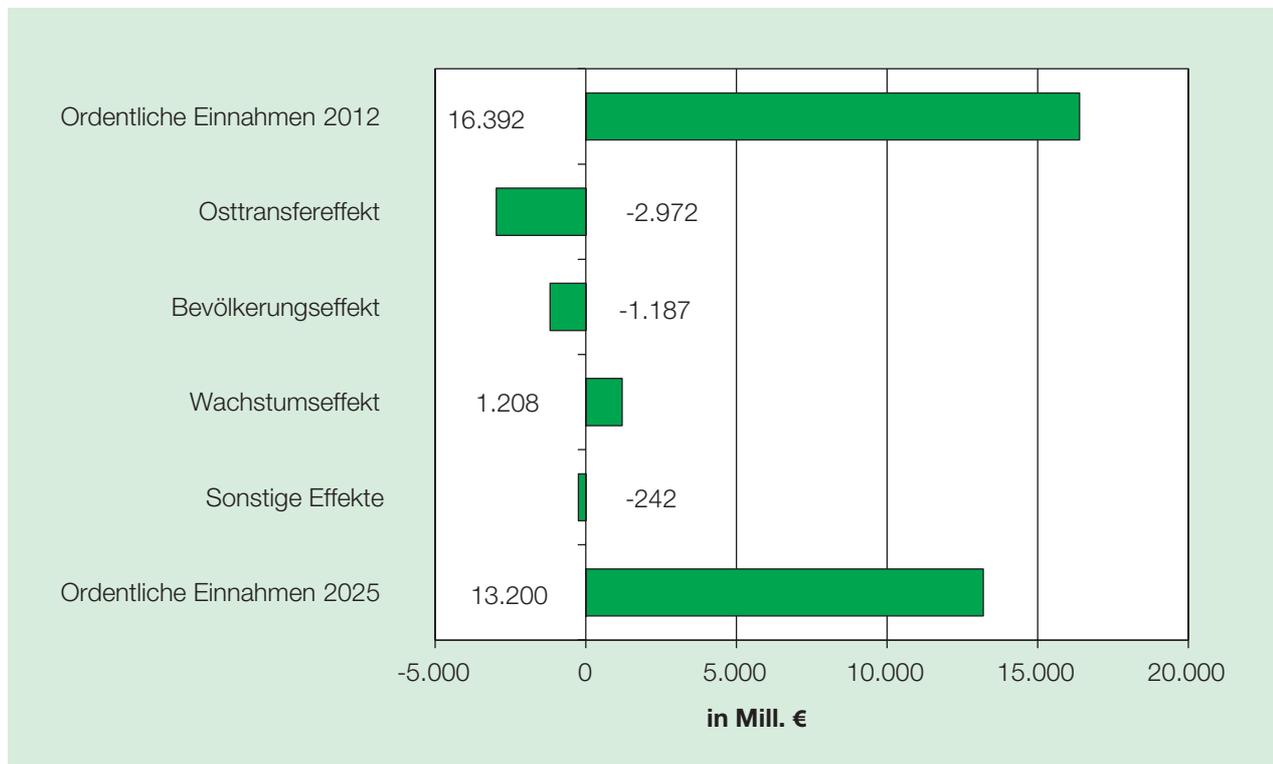
Ein weiterer wesentlicher Einflussfaktor auf die Einnahmeentwicklung bleibt die Entwicklung der Bevölkerungszahl des Freistaates Sachsen. Die rückläufige Einwohnerzahl führt wie auch der Osttransfereffekt zu

Abbildung 2: Projektion der realen Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025 (in Preisen des Jahres 2012)



Quellen: Sächsisches Staatsministerium der Finanzen (2012), Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 3: Einflussfaktoren der Einnahmewicklung bis zum Jahr 2025



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

sinkenden Einnahmen, weil der LFA in seinem Kern einwohnerbasiert ausgestaltet ist. Im Jahr 2025 wird dieser Bevölkerungseffekt in der gegenwärtigen Projektion etwa 1,2 Mrd. € zum Einnahmerückgang beitragen.

Im Gegensatz zu den beiden voran genannten Effekten wird das Wirtschaftswachstum infolge steigender Steuereinnahmen zu rd. 1,2 Mrd. € höheren Einnahmen des Freistaates Sachsen führen und so den Bevölkerungseffekt leicht überkompensieren.

Alle weiteren Effekte, welche die Einnahmeentwicklung beeinflussen werden und keinem der zuvor genannten Effekte zugeordnet werden können, sind in dem Posten „sonstige Effekte“ zusammengefasst. Dieser Posten umfasst hauptsächlich die reale Entwertung einzelner Einnahmepositionen, die entweder nominal fixiert sind oder projektionsgemäß langsamer als die unterstellte Inflation i. H. v. 1,5 % p. a. wachsen. Dieser Effekt trägt mit rd. 250 Mill. € ebenfalls zu den sinkenden Einnahmen bei. Abschließend soll die Entwicklung der absoluten ordentlichen Einnahmen den Pro-Kopf-Einnahmen gegenübergestellt werden.

Im Grundsatz folgen die Pro-Kopf-Einnahmen dem Verlauf der absoluten Einnahmen, wobei deren Rückgang bis zum Jahr 2025 deutlich geringer ausfällt. Grund hierfür ist der Rückgang der Einwohnerzahl im Freistaat Sachsen. Auch weitere Einnahmepositionen sinken im Betrachtungszeitraum absolut gesehen nur moderat, so-

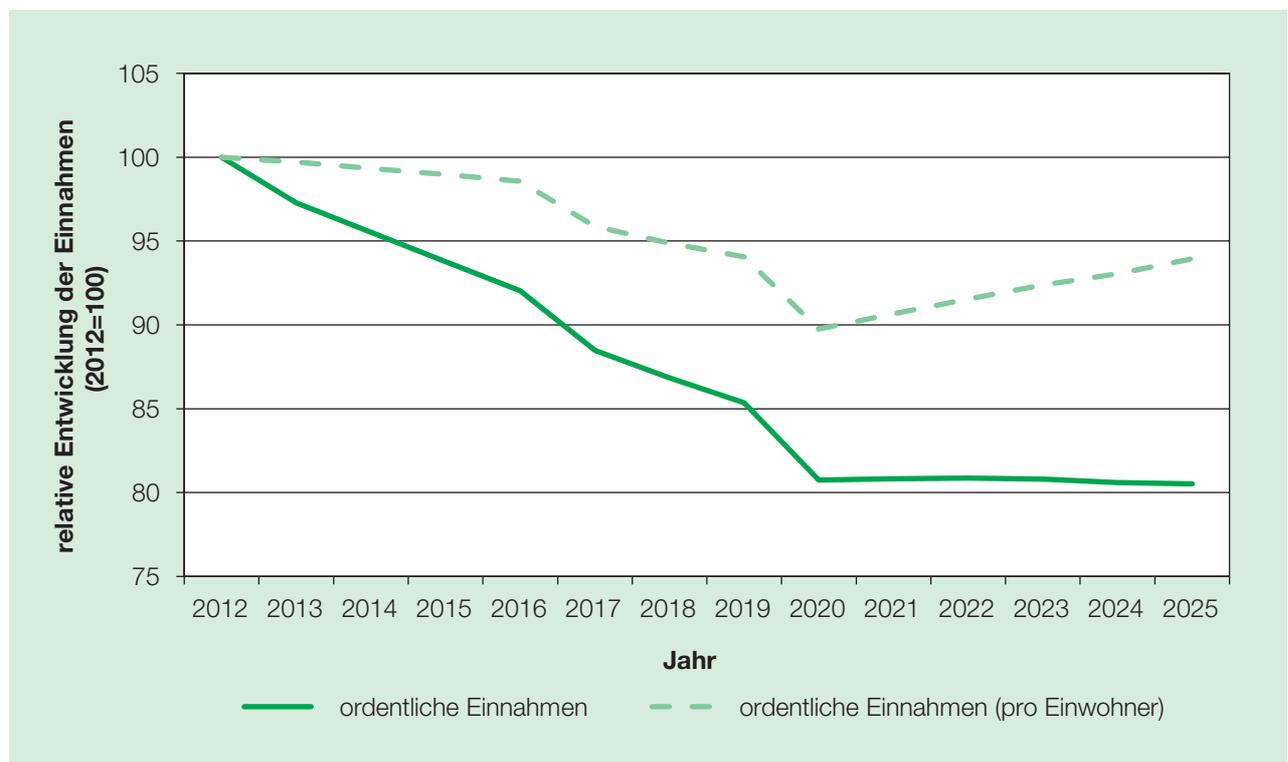
dass für diese sogar steigende Pro-Kopf-Einnahmen verzeichnet werden können. Lediglich das vollständige Auslaufen der BEZ nach § 11 FAG sowie der ostspezifischen Leistungen führt zu einem Rückgang der Pro-Kopf-Einnahmen. Dementsprechend sind diese im Anschluss an das Jahr 2020 bis zum Ende des Betrachtungszeitraumes permanent steigend.

Alternative Einnahmeentwicklung

Da sich die im Basisszenario unterstellten Rahmenbedingungen im Zeitverlauf jedoch ändern können, sind langfristige Prognosen mit Unsicherheiten behaftet. Die zentrale Einflussgröße der Einnahmeentwicklung Sachsens ist das gesamtdeutsche Wirtschaftswachstum. Um den Einfluss einer Abweichung von der im Basisszenario angenommenen Wachstumsrate abzubilden, werden in Abbildung 5 alternative Einnahmepfade dargestellt. Diese basieren auf einer Variation des langfristigen gesamtdeutschen BIP-Wachstums um $\pm 0,25$ Prozentpunkte.

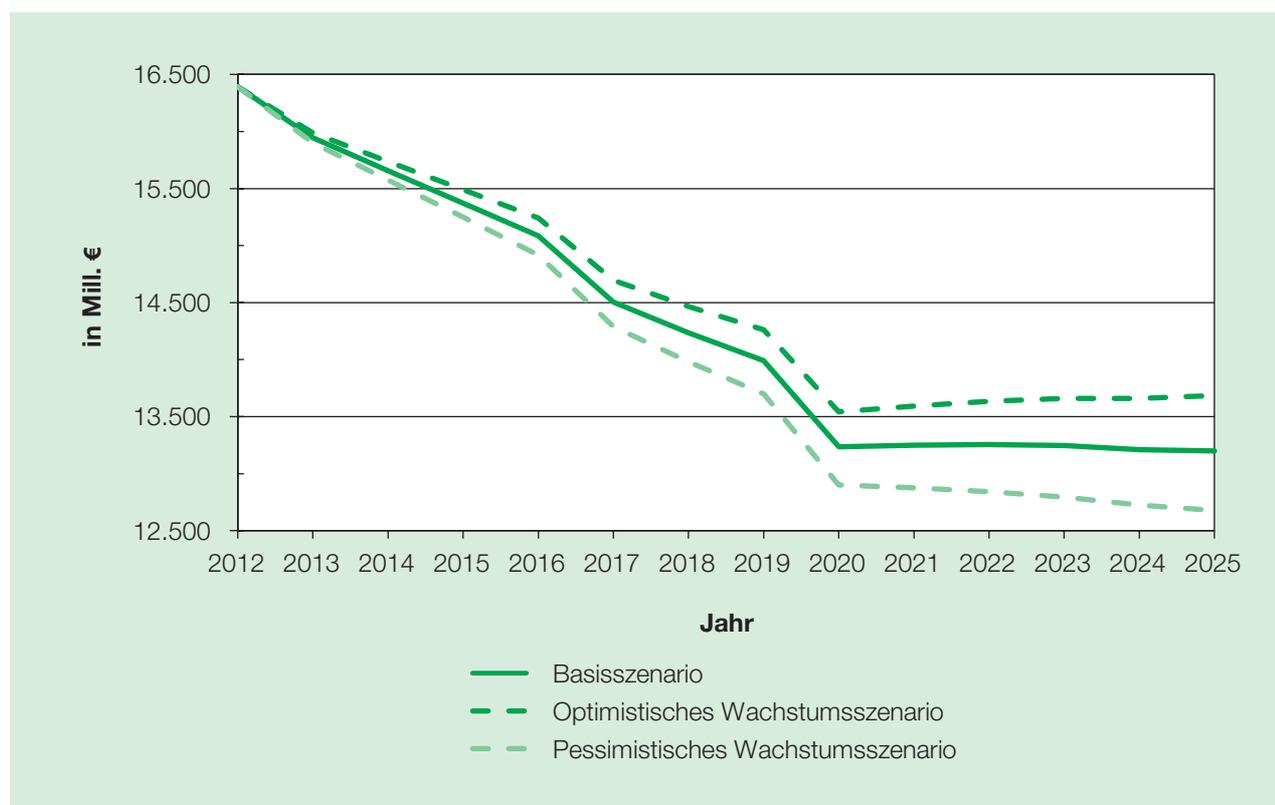
Die Abbildung verdeutlicht, dass die unterstellte Abweichung vom Basisszenario im Jahr 2025 zu Mehr- bzw. Mindereinnahmen i. H. v. 500 Mill. € führt. Ein höheres gesamtdeutsches Wirtschaftswachstum führt zu höheren Steuereinnahmen, davon profitieren alle Bundesländer. Eine analoge Argumentation lässt sich für ein

Abbildung 4: Entwicklung der realen Einnahmen des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2025



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 5: Alternative Einnahmeentwicklungen bis zum Jahr 2025



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

niedrigeres Wirtschaftswachstum führen, welches im Vergleich zum Basisszenario geringere Einnahmen in allen Ländern zur Folge hätte.

Eine Variation des BIP-Wachstums kann über verschiedene Kanäle verursacht werden. Aus makroökonomischer Perspektive könnte eine höhere Erwerbsbeteiligung zu einem höheren BIP-Wachstum führen. So ließen sich beispielsweise die negativen demographischen Effekte durch eine höhere Integration älterer Erwerbspersonen mildern. Ein ähnlicher Einfluss auf das BIP-Wachstum lässt sich für den technologischen Fortschritt (Produktivität der eingesetzten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapitalstock) ableiten. Änderungen dieser Größen beeinflussen über ein verändertes BIP-Wachstum somit die Einnahmen. Diese Kanäle sind isoliert betrachtet jedoch schwer zu quantifizieren, weshalb auf eine explizite Berücksichtigung einzelner Effekte in der Szenarienanalyse verzichtet wurde.

Fazit

Die Ergebnisse der aktuellen Modellrechnung bewegen sich im Bereich der Vorjahresprojektion. Trotz konjunkturell bedingt höherer Steuereinnahmen am aktuellen Rand glei-

chen sich die Ergebnisse zum Ende des Projektionszeitraums hin an. Dies liegt darin begründet, dass langfristig das Wachstumspotenzial für die Einnahmeentwicklung verantwortlich ist. Konjunkturelle Effekte können am aktuellen Rand zwar zu Mehr- oder Mindereinnahmen führen, wodurch sich Projektionen unterschiedlicher Jahre vorübergehend deutlich unterscheiden können. Diese Effekte haben aber nur eine geringe Auswirkung auf das Einnahmenniveau im Jahr 2025, da dieses primär durch die Entwicklung des Produktionspotenzials bis zum Jahr 2025 bestimmt wird. Daher sind die Ergebnisse der Langfristprojektion im Vergleich verschiedener Jahre sehr robust.

Unabhängig von der gegenwärtig guten konjunkturellen Situation sind die langfristigen Perspektiven unverändert (z. B. Auslaufen der Transferzahlungen, demographischer Wandel). Die aktuellen Ergebnisse zeigen somit abermals, dass auch weiterhin mit sinkenden realen Einnahmen gerechnet werden muss. Hierauf muss – da der Ausweg einer höheren Verschuldung verfassungsrechtlich verbaut ist – mit Anpassungen auf der Ausgabenseite reagiert werden.

Referenzen

AK VGR DL – ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (Hrsg.) (2011a): Arbeit-

- nehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2009, Reihe 1 Länderergebnisse Band 2, Berechnungsstand: August 2010/Februar 2011, Stuttgart.
- AK VGR dL – ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN DER LÄNDER (Hrsg.) (2011b): Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern und Ost-West-Großraumregionen Deutschlands 1991 bis 2009, Reihe 1 Länderergebnisse Band 5, Berechnungsstand: August 2010/Februar 2011, Stuttgart.
- ECK, A.; RAGNITZ, J.; STEINBRECHER, J. und C. THATER (2011a): Haushaltskonsolidierung, Infrastruktur und Standortwettbewerb: Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, ifo Dresden Studien 58, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München/Dresden.
- ECK, A.; STEINBRECHER, J.; C. THATER und M. THUM (2011b): Projektion der Einnahmen des sächsischen Landeshaushalts bis zum Jahr 2025, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, Dresden.
- ECK, A.; STEINBRECHER, J. und C. THATER (2012): Aktualisierte Einnahmeprojektion für den Freistaat Sachsen – Gute Konjunktur bremst Einnahmerückgang, ifo Dresden berichtet 19 (01), S. 29–31.
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (2011): Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2011–2015, Dresden.
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (2012): Mittelfristige Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2012–2016, im Erscheinen, Dresden.
- SEITZ, H. (2008): Fortschreibung einer Langfristprojektion für den Landeshaushalt des Freistaates Sachsen unter Beachtung von Risikofaktoren, Gutachten im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, mimeo.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2010): 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- SVR – SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN LAGE (Hrsg.) (2011): Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden.

¹ Die Erwerbstätigenquote ist das Verhältnis aus der Zahl der Erwerbstätigen einer Bevölkerungsgruppe zur Anzahl aller Personen der entsprechenden Gruppe.

² Für den Zeitraum von 2000 bis 2008 betrug das durchschnittliche Wachstum der Bruttowertschöpfung pro Jahr hingegen 1,5 % und fiel somit höher aus als für den Prognosezeitraum.

³ Die letztjährige Darstellung der Ergebnisse [vgl. Eck et al. (2011b), SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN (2011)] erfolgte in Preisen des Jahres 2011, wobei die aktuelle Prognose in Preisen des Jahres 2012 ausgewiesen wird. Daher sind rund 200 Mill. € der Differenz von 350 Mill. € auf die Änderung der Preisbasis zurückzuführen.

Modernisierung in Russland: Eine Befragung von deutschen Unternehmen in Russland¹

Udo Broll und Tatiana Kostenko*

Ein wichtiges Ziel der russischen Regierung ist die Modernisierung der Wirtschaft. Aus Sicht deutscher Unternehmen, die bereits in Russland tätig sind, ist der Erfolg dieser Modernisierungsinitiativen jedoch fraglich. Dies ist ein Ergebnis einer Unternehmensbefragung, die im Jahr 2011 von den Autoren mit Unterstützung der WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG SACHSEN GMBH und des Beauftragten der sächsischen Wirtschaft in Russland in Moskau durchgeführt wurde.

Direktinvestitionen in Russland

Die Befragung deutscher Unternehmen in Russland zielte primär darauf ab, ökonomische Motive in Verbindung mit den Modernisierungsstrategien der russischen Regierung für Direktinvestitionen in Russland zu ermitteln. Hierzu wurden Fragen aus den folgenden sechs Themengebieten gestellt:

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen: Branche, Anzahl der Standorte, Dauer der Marktpräsenz in Russland.
2. Unternehmensinterne Kapazitäten, die für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem russischen Markt wichtig sind.
3. Einschätzung der russischen Standortvorteile.
4. Bewertung der Standortqualität.
5. Wahrnehmung der Initiativen, die die russische Regierung zur Anwerbung von Auslandsinvestitionen durchführt.
6. Einschätzung der Bestimmungsfaktoren, die die Geschäftstätigkeit in Russland hemmen.

Theoretischer Hintergrund der Befragung ist die sogenannte OLI-Hypothese („Ownership, Location and Internalisation“) nach John Dunning [vgl. DUNNING (2000)]. Diese Theorie erklärt Direktinvestitionen aus dem Zusammenspiel von unternehmensspezifischen internationalen Wettbewerbsvorteilen, Standortvorteilen im Gastland und Internalisierungsvorteilen (Koordination ökonomischer Aktivitäten im Unternehmen und nicht über den Markt). Es wurden ausschließlich Multiple-Choice Fragen mit standardisierten Antwortmöglichkeiten verwendet, sodass die Bewertung der Kriterien auf einer Skala von 1 bis 5 (überhaupt nicht wichtig, weniger wichtig,

etwas wichtig, wichtig, sehr wichtig bzw. trifft gar nicht zu, trifft weniger zu, trifft etwas zu, trifft zu, trifft völlig zu) erfolgte. Aufgrund der formalen Struktur der Fragebogengestaltung sollen unterschiedliche Interpretationen und Missverständnisse vermieden werden [KIRCHHOF et al. (2008)]. Das Fragebogendesign wurde darauf ausgerichtet, möglichst umfassende und zuverlässige Informationen über Bestimmungsfaktoren für deutsche Auslandsinvestitionen in Russland zu gewinnen.

Durchführung der Umfrage

Die Fragebögen wurden im Sommer 2011 per E-Mail an 90 Unternehmen verschickt, die bereits in Russland mit eigenen Produktionsstätten vertreten sind. Die Zielgruppe wurde aus dem Mitgliederverzeichnis der DEUTSCH-RUSSISCHEN AUSLANDSHANDELSKAMMER (AHK) (2010) ausgewählt, wobei Unternehmen, die in Russland direkt investieren, durch eigene Recherchen identifiziert wurden. Des Weiteren beschränkte sich die Auswahl auf Unternehmen aus dem Automobil- und Maschinenbau und der Chemischen Industrie. Die Teilnahmequote lag zwar nur bei rund 20 %, sodass die Ergebnisse nicht unbedingt als repräsentativ angesehen werden können; gleichwohl liefern sie Anhaltspunkte zur Einschätzung der Modernisierungsbemühungen der russischen Regierung und zu Motiven für die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Russland.

Auswertung der Umfrageergebnisse

Zu den befragten Unternehmen gehören sowohl große Konzerne als auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Elf von achtzehn Unternehmen haben mehr als einen Standort in Russland. Auch wenn die meisten Unternehmen in Zentralregionen wie dem Nordwesten von Russland, der Region um Moskau und der Wolga-

* Dr. Udo Broll war Inhaber des Lehrstuhls Internationaler Wirtschaftsbeziehungen an der FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN der TU DRESDEN. Tatiana Kostenko hat ihr Masterstudium „Internationale Beziehungen“ am ZENTRUM FÜR INTERNATIONALE STUDIEN der TU DRESDEN abgeschlossen.

Region tätig sind, sind auch Unternehmen mit Betriebsstätten in Sibirien und im Fernen Osten des Landes (z. B. in Nowosibirsk, Chabarowsk oder Wladiwostok) vertreten. Einige Unternehmen sind über Joint Ventures mit russischen Partnern verbunden; vierzehn der befragten Unternehmen haben hundertprozentige Tochtergesellschaften.

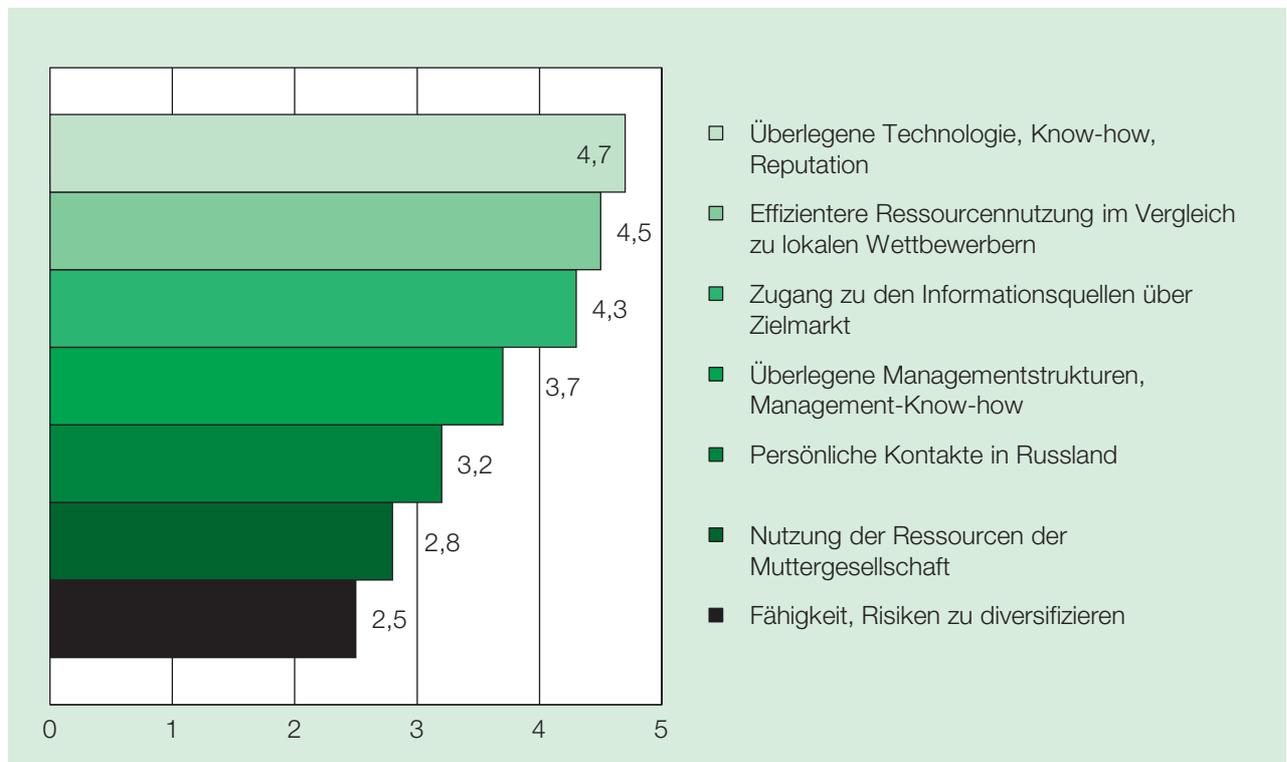
Die Antworten auf die Frage zu unternehmensinternen Vorteilen, die für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem russischen Markt entscheidend sind (Punkt 2 im Fragebogen), wurden in Bezug auf drei Kriterien relativ homogen beantwortet. So schätzen alle Befragten die eigene Überlegenheit von Technologie und Reputation sowie die Fähigkeit, Ressourcen effektiver als lokale Konkurrenten zu nutzen, als „wichtig“ bis „sehr wichtig“ ein (vgl. Abb. 1). An dritter Stelle wird der Zugang zu Informationsquellen über den Absatzmarkt platziert, wobei drei Unternehmen diesen Punkt als „etwas wichtig“ und alle anderen als „wichtig“ bis „sehr wichtig“ betrachten. Hingegen fallen die Bewertungen anderer Faktoren widersprüchlich aus. Die Verfügung über das Management-Know-how sowie das Vorhandensein von persönlichen Kontakten in Russland scheinen für neun Teilnehmer für den Erfolg in Russland ausschlaggebend zu sein („wichtig“ bis „sehr wichtig“), während sechs Firmen diese als „weniger wichtig“ und drei als „überhaupt nicht wichtig“ bewerten. Demzufolge bekommen diese Kriterien im Ergebnis entsprechend 3,7 und 3,2 Punkte.

Die Fähigkeit zur vorteilhaften Nutzung der Ressourcen der Muttergesellschaft wird ebenfalls kontrovers eingeschätzt: Während sie für neun Unternehmen von entscheidender Bedeutung ist („wichtig“ bis „sehr wichtig“), geben ihr sechs Unternehmen den Wert von 1 („überhaupt nicht wichtig“) und von drei Unternehmen bekommt sie jeweils nur zwei Punkte („weniger wichtig“). Diese Unterschiede können auf die Unternehmensgröße zurückgeführt werden: Große Konzerne messen diesem Kriterium mehr Bedeutung bei als KMU. Dasselbe gilt für die Möglichkeit zur Risikodiversifizierung, etwa durch Aktivitäten in verschiedenen Märkten. Nur etwa ein Drittel der Befragten sieht sie als bedeutsam an, wobei aber die Intensität dieser Bewertung variiert (von „sehr wichtig“ bis „etwas wichtig“). Für die Mehrheit der Unternehmen hat Risikodiversifizierung hingegen keine besondere Bedeutung.

Des Weiteren bewerteten deutsche Unternehmen in Russland Motive, die sie zu einer Direktinvestitionsentscheidung in Russland bewogen haben (Punkt 3 im Fragebogen). Die Ergebnisse sind Abbildung 2 zu entnehmen.

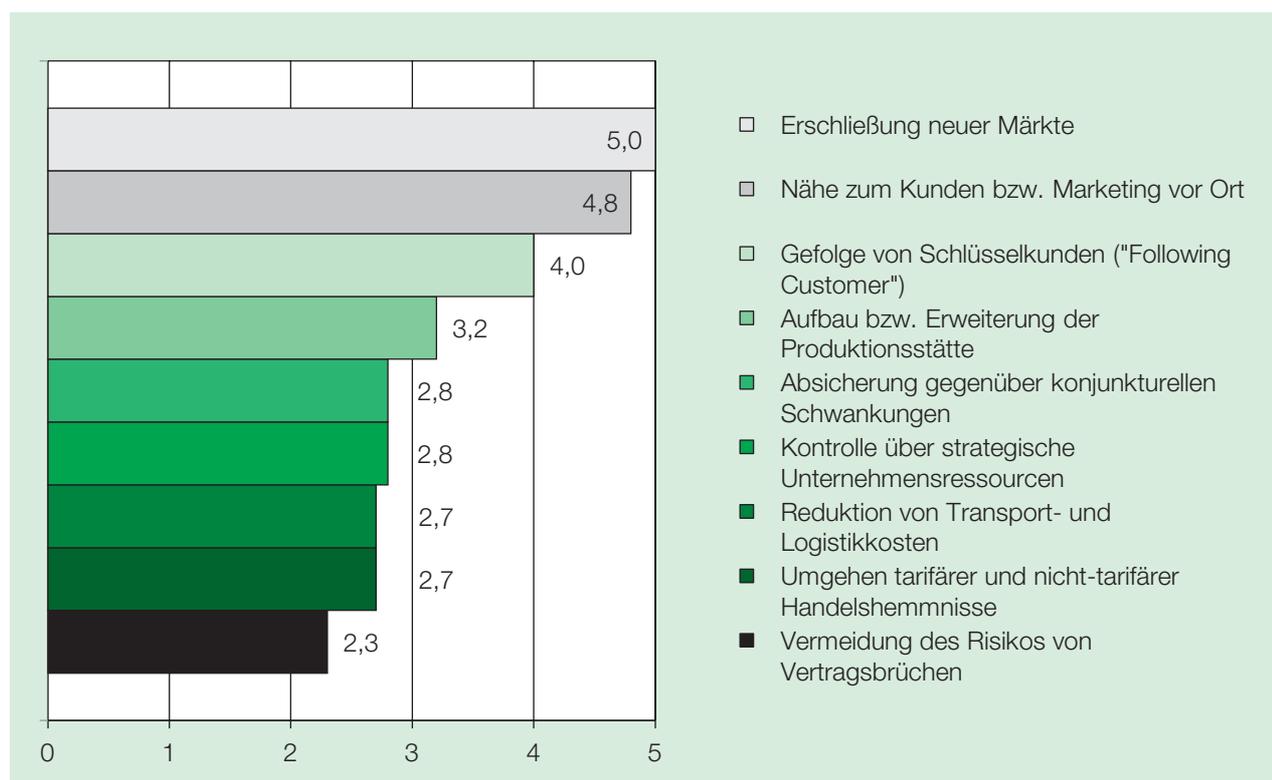
Die Befragung zeigt, dass das Motiv deutscher Unternehmen primär durch ein Marktmotiv (Absatzmotiv) geprägt ist. Die Erschließung neuer Märkte, der Bedarf eines adaptierten, vor Ort entwickelten Marketingkonzeptes sowie die Nähe zu Schlüsselkunden („Following

Abbildung 1: Welche internen Kapazitäten helfen Ihrem Unternehmen, auf dem russischen Markt konkurrenzfähig zu sein?



Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Welche Motive bewegen Sie zur Direktinvestitionsentscheidung in Russland?



Quelle: Eigene Berechnungen.

Customer“) erweisen sich als bedeutsame Triebkräfte deutscher Direktinvestitionen in Russland und werden von allen Befragten als „sehr wichtig“ bis „etwas wichtig“ eingeschätzt. Auch die Möglichkeiten zum Aufbau bzw. zur Erweiterung von Produktionsstätten werden von immerhin 83 % aller an der Umfrage Beteiligten als wichtig („sehr wichtig“ bis „etwas wichtig“) angesehen. Hingegen werden die Absicherung gegenüber konjunkturellen Schwankungen, die Kontrolle über strategische Unternehmensressourcen, die Reduktion von Transport- und Logistikkosten, das Umgehen tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse und die Vermeidung des Risikos des Vertragsbruches nur selten als Motive von Direktinvestitionen in Russland benannt.

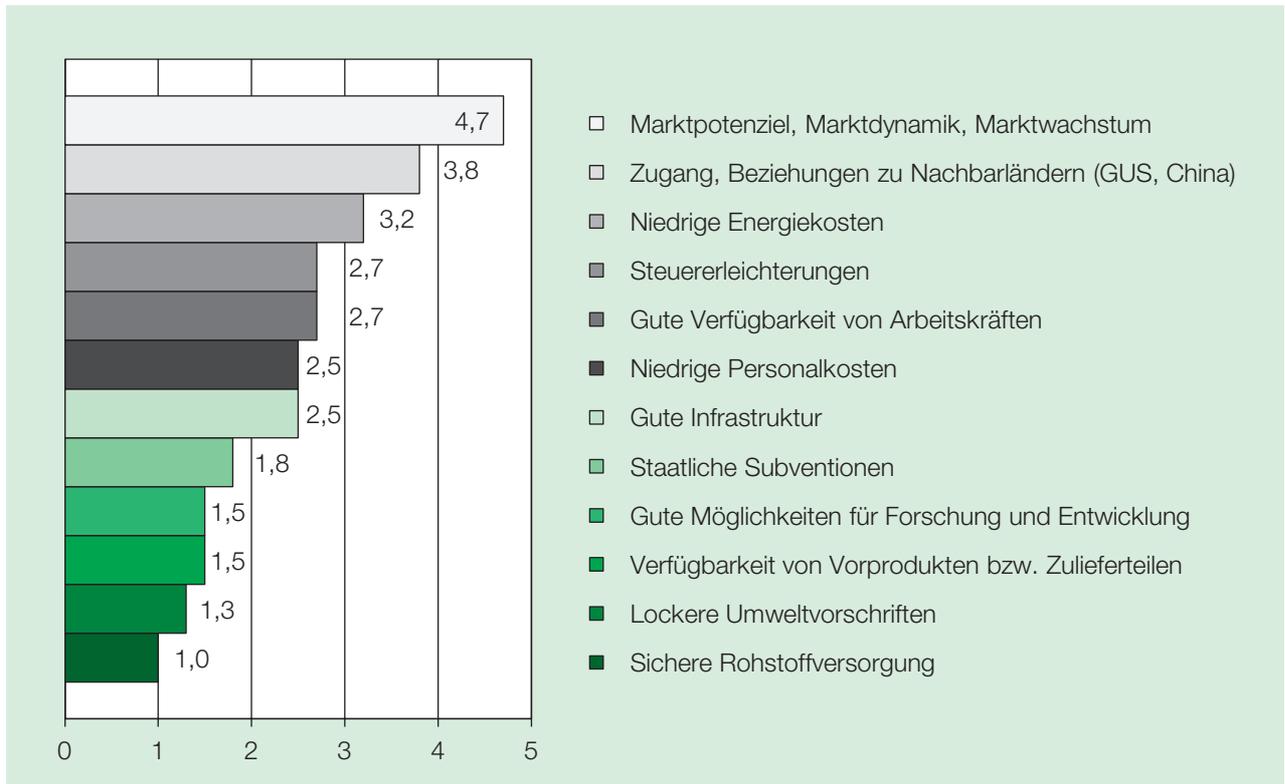
Entsprechend dem Forschungsziel der Unternehmensbefragung wurden potenzielle Standortvorteile in einem gesonderten Block zusammengefasst (Punkt 4 im Fragebogen). Ihre Präsenz in Russland wurde auf der 5er-Skala von 1 bis 5 (trifft gar nicht zu bis trifft völlig zu) abgefragt (vgl. Abb. 3).

Wie aus Abbildung 3 ersichtlich, entsprechen nur wenige Standortgegebenheiten in Russland den Vorstellungen der deutschen Investoren. Einstimmig werden nur marktbezogene Bedingungen als ein Standortvorteil für Russland eingeschätzt: Alle Befragten sehen eine positive Marktdynamik, ein hohes Marktpotenzial und ein

rasches Marktwachstum als bedeutsame Kriterien ihrer Standortentscheidung an, wobei dieses Kriterium im Vergleich zu allen anderen Faktoren mit 4,7 auf der Skala 1 bis 5 den höchsten Wert erreichte. Ihm folgt der ebenfalls zu den Markt- bzw. Absatzmöglichkeiten gehörende Vorteil des Zugangs zu Nachbarländern wie den GUS-Staaten oder China, welcher im Durchschnitt mit 3,8 Punkten bewertet wurde. Diese weiterführende Möglichkeit zur Erschließung neuer Absatzmärkte wird von drei Unternehmen als unzutreffend markiert, während sie von den restlichen Teilnehmern als bedeutsam benannt wurde („trifft zu“ oder „trifft völlig zu“). Des Weiteren lässt sich feststellen, dass niedrige Energiekosten als ein Vorteil des Standorts angesehen werden. Faktoren wie Steuererleichterung, gute Verfügbarkeit von Arbeitskräften, niedrige Personalkosten und gute Infrastruktur werden hingegen eher heterogen bewertet. Niedrige Werte erhielten die Merkmale staatliche Subventionen, sichere Rohstoffversorgung, Möglichkeiten für Forschung und Entwicklung sowie Umweltvorschriften.

Um einen Einblick darüber zu erhalten, wie deutsche Investoren staatliche Standortpolitik in Russland bewerten, wurden die Teilnehmer zu einzelnen politischen Maßnahmen befragt (Punkt 5 im Fragebogen). Dabei galt es herauszufinden, inwieweit diese Maßnahmen Druck auf die Unternehmen ausüben. Wie Abbildung 4 zu ent-

Abbildung 3: Welche Standortvorteile für Geschäftstätigkeit sehen Sie in Russland?



Quelle: Eigene Berechnungen.

nehmen ist, ist das Meinungsbild hier nicht eindeutig: Die Hälfte der Unternehmen beantwortete die Frage mit „schwer zu sagen“ und drei Unternehmen verneinten jeglichen politischen Druck. Allerdings stimmt ein Drittel der Befragten der Aussage zu, dass die russische Regierung diesbezüglich einen Druck ausübt und nennt dafür einstimmig hohe Zölle und Importrestriktionen als Hauptinstrumente.

Abschließend sollten die Unternehmen Hemmnisse und Risiken für ihre Geschäftstätigkeiten in Russland auf einer Skala von 1 bis 5 bewerten (Punkt 6 im Fragebogen). Wie in Abbildung 5 zu erkennen ist, rangieren Zölle als besonderes Hemmnis für deutsche Investoren weit oben auf dieser Liste. Des Weiteren sehen zwei Drittel der Befragten eine Gefahr in wettbewerbswidrigen Praktiken wie Korruption oder Plagiarismus. Eine hohe Heterogenität der Einschätzungen gibt es hinsichtlich des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft und der politischen und makroökonomischen Unsicherheit. Die beiden Kriterien wurden von „völlig zutreffend“ bis „gar nicht zutreffend“ bewertet. Über 80 % der Befragten sehen einen Nachteil im mangelhaften gewerblichen Schutz- und Urheberrecht, wobei dieser Faktor überwiegend als „eher zutreffend“ markiert wurde. Einhellig positiv wird hingegen die Steuerpolitik beurteilt; deutsche Investoren sehen keine Hemmnisse in hohen Steuersätzen.

Schlussbetrachtung

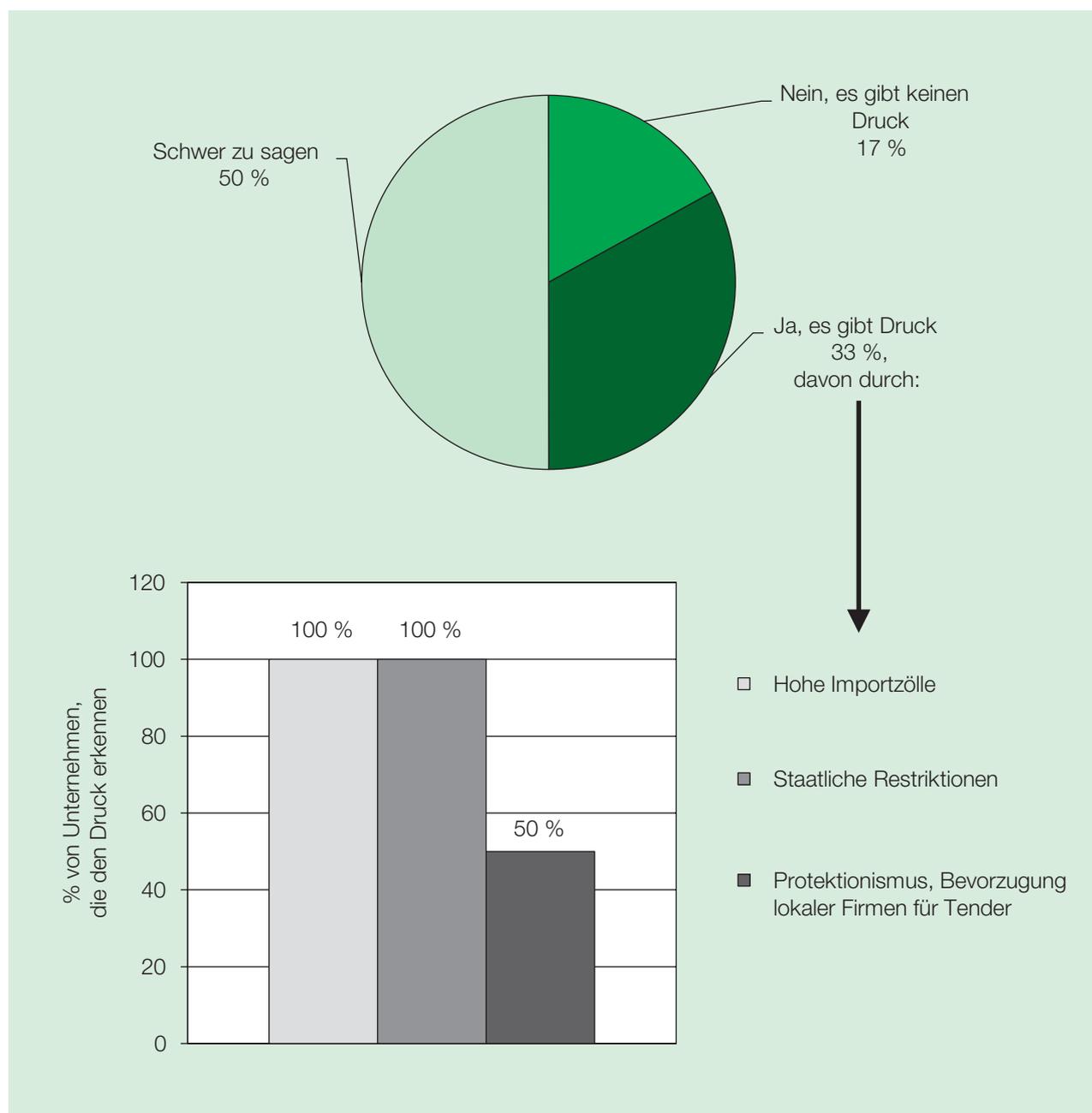
Im Folgenden wird ein Zusammenhang zwischen den Antworten der deutschen Unternehmen und der russischen Modernisierungspolitik hergestellt. Aus der Umfrage geht hervor, dass deutsche Investoren nach eigener Einschätzung über unternehmensspezifische Vorteile in Form von neuen Technologien in der Produktion und Expertisen hinsichtlich der Ressourceneffizienz verfügen. Wie in den Medien behauptet wird, strebt die russische Regierung im Rahmen der Modernisierungsoffensive an, den Transfer dieser „intangiblen Assets“ nach Russland zu stimulieren und zu fördern. Allerdings lässt sich aus den Umfrageergebnissen entnehmen, dass laut deutschen Firmenvertretern die Rahmenbedingungen dafür nicht geeignet sind. So wird der fehlende Freihandel als ein Haupthemmnis für die Geschäftstätigkeit in Russland angesehen, obwohl es Regierungsinitiativen gibt, diesen zu reformieren bzw. ausländischen Investoren Zollvergünstigungen und Vereinfachungen des Zollverfahrens angeboten werden. Somit sind die entsprechenden Modernisierungsmaßnahmen bis heute als wenig erfolgreich zu bewerten.

Das Risiko von wettbewerbswidrigen Praktiken wie Korruption und Plagiarismus sowie das von deutschen Investoren aufgezeigte Unbehagen bezüglich der Ga-

rantie von Urheber- und Schutzrechten zeugen von weiterer Ineffizienz in Bezug auf die Reformierung und Modernisierung der ökonomischen Institutionen. Diese institutionelle Schwäche kann auch die Tatsache erklären, dass die befragten Unternehmen keine günstigen Bedingungen für Forschung und Entwicklung in Russland sehen und an der Sicherheit der Rohstoffversorgung zweifeln. Daraus lässt sich schließen, dass ein Nachholbedarf an der Reform der poli-

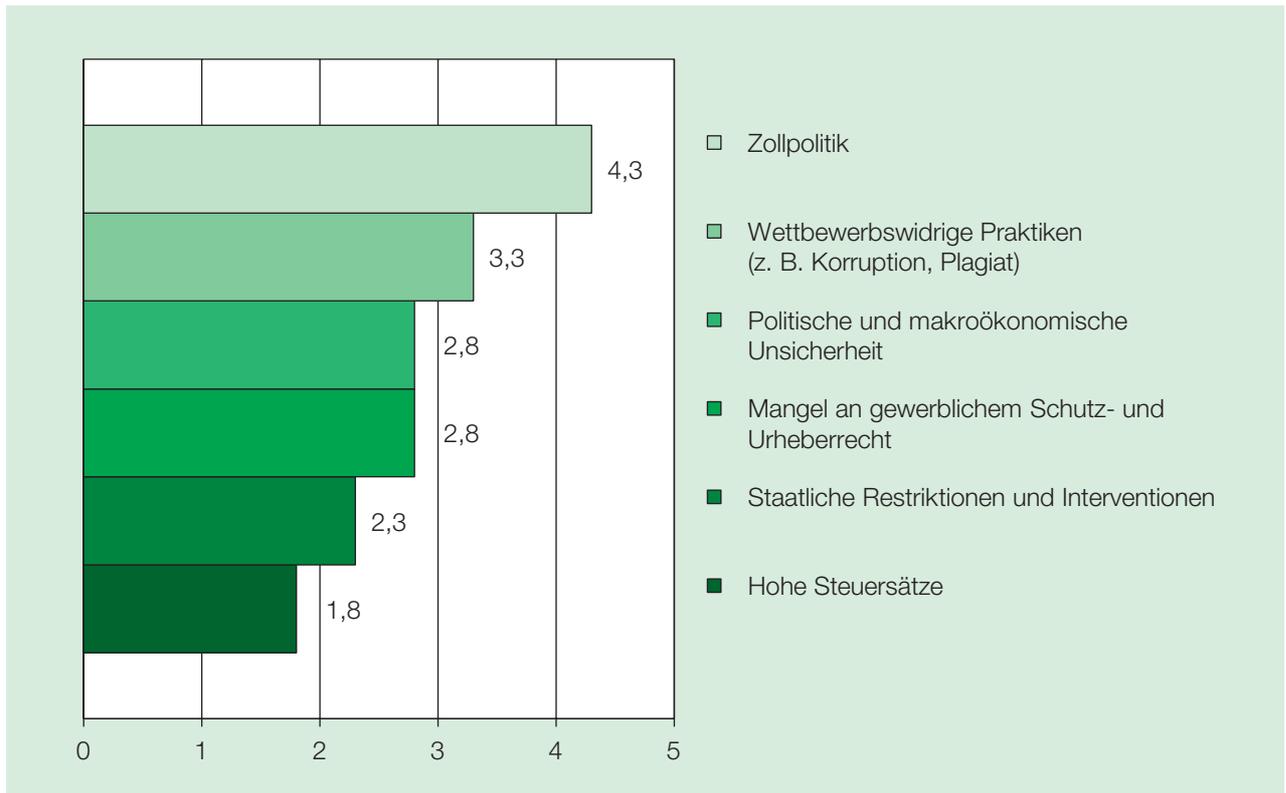
tischen und institutionellen Rahmenbedingungen in Russland weiterhin besteht. Aus Sicht der deutschen Unternehmen sind hingegen die Maßnahmen, die eine Stimulierung der Binnennachfrage und eine Stärkung des Marktwachstums zum Ziel haben, positiv zu beurteilen. Der dynamisch wachsende russische Markt ist der Hauptstandortvorteil und der wichtigste Anreiz für Investitionsvorhaben deutscher Unternehmen in Russland.

Abbildung 4: Gibt es Druck seitens der russischen Regierung, um Sie zum Investieren zu bewegen? Wenn ja, durch welche Mittel?



Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 5: Wo sehen Sie die Hemmnisse für Ihre Geschäftstätigkeiten in Russland?



Quelle: Eigene Berechnungen.

Literatur

- BROLL, U. und K. P. WONG (2006): Multinationals, Hedging and Capital Structure under Exchange Rate Uncertainty, In: *Open Economies Review*, Vol. 17, S. 103–114.
- DEUTSCH-RUSSISCHE AUSLANDSHANDELSKAMMER (AHK) (Hrsg.) (2010): *Mitgliederverzeichnis der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer*, Moskau.
- DUNNING, J. (2000): The Eclectic Paradigm as an Envelope for Economic and Business Theories of MNE Activity, In: *International Business Review*, Vol. 9, S. 163–190.

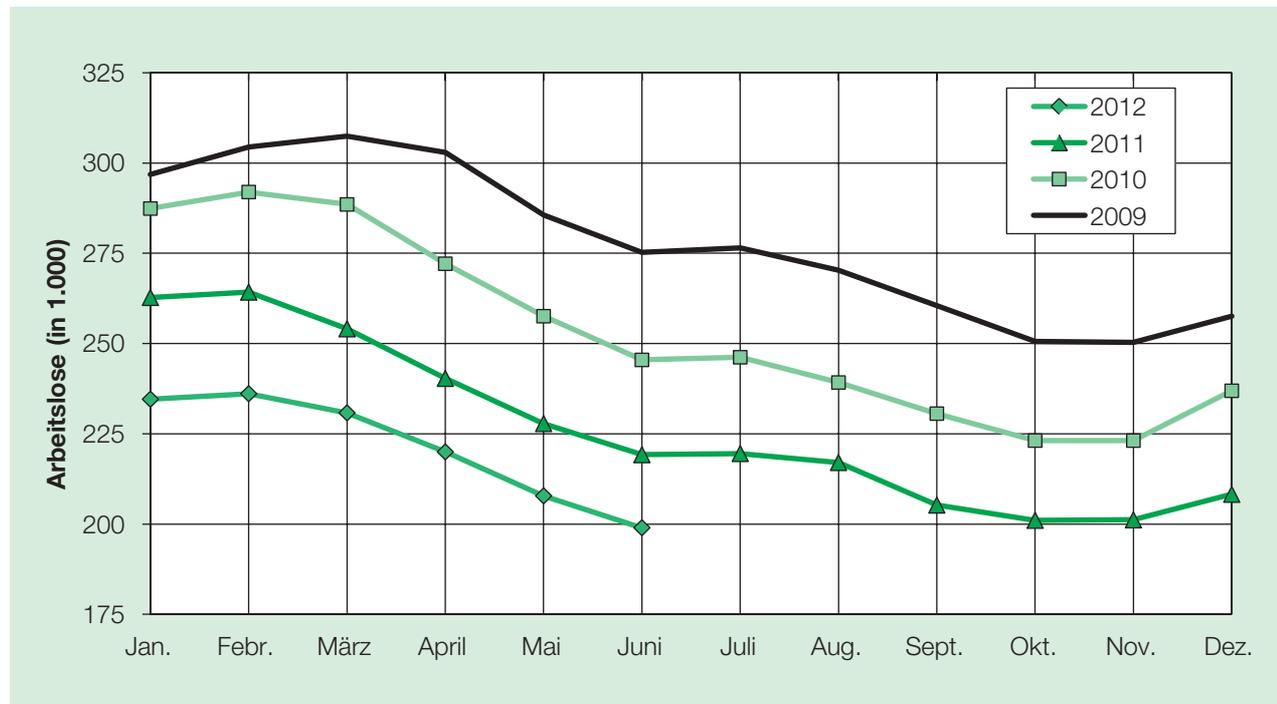
- KESTRICH, I. und M. SCHNITZER (2010): Who is afraid of Political Risk? Multinational Firms and their Choice of Capital Structure, In: *Journal of International Economics*, Vol. 82, S. 208–218.
- KIRCHHOF, S. VON; KUHNT, S.; LIPP, P. und S. SCHLAWIN (2008): *Der Fragebogen*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. Aufl., Wiesbaden.

¹ Unser Dank gilt Herrn Dr. Liebl (Vertretung der sächsischen Wirtschaft in Russland).

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

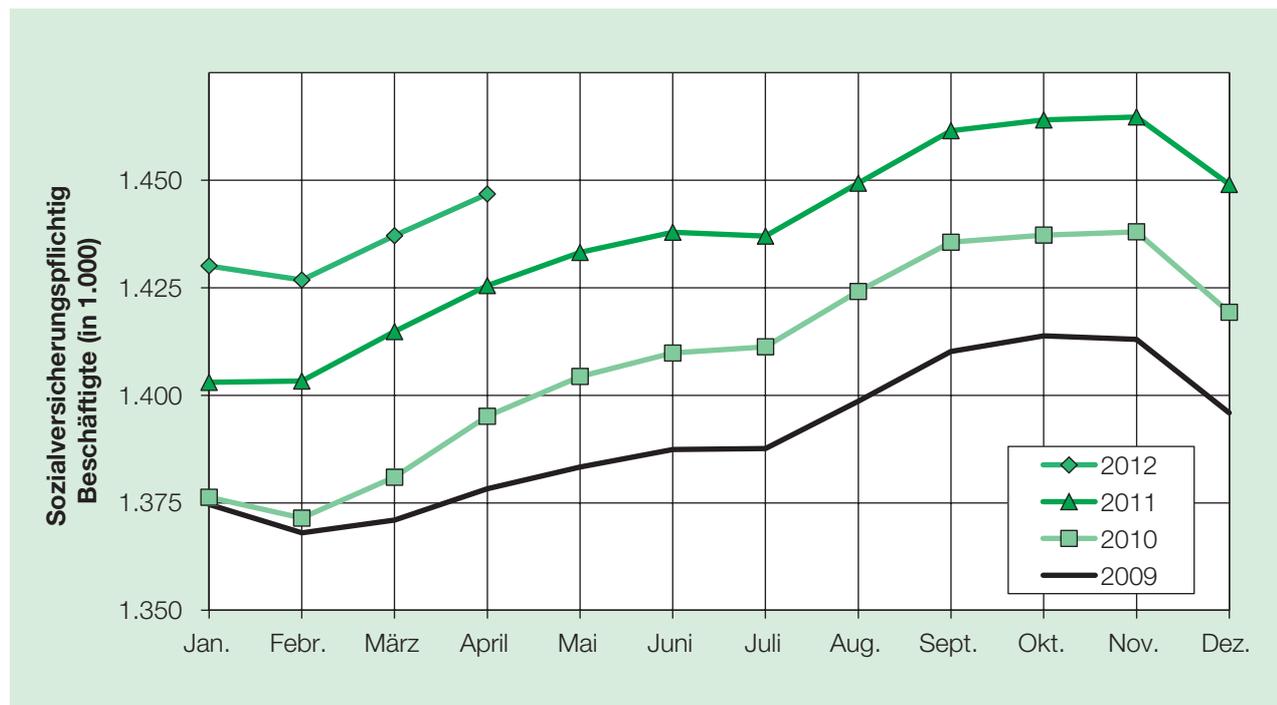
sta

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2009 bis 2012)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2009 bis 2012)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Offene Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Apr. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Jun. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Jun. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	767	759	756	11,7	12,3	10,8	12,1	11,8	14,1
Mecklenburg-Vorp.	526	517	520	9,7	9,7	8,4	8,9	8,4	8,8
Sachsen	1.447	1.437	1.425	20,7	20,5	19,7	17,5	15,2	18,7
Sachsen-Anhalt	756	752	753	11,5	11,1	11,3	20,1	19,3	22,4
Thüringen	756	751	746	15,4	15,1	14,1	7,6	7,3	8,8
D Ost (mit Berlin)	5.437	5.396	5.344	87,2	88,1	75,6	86,8	81,4	92,1
D West (ohne Berlin)	23.444	23.355	22.870	407,5	406,6	394,3	83,2	82,1	107,3
D gesamt	28.880	28.751	28.214	499,2	499,2	479,5	170,0	163,5	199,4

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Jun. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Jun. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Jun. 2012	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	131	134	138	9,8	10,0	10,3	41,2	40,7	33,9
Mecklenburg-Vorp.	95	99	102	11,2	11,7	11,9	35,0	34,3	28,3
Sachsen	199	208	219	9,4	9,8	10,3	40,6	39,8	37,0
Sachsen-Anhalt	131	136	134	11,1	11,5	11,2	36,9	36,1	34,6
Thüringen	94	98	99	8,1	8,5	8,4	35,9	35,3	32,0
D Ost (mit Berlin)	863	891	922	10,3	10,6	10,9	37,6	37,1	33,5
D West (ohne Berlin)	1.946	1.964	1.972	5,7	5,7	5,8	36,1	35,8	34,2
D gesamt	2.809	2.855	2.893	6,6	6,7	6,9	36,6	36,2	34,0

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbstständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Schlechte Zeiten für die Konjunktur in Sachsen – ifo Geschäftsklimaindex im Juli 2012 weiter im Sinkflug

Robert Lehmann*

ifo Geschäftsklima Sachsen im Vergleich

Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands hat sich im Juli abermals verschlechtert. Die Geschäftsklimaindizes für Ostdeutschland insgesamt und Sachsen haben ebenfalls kräftig nachgegeben (vgl. Abb. 1). Maßgeblich für den deutlichen Rückgang sind die Angaben der sächsischen Unternehmen bezüglich ihrer aktuellen Geschäftslage, mit welcher sie erheblich weniger zufrieden sind als im Vormonat. Auch die Erwartungen an den zukünftigen Geschäftsverlauf beurteilen die Befragungsteilnehmer aus Sachsen ungünstiger.

Beschäftigungsbarometer Sachsen

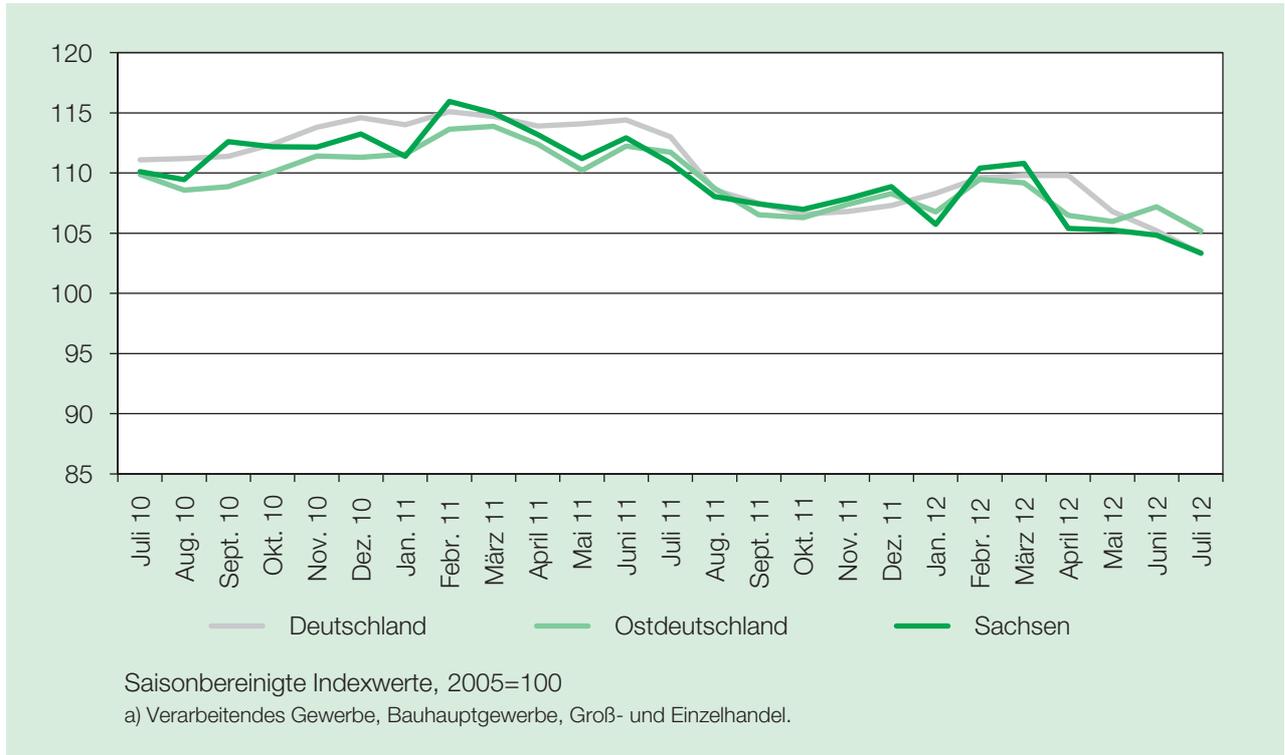
Die Vorzeichen für den sächsischen Arbeitsmarkt haben sich im Juli insgesamt weiter verschlechtert. Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens ist im aktuellen Befragungsmonat das vierte Mal in Folge gefallen (vgl. Abb. 2). Während die sächsischen Industriefirmen von einer deutlich kräftigeren Reduktion ihres Personalbestandes berichten, wollen die sächsischen Baufirmen ihre Mitarbeiterzahl weniger stark reduzieren. Die Groß- sowie Einzelhändler Sachsens wollen die Zahl ihrer beschäftigten Personen in den kommenden drei Monaten per saldo sogar erhöhen.

Schwerpunkt: Entwicklung im Bauhauptgewerbe Sachsens

Im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens ist der Geschäftsklimaindex merklich gesunken (vgl. Abb. 3). Die sächsischen Industrieunternehmen haben ihre Lageeinschätzung deutlich nach unten korrigiert, beurteilen diese aber weiterhin per saldo als gut. Dem Geschäftsverlauf der kommenden sechs Monate blicken die Befragungsteilnehmer erneut skeptischer entgegen als im Vormonat. Insbesondere die Hersteller von Investitionsgütern erwarten eine zunehmend ungünstigere Geschäftsentwicklung. Die Exporterwartungen haben sich im Juli ebenfalls verschlechtert. Bei der saisonbereinigten Kapazitätsauslastung ist ein kräftiger Rückgang feststellbar. Mit 81,8% lag diese deutlich unter dem Wert der letzten Befragung (April: 84,4%). Im Vergleich zum Vorjahr liegt die Auslastung der Maschinen und Ausrüstungen im Juli um knapp vier Prozentpunkte niedriger. Die durchschnittliche Auftragsreichweite ist mit 3,0 Monaten geringer als bei der letzten Befragung. Zudem wollen die befragten sächsischen Industriefirmen ihre Mitarbeiterzahl in den kommenden drei Monaten abermals kräftiger reduzieren. Die Anzeige der ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Sachsen zeigt weiter verstärkt auf Abschwung (vgl. Abb. 4).

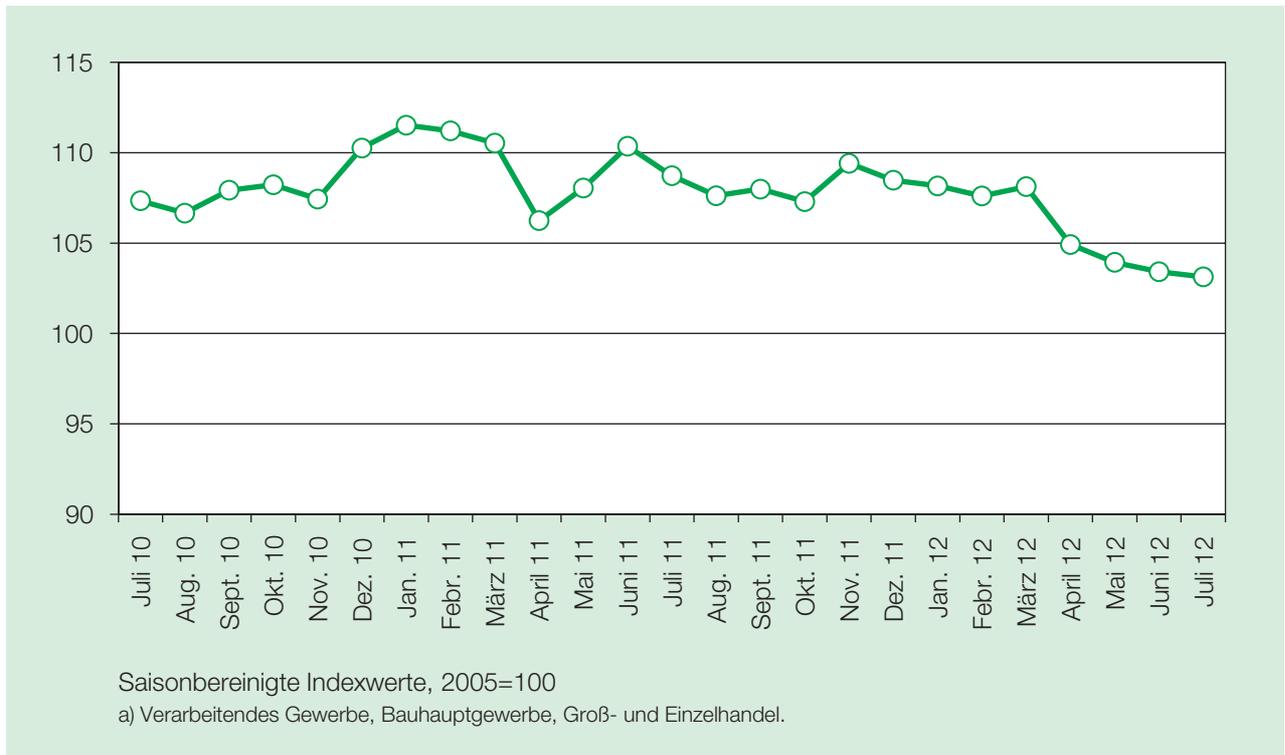
* Robert Lehmann ist Doktorand an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

Abbildung 1: Geschäftsklimaindex Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich



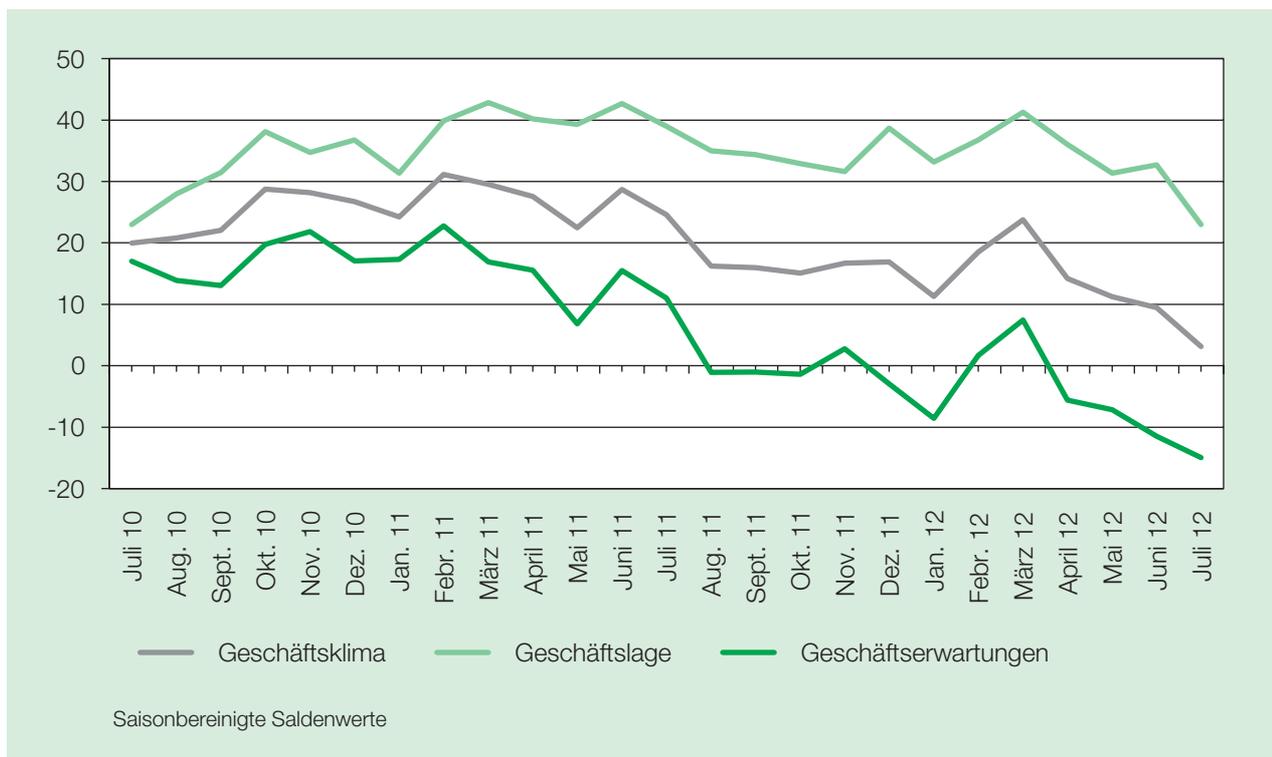
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: ifo Beschäftigungsbarometer für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



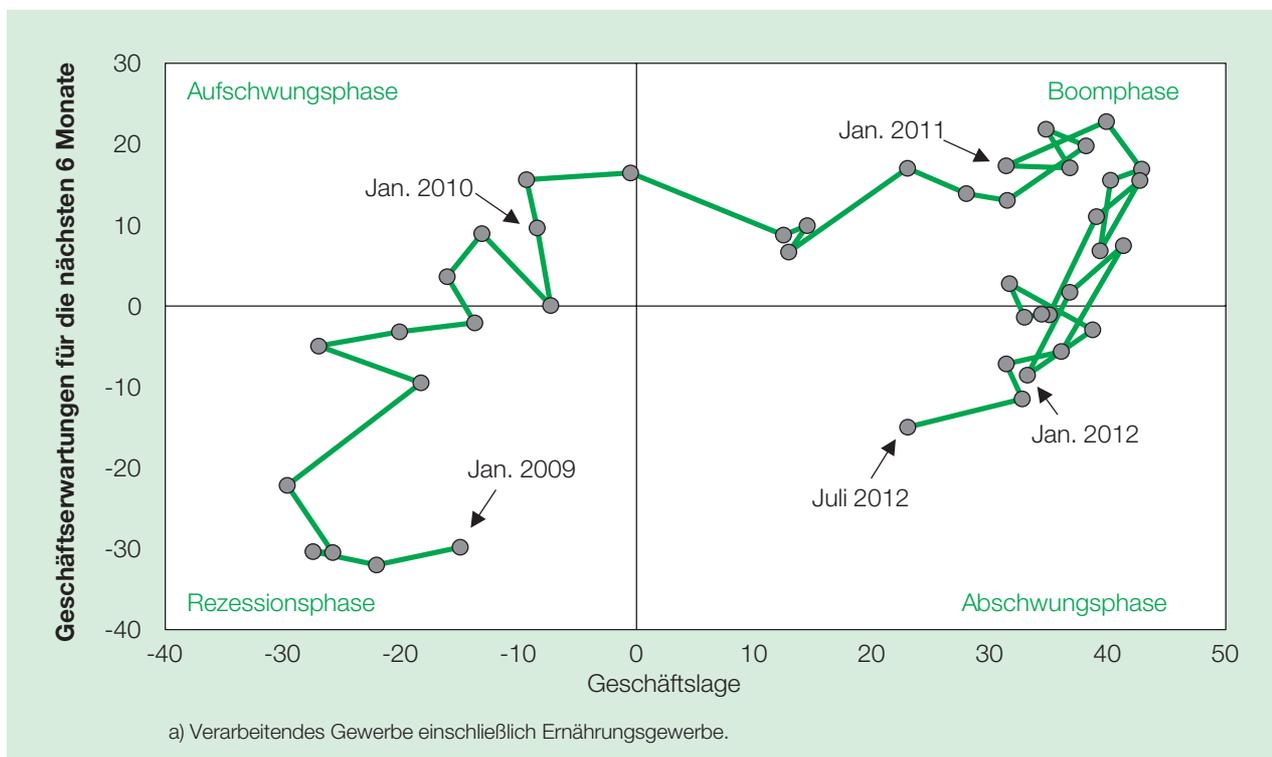
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 3: Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe Sachsens sowie die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Tabelle 1: Entwicklung ausgewählter Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
Zeitpunkt	2. Quartal 2012	1. Quartal 2012	2. Quartal 2012	1. Quartal 2012	2. Quartal 2012	1. Quartal 2012
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,8	2,9	3,0	2,8	3,2	3,2
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	84,5	84,5	81,9	82,4	84,4	85,6
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	7,5	6,9	5,6	5,3	-0,1	2,1
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	0,2	2,3	-1,2	-0,9	-1,6	4,0
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	7,3	8,8	5,6	7,8	5,0	6,8
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,8	2,8	2,4	2,5	2,5	2,6
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	72,7	71,1	74,3	72,6	72,9	71,2
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-3,6	2,2	-12,3	0,5	-15,7	2,0
Baupreise – Erwartungen ^b	-6,1	-3,0	-7,9	-5,2	-5,2	-11,3
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	5,3	15,7	-17,0	8,3	-27,3	11,7
Bestellpläne ^b	2,9	6,0	-12,1	3,5	-10,6	-1,5
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	16,3	26,9	18,9	31,0	12,2	28,2
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	8,7	14,3	-15,0	-9,7	-15,3	-17,0
Bestellpläne ^b	-3,0	-3,8	-14,9	-17,7	-16,9	-10,3
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	20,7	27,7	21,2	27,9	10,9	24,8
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Vom **15. bis 19. August 2012** kommen Finanzwissenschaftler aus aller Welt zu ihrer **IIPF-Jahrestagung** (INTERNATIONAL INSTITUTE OF PUBLIC FINANCE) im Hörsaalzentrum der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN zusammen. Die Konferenz steht unter dem Motto „Public Finance, Public Debt and Global Recovery“. Die Tagung wird organisiert von Alexander Kemnitz, Georg Milbradt und Marcel Thum. Die ifo Niederlassung Dresden ist unter anderem Gastgeber des Board Meetings der IIPF.

Der **2. Workshop „Regionalökonomie“** wird am **27. und 28. September 2012** ebenfalls von der ifo Niederlassung Dresden durchgeführt. Der zweitägige Workshop richtet sich vor allem an Nachwuchswissenschaftler und soll eine Plattform für die Präsentation aktueller Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Regionalökonomie sein. Hier ist sowohl an empirische als auch an theoretische Beiträge gedacht, die sich beispiels-

weise mit den Auswirkungen von Regionalpolitik (oder von anderen raumwirksamen Politiken) auf regionale Unterschiede in Bezug auf Wachstum, Wirtschaftsstruktur, Löhne und Arbeitslosigkeit sowie den damit verbundenen regionalen Wettbewerbs- und Migrationsprozessen befassen.

Im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** spricht am **12. November 2012** Prof. Dr. Karen Pittel, Leiterin des Bereichs Energie, Umwelt und erschöpfbare Ressourcen des ifo Instituts München. Der Vortrag ist öffentlich und findet im Seminarraum der ifo Niederlassung Dresden, in der Einsteinstraße 3, statt. Beginn des Vortrags ist um 18.30 Uhr.

Weiterführende Informationen zu diesem Workshop finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Vorträge

Robert Lehmann, Doktorand der ifo Niederlassung Dresden, hielt am **04. Juni 2012** im Mittagsseminar der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN einen Vortrag zum Thema „Predictive ability of leading indicators in a regional context: A case study for Saxony“.

Ebenfalls Robert Lehmann referierte am **19. Juni 2012** in Chemnitz zum Thema „Wirtschaftliche Verflechtungen im Grenzraum Sachsen – Böhmen – Niederschlesien“ bei der Regionaldirektion Sachsen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT.

Am **20. Juni 2012** trug Stefan Arent, Doktorand der ifo Niederlassung Dresden, zum Thema „Zukünftige Armutsgefährdung in Ost- und Westdeutschland“ auf dem Workshop „Wohnen im Alter 60+ – Ergebnisse von Befragungen der Bevölkerung 60+ in Dortmund, Arnsberg, Dresden und Döbeln“ im Harenberg City-Center Dortmund vor. Ausgerichtet wurde der Workshop vom LEIBNIZ-INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE RAUMENTWICKLUNG (IÖR) und dem INSTITUT FÜR LANDES- UND STADTENTWICKLUNGSFORSCHUNG (ILS).

Zudem stellte Robert Lehmann wesentliche Ergebnisse einer Studie zum Thema „Forecasting with many predictors at the regional level: A case study for the Free State of Saxony“ im Lunchtime Seminar der HOCHSCHULE FÜR WIRTSCHAFT UND RECHT am **21. Juni 2012** in Berlin vor.

Prof. Dr. Joachim Ragnitz, managing director der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, nahm am **25. Juni 2012** an einer Podiumsdiskussion des Managerkreises der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG in Jena zum Thema Fachkräftesicherung in Ostdeutschland teil.

Weiterhin war er am **26. Juni 2012** in einer Gesprächsrunde im Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Leipzig zu Gast und stellte dort die Forschungsergebnisse des IFO INSTITUTS zu Stand und Perspektiven des ostdeutschen Transformationsprozesses vor dem Hintergrund ihrer Übertragbarkeit auf die Peripherieländer des Euroraums dar.

Stefan Arent, Doktorand der ifo Niederlassung Dresden, stellte am **26. Juni 2012** im Rahmen des Fakultätskolloquiums der Wirtschaftswissenschaften der TU Dresden seine Forschungsergebnisse zum Thema „Einkommensrisiken, Anpassungsstrategien und die Wirkung von sozialen Sicherungssystemen“ vor.

Am **27. Juni 2012** referierte Joachim Ragnitz bei einer Veranstaltung der BAG ARBEIT in Dresden zum Thema „Fachkräftemangel als Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik in Sachsen“. Die BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT ARBEIT E. V. (BAG) ist der Dachverband der Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen in Deutschland.

Am **29. Juni 2012** hielt Jan Kluge, Doktorand der ifo Niederlassung Dresden auf der „5. Internationalen Sommerkonferenz zur Regionalwissenschaft“, die vom 28. bis 30.06.2012 in Kiel stattfand, einen Vortrag zum Thema „Marshall or Jacobs? Answers to an unsuitable question from an interaction model“.

Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, diskutierte am **02. Juli 2012** mit dem Wirtschaftssenat des BUNDESVERBANDES MITTELSTÄNDISCHE WIRTSCHAFT (BVMW) über „Wege aus der Staatsschuldenkrise“.

Am **09. Juli 2012** hielt Michael Kloss, Doktorand der ifo Niederlassung Dresden, im Rahmen des Mittagsseminars der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TU DRESDEN einen Vortrag zum Thema „Effects of the German Hartz Reforms on the Transition from Unemployment to Employment“.

Ebenfalls Stefan Arent sprach **13. Juli 2012** auf der „SAVE – PHF Conference 2012“ in München zum Thema „Expectations and Saving Behavior: An Empirical Analysis“. Die Konferenz wurde veranstaltet durch das MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR SOZIALRECHT UND SOZIALPOLITIK - MUNICH CENTER FOR THE ECONOMICS OF AGING (MEA) und die DEUTSCHE BUNDESBANK.

Am **31. Juli 2012** war eine südkoreanische Wirtschaftsdelegation in der ifo Niederlassung Dresden zu Gast, die sich dort über die Erfahrungen mit der Wiedervereinigung Deutschlands und deren Übertragbarkeit auf Korea informieren wollte. Sie wurde von Prof. Dr. Joachim Ragnitz empfangen, der auch den einführenden Vortrag zum Thema hielt.

ifo Veröffentlichungen

ifo Dresden Studie 64: Wachstum und Beschäftigung am Wirtschaftsstandort Dresden

Jan Kluge, Anna Montén, Wolfgang Nagl, Beate Schirwitz und Marcel Thum, 60 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2012. ISBN 978-3-88512-527-3, 15,- €, zzgl. Versandkosten.

Während Dresden viele Jahre lang ein stärkeres Wirtschaftswachstum als der sächsische Durchschnitt aufwies, wächst Dresden seit 2005 nur noch unterdurchschnittlich. Gleichzeitig ist aber die Beschäftigung in der Stadt weiter überdurchschnittlich gewachsen. Die Analyse dieser auf den ersten Blick widersprüchlichen Befunde ist einer der Schwerpunkte der vorliegenden Studie, die ifo Dresden im Jahr 2011 im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden erstellte. Weiterhin werden demographische Trends aufgezeigt und Veränderungen am Dresdner Arbeitsmarkt untersucht.

Das Wirtschaftswachstum in Dresden wird von der Entwicklung der Mikroelektronikindustrie getrieben. Dresden ist als Zentrum des Mikroelektronikclusters „Silicon Saxony“ stark auf diesen Sektor spezialisiert. Die hohe Reagibilität des Sektors auf globale Veränderungen des Wirtschaftsklimas übersetzt sich in Form von starken Schwankungen auf die Bruttowertschöpfung der Stadt. Eine Glättung des Wirtschaftswachstums wäre nur durch eine Stärkung des Wertschöpfungsanteils anderer Sektoren zu erreichen. Im Gegensatz zur Entwicklung der Wirtschaftskraft wurde der Beschäftigungsanstieg

hauptsächlich vom Dienstleistungsbereich getrieben. Dieser ist in Dresden kontinuierlich stärker gewachsen als im sächsischen Durchschnitt.

Die detailliertere Betrachtung der aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen macht deutlich, dass insbesondere die Beschäftigung hochqualifizierter Personen zugenommen hat. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften auch in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Eine Untersuchung der Ein- und Auspendlerströme deutet darauf hin, dass Dresden im Zuge einer Reurbanisierung als Wohnstätte an Bedeutung gewinnt. Der demographische Wandel stellt den Arbeitsmarkt der Stadt in den kommenden Jahren vor neue Herausforderungen. Allerdings ist Dresden als Hochschulstandort prinzipiell gut aufgestellt, um einem Rückgang des Angebots von qualifizierten Arbeitskräften zu begegnen.

Ragnitz, Joachim, „Aufgabenkritik und vertikale Aufgabenverteilung in den Blick nehmen“, Stellungnahme zum „Diskussionsbeitrag zur Optimierung der Landesverwaltung in Thüringen“ der CDU Fraktion im Thüringer Landtag, 17.07.2012, www.verwaltungsreform-thueringen.de.

Thum, Marcel (zusammen mit Kemnitz, Alexander.), „Gender Power, Fertility, and Family Policy“, CESifo Working Paper No. 3798, München, 2012.

ifo intern

Ab 15. August 2012 ist Herr Christian Ochsner als Doktorand in der ifo Niederlassung Dresden tätig. Er wird mit seiner Arbeit den Forschungsbereich Regionaler Strukturwandel unterstützen.

Call for Papers

7. Workshop

Makroökonomik und Konjunktur

22. und 23. November 2012 in Dresden

Der zweitägige Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS und der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Er soll ein Forum für den Austausch und die Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Makroökonomik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung beitragen. Willkommen sind Vortragsangebote aus allen Teilgebieten der Makroökonomik. Bevorzugt behandelt werden Papiere aus dem Gebiet der Konjunkturforschung, Papiere mit empirischer Ausrichtung und einem Fokus auf Deutschland oder Europa. Die Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrags möglich.

Einreichungen:

Vortragsangebote können entweder durch Einreichung von Diskussionspapieren oder Kurzbeschreibungen (2-3 Seiten) erfolgen (jeweils in PDF-Format). Bitte schicken Sie Ihre Angebote bis spätestens 28.09.2012 per E-Mail an die folgende Adresse:

workshopDD@ifo.de

Aktuelle Informationen unter:

http://www.cesifogroup.de/link/_ifodrcomp_b_nd_events



HELMUT SCHMIDT
UNIVERSITÄT

ORGANISATORISCHES:

Konferenzsprache:

Deutsch

Ort:

ifo Institut,
Niederlassung Dresden

Zeit:

22.11.2012 bis 23.11.2012

Teilnahmegebühr:

Keine

Unterkunft:

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Michael Berlemann
Michael.Berlemann@hsu-hh.de

Michael Kloß
Kloss@ifo.de

Robert Lehmann
Lehmann@ifo.de

ifo Institut
Niederlassung Dresden

Wachstum und Beschäftigung am Wirtschaftsstandort Dresden

Jan Kluge, Anna Montén,
Wolfgang Nagl, Beate Schwitz
und Marcel Thum
ISBN 978-3-88512-527-3

60 Seiten,
Zahlreiche Abbildungen und Tabellen,
München/Dresden 2012.
15,- € zzgl. Versandkosten.

Während Dresden viele Jahre lang ein stärkeres Wirtschaftswachstum als der sächsische Durchschnitt aufwies, wächst Dresden seit 2005 nur noch unterdurchschnittlich. Gleichzeitig ist aber die Beschäftigung in der Stadt weiter überdurchschnittlich gewachsen. Die Analyse dieser auf den ersten Blick widersprüchlichen Befunde ist einer der Schwerpunkte der vorliegenden Studie, die ifo Dresden im Jahr 2011 im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden erstellte. Weiterhin werden demographische Trends aufgezeigt und Veränderungen am Dresdner Arbeitsmarkt untersucht.

Das Wirtschaftswachstum in Dresden wird von der Entwicklung der Mikroelektronikindustrie getrieben. Dresden ist als Zentrum des Mikroelektronikclusters „Silicon Saxony“ stark auf diesen Sektor spezialisiert. Die hohe Reagibilität des Sektors auf globale Veränderungen des Wirtschaftsklimas übersetzt sich in Form von starken Schwankungen auf die Bruttowertschöpfung der Stadt. Eine Glättung des Wirtschaftswachstums wäre nur durch eine Stärkung des Wertschöpfungsanteils anderer Sektoren zu erreichen. Im Gegensatz zur Entwicklung der Wirtschaftskraft wurde der Beschäftigungsanstieg hauptsächlich vom Dienstleistungsbereich getrieben. Dieser ist in Dresden kontinuierlich stärker gewachsen als im sächsischen Durchschnitt.

Die detailliertere Betrachtung der aktuellen Arbeitsmarktentwicklungen macht deutlich, dass insbesondere die Beschäftigung hochqualifizierter Personen zugenommen hat. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften auch in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Eine Untersuchung der Ein- und Auspendlerströme deutet darauf hin, dass Dresden im Zuge einer Reurbanisierung als Wohnstätte an Bedeutung gewinnt. Der demographische Wandel stellt den Arbeitsmarkt der Stadt in den kommenden Jahren vor neue Herausforderungen. Allerdings ist Dresden als Hochschulstandort prinzipiell gut aufgestellt, um einem Rückgang des Angebots von qualifizierten Arbeitskräften zu begegnen.

